



Beilage zur Wochenzeitung

Das Parlament

23. Februar 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte

3 **Ruhollah K. Ramazani** *Essay*

Irans Ausblick auf das Jahr 2004

6 **Wilfried Buchta**

Ein Vierteljahrhundert Islamische Republik Iran

18 **Katajun Amirpur**

Gibt es in Iran noch einen Reformprozess?

25 **Mehdi Parvizi Amineh**

Demokratisierung und ihre Feinde in Iran

29 **Mangol Bayat-Philipp**

Die Beziehungen zwischen den USA und Iran

39 **Ferhad Ibrahim**

Iran und die arabische Welt

48 **Johannes Reissner**

Europas Beziehungen zu Iran

B 9/2004



Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.

Redaktion:

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Hans G. Bauer
Koredaktion dieser Ausgabe:
Nicole Maschler
Telefon: (0 18 88) 5 15-0

Internet:

www.bpd.de/publikationen/apuz
E-Mail: apuz@bpb.de

Druck:

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main

Vertrieb und Leserservice:

Die Vertriebsabteilung
der Wochenzeitung *Das Parlament*,
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main,
Telefon (0 69) 75 01-42 53,
Telefax (0 69) 75 01-45 02,
E-Mail: parlament@fsd.de,
nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
 - Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung *Das Parlament*
einschließlich Beilage zum Preis
von Euro 9,57 vierteljährlich,
Jahresvorzugspreis Euro 34,90
einschließlich Mehrwertsteuer;
Kündigung drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes;
 - Bestellungen von Sammel-
mappen für die Beilage
zum Preis von Euro 3,58
zuzüglich Verpackungskosten,
Portokosten und Mehrwertsteuer.
- Die Veröffentlichungen
in der Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
stellen keine Meinungsäußerung
des Herausgebers dar;
sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.
Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke
hergestellt werden.

ISSN 0479-611 X

Editorial

■ Um das politische Erbe des Republikgründers, Ayatollah Khomeini, tobt in der „Islamischen Republik Iran“ seit Wochen ein heftiger Machtkampf zwischen Konservativen und Reformern. Dieser kann als ein weiterer Beleg für den Stillstand des Landes angesehen werden. Streitpunkt war die Zulassung der Kandidaten zur Parlamentswahl 2004. Der Wächterrath, bestehend aus sechs Geistlichen und sechs Laien, verhinderte die Aufstellung zahlreicher Reformkandidaten. Aus Protest dagegen hatte ein Drittel der Abgeordneten ihr Mandat niedergelegt. Sie warfen den Konservativen vor, Khomeinis Erbe zu verraten, der eine islamische Republik und keine islamische Herrschaft habe etablieren wollen. Bisher ist es den Konservativen gelungen, den Wächterrath für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Dieser Konflikt lief in letzter Minute wieder auf einen Kompromiss hinaus.

■ Ein Blick auf 25 Jahre islamischer Herrschaft im „Gottesstaat“ Iran wirft die Frage auf, welche Beurteilungskriterien bei einer Bilanz angelegt werden. Vom Standpunkt der Systemstabilität aus betrachtet, fällt die Antwort positiv aus, vom wirtschaftlichen, sozialen oder demokratischen Blickwinkel ist sie eher negativ, wie *Wilfried Buchta* darlegt. Auf die Defizite bei der Reform des politischen Systems weisen sowohl *Katajun Amirpur* als auch *Mehdi Parvizi Amineh* hin. Sie gelangen zu konträren Schlussfolgerungen: Hält *Amirpur* die Politik der Amerikaner für richtig, so lehnt *Amineh* jegliche Einmischung seitens der USA ab und setzt ganz auf die Reformkräfte. Für ihn sind die Tage des theokratischen Regimes ohnehin gezählt.

■ Iran steht vor zwei großen Herausforderungen: Die wirtschaftliche Lage ist schlecht, und die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika sind seit 25 Jahren zerrüttet. Nach der

Zuordnung Irans zu einer „Achse des Bösen“ durch US-Präsident George W. Bush und angesichts einer erdrückenden Militärpräsenz der USA im Mittleren Osten hat die nationale Sicherheit des Landes höchste Priorität, wie *Ruhollah K. Ramazani* in seinem Essay feststellt. Trotz der politischen Verwerfungen haben beide Seiten erste Signale einer Annäherung ausgesandt. So hat Iran das Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet, und die USA haben sich großzügig an der Bewältigung der Folgen des Erdbebens in der Stadt Bam beteiligt. Wie stark der Einfluss der USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Iran gewesen ist, beschreibt *Mangol Bayat-Philipp*. Dieser reichte vom Sturz des Demokraten Mosaddeq über die intensive Unterstützung des Autokraten Schah Reza Pahlevi und über den Versuch, die Gegner der islamischen Republik mit Waffen zu versorgen, bis hin zu verbalen Drohungen der Bush-Regierung.

■ Die US-Politik der Eindämmung (containment) gegenüber Iran hat die Führung des Landes gezwungen, ihre wegen des angekündigten Revolutionsexportes belasteten Beziehungen zur arabischen Welt zu normalisieren. Dass dies gelungen ist, belegt der Beitrag von *Ferhad Ibrahim*. Diese Beziehungen orientieren sich an den nationalen Interessen Irans. So gehörte das Land zu den Staaten, die den von den USA eingesetzten provisorischen Regierungsrat im Irak als Erste anerkannt haben. Auch die Beziehungen Irans zur Europäischen Union (EU) haben sich positiv entwickelt, wie *Johannes Reissner* darlegt. Die EU habe mit ihrem „kritischen Dialog“ eigene Akzente gegenüber der Iranpolitik der USA setzen können. Dass mit Diplomatie einiges erreicht werden kann, zeigt die erfolgreiche Vermittlung der EU hingegen im Streit über das iranische Atomwaffenprogramm.

Ludwig Watzal ■

Irans Ausblick auf das Jahr 2004

Innenpolitische Herausforderungen

Im Februar beging Iran den 25. Jahrestag der Islamischen Revolution. Dennoch wird das Regime aller Wahrscheinlichkeit nach auch künftig von nahezu den gleichen innen- und außenpolitischen Problemen verfolgt sein wie beim Ausbruch der Revolution im Jahr 1979. Von großer innenpolitischer Bedeutung sind die Fragen der politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung. Um die politische Liberalisierung mit Leben zu füllen, müsste das Prinzip der Volkssouveränität akzeptiert werden. Revolutionsführer Ayatollah Ruhollah Khomeini lehnte bei der neuen Namensgebung für Iran nach der Revolution strikt die Forderungen von nationalistischen und islamischen Modernisten ab, der Formulierung Islamische Republik das modifizierende „demokratisch“ hinzuzufügen. Dabei ist die prodemokratische Bewegung Irans ein Jahrhundert alt und heute stärker als je zuvor. Ebenso lehnten im Jahr 1979 viele Menschen den Verfassungsentwurf ab. Er enthielt die widersprüchlichen Prinzipien der Volkssouveränität und der gottgegebenen Souveränität eines befähigten Klerikers. Die Doktrin der „Vizeregentschaft der Jurisprudenz“ (*velayat-e faqih*) diente Khomeinis vorrangigem Ziel der Schaffung eines „Gottesstaats“ in Iran.

Bis heute stimmten diese widersprüchlichen Prinzipien die gesamten politischen Strukturen und Prozesse in Iran. Einige konservative Hardliner akzeptieren die „absolute“ (*mutlaq*) Herrschaft des Höchsten Oberhauptes, Ayatollah Sayyed Ali Khamenei. Doch manche gemäßigte Konservative legen die verfassungsmäßigen Befugnisse begrenzter aus. Dennoch bleibt das Höchste Oberhaupt dem Volk keine direkte Rechenschaft schuldig. Es wird von einer gewählten Expertenversammlung ausgewählt, welche die Macht hat, es wieder zu entbinden, falls es bei seinen Aufgaben und Pflichten versagt. Die Kandidaten der Versammlung werden aber von einem mächtigen Wächterrat überprüft, dessen Mitglieder zur Hälfte vom Höchsten Oberhaupt selbst bestimmt werden. Viele Reformer charakterisieren dieses System als „religiösen Absolutismus“. Säkulare Nationalisten und sogar einige

aufgeklärte Kleriker setzen das Höchste Oberhaupt mit früheren Monarchen gleich, die sowohl weltliche als auch geistliche Autorität in ihrer Person vereinten. Mit anderen Worten: Sie sehen das heutige Höchste Oberhaupt als „den *faqih* der *faqihs*“ (*faqih al-fuqaha*) an, so wie ein einstiger altertümlicher Monarch als „König der Könige“ gesehen wurde.

Außer bei regionalen Wahlen hat der Wächterrat die Macht, Kandidaten für die Parlaments- und Präsidentenwahlen auszuschließen. In erster Linie konzentriert sich die Debatte über die Befugnisse des Rates auf seine Rolle bei den Wahlen. Sollte seine Funktion im Wahlgesetz als rein „überwachend“ (*esteshabi*) oder als „billigend“ (*estesvabi*) gedeutet werden?

Der konservativ-reformistische Streit über die Rolle des Rates hat sich im Verlauf der äußerst heiklen Parlamentswahlen im Februar dieses Jahres verschärft. Seit den Wahlen zum Ersten Parlament (*Majlis*) im Jahr 1980 wurde dessen Zusammensetzung wechselnd von den Blöcken der Islamischen Rechten und der Islamischen Linken dominiert. Doch bei den Wahlen zur Sechsten *Majlis* im Februar 2000 errang zum ersten Mal das Reformlager einen Erdrutschsieg.

Angeichts der zunehmenden Frustration vieler Reformer über das Schnecken tempo der sozialen und politischen Reformen unterscheiden sich die Vorstellungen über den Grad der Beteiligung der Bevölkerung an der Wahl weitgehend. Einige Reformer befürchten eine geringe Wahlbeteiligung, während andere eine Beteiligung von 55 Prozent oder mehr voraussagen. Einige Reformer glauben, dass, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich nicht an der Wahl beteiligt, dies zu einer Delegitimierung des konservativ dominierten Hardliner-Systems führen könnte. Selbst wenn der Rat von massiven Ausschlüssen von Kandidaten absehen sollte, hat er immer noch das Recht, das Ergebnis der Wahlen aufzuheben. Ebenso hat er die Macht, parlamentarische Bestimmungen außer Kraft zu setzen, die er für einen Verstoß gegen das „Islamische Gesetz“ (*shari'a*) oder die Verfassung hält.

Das entscheidende innenpolitische Thema, mit dem das Regime im Jahr 2004 wie schon seit der Revolution konfrontiert sein wird, ist die schlechte

Übersetzung aus dem Englischen: Dagmar Schüttly, Berlin.

Wirtschaftslage. Iran ist ein Staat, dessen Einkünfte aus Devisengeschäften zu 80 Prozent aus den Öleinnahmen stammen. Deshalb ist es eine Geisel der Ölpreise des Weltmarkts. Iran strebte eine weniger ölabhängige Wirtschaft an – erstmalig verfochten vom früheren Premierminister Mohammed Musaddiq. Das Chaos der Revolution und der Drang zur Verstaatlichung von Banken und Industrien in den frühen achtziger Jahren legten die wenigen Überreste des privaten Sektors endgültig lahm. Zudem verursachten die acht Jahre des Krieges mit dem Irak ungeheure infrastrukturelle Probleme, zusätzlich zu den großen menschlichen Verlusten.

Darüber hinaus werden aller Wahrscheinlichkeit nach andere sozioökonomische Schwierigkeiten im Jahr 2004 anhalten. Das Staatsmonopol in der Wirtschaft, zum Teil durch unregelte „Stiftungen“ (bonyad-ha) und zunehmende Korruption sowie inkompetentes wirtschaftliches Management verursacht, trägt nicht unerheblich zur hohen Inflationsrate (offiziell auf 11,4 Prozent geschätzt) und zur Arbeitslosenrate von 13,8 Prozent bei. Arbeitslosigkeit ist das weitaus größere der beiden Probleme. Angesichts der Tatsache, dass die Mehrheit der iranischen Bevölkerung unter 30 Jahre alt ist, trifft die Arbeitslosigkeit die Jugend am härtesten. Schätzungsweise 220 000 junge Akademiker sind ohne Arbeit, und es ist höchst unwahrscheinlich, dass selbst die Schaffung von rund 800 000 Arbeitsplätzen pro Jahr die steigende Arbeitslosigkeit senken würde, was ohnehin über die Fähigkeit und Belastbarkeit der derzeitigen Wirtschaft hinausgeht. Der absoluten Notwendigkeit einer Zuführung von inländischem, aber vor allem ausländischem Kapital wird nicht nachgekommen. Fremdenfeindliche Einstellungen, der bürokratische Amtsschimmel und überholte, widersprüchliche Gesetze und Bestimmungen vertreiben Kapital und Brainpower aus dem Land. Iran strebt die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) an, doch erfüllt das Land derzeit nicht die Bedingungen für eine Aufnahme, weil es keine freie Marktwirtschaft gibt.

Außenpolitische Herausforderungen

Die Schwierigkeiten bei der Wiedereingliederung Irans in die Weltwirtschaft sind verbunden mit gravierenden außenpolitischen Fragen. Im Moment scheint kein anderes Thema von so entscheidender Bedeutung zu sein wie die Gestalt der künftigen Beziehungen Irans zu den Vereinigten Staaten. Der Hauptgrund liegt im dramatischen Wandel der

regionalen Umgebung Irans seit den tragischen Terrorangriffen auf New York und Washington am 11. September 2001. Der amerikanische Einmarsch in Afghanistan und Irak, der beispiellose Anstieg der militärischen Präsenz der USA in diesen Ländern wie in der Region am Persischen Golf und Zentralasien sowie die Einbeziehung Irans – zusammen mit dem Irak und Nordkorea – in die „Achse des Bösen“ durch den amerikanischen Präsidenten George W. Bush haben der nationalen Sicherheit die höchste Priorität verliehen. Kurz bevor diese folgenschweren Ereignisse das iranische Umfeld so dramatisch veränderten, hatte die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright treffend festgestellt, dass Iran in „einer gefährlichen Nachbarschaft“ lebe.

Äußerst wichtig sind amerikanische Zusicherungen und entschiedenes Handeln, um das Bedrohungsgefühl in Iran auszuräumen. Auf Fragen von Reportern aus Anlass des verheerenden Erdbebens in der antiken Stadt Bam bezweifelte Präsident Khatami am 30. Dezember 2003, dass eine humanitäre Unterstützung durch die Amerikaner, wofür Iran dankbar sei, iranische Ängste verringern oder die Beziehungen zu Amerika voranbringen könnte. Er sagte: „Sie (die USA) sagen weiterhin, dass sie die Islamische Republik stürzen wollen. Wir haben keine guten Absichten gesehen. Wir hoffen, dass die Vereinigten Staaten ihr Verhalten ändern werden, so dass diese Mauer des Misstrauens fallen wird.“ Am ersten Tag des Jahres 2004 erklärte Bush, dass „wir großes Mitgefühl angesichts des menschlichen Leids haben“, doch schon im gleichen Atemzug wiederholte er überflüssigerweise die Forderungen der USA, dass „die iranische Regierung auf diejenigen hören müsse, die nach Freiheit rufen, die in ihrer Obhut befindlichen El-Kaida-Mitglieder ausliefern und ihr Atomwaffenprogramm aufgeben müsse“. Am gleichen Tag wiederholte Außenminister Colin L. Powell ebenfalls das Mantra, dass „wir an der Seite des iranischen Volkes und anderen unter repressiven Regimes lebenden Völkern stehen, wenn sie nach Freiheit streben“ und erklärte, dass „das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert der weltweiten Freiheit sein wird“. Diese Äußerungen scheinen den iranischen Verdacht hinsichtlich der amerikanischen Motive zu bestätigen.

Viele Konservative und sogar einige Reformer deuteten diese Erklärungen als die Fortsetzung der Bemühungen der Bush-Administration, sich in iranische Angelegenheiten einzumischen, indem sie das iranische Volk gegen seine Regierung ausspielen. Viele Iraner sahen in diesen Aussagen zudem einen Widerspruch zur früheren Rhetorik der amerikanischen Regierung. US-Vertreter hatten gesagt, dass die Regierung keinen „Regime-

wechsel“ in Iran anstrebe; Iran wurde gelobt für seine Unterstützung in Afghanistan und in Irak, und die iranische Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag (NPT), welches auf intensive Inspektionen heimlicher Bemühungen des Irans zur Entwicklung von Atomwaffen abzielte, wurde begrüßt.

Trotz der Bemerkungen Bushs ist die iranische Regierung grundsätzlich bereit, die Gespräche mit Vertretern der USA zu Irak und anderen Fragen fortzusetzen. Diese Gespräche wurden im Mai 2003 von Washington abgebrochen. Diese Bereitschaft ist nicht neu. Es ist eine historische Tatsache, dass der revolutionäre Iran nie die Tür für eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu den USA geschlossen hat. Ayatollah Khomeini selbst hatte erklärt, dass Iran bereit dazu wäre, „wenn Amerika sich benimmt“ (agar adam beshavad). Und das iranische Interesse an einem Dialog mit den Vereinigten Staaten hat sich seit der Machtübernahme des reformistischen Präsidenten Khatami noch verstärkt. Er schlug den Austausch von Professoren, Sportlern und anderen Persönlichkeiten zwischen Iran und den USA vor. Vor diesem Hintergrund ist es angemessen, die ablehnende iranische Haltung zum Angebot der Amerikaner, eine hochrangige humanitäre Mission unter Vorsitz von Senatorin Elisabeth Dole in den Iran zu entsenden, eher als terminliche Verschiebung denn als eine Zurückweisung des Besuchs zu betrachten. Berichten zufolge hatten iranische Offizielle die enormen Schwierigkeiten der Räumungskräfte in der vom Erdbeben zerstörten Stadt Bam als Grund dafür angeführt, dass Iran das amerikanische Angebot zu diesem Zeitpunkt nicht annehmen konnte.

Die Litanei der wechselseitigen Beschwerden und die Meinungsverschiedenheiten zwischen Iran und den USA im Verlauf des vergangenen Vierteljahrhunderts ist allgemein bekannt. Hingegen wird weniger zur Kenntnis genommen, dass beide Seiten ein Interesse an Fortschritten hin zu einem nachhaltigen Dialog und dem Abbau von Spannungen haben, letztlich mit dem Ziel einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Die Mehrheit der Bevölkerung Irans ist für die Demokratie und will Beziehungen zu Amerika. Doch Iran muss die Aufhebung der amerikanischen Sanktionen im Blick haben, ein Schritt, der helfen könnte, das für die wirtschaftliche Entwicklung und Privatisierung dringend gebrauchte Kapital und die Technologie aus anderen Industrieländern, aber auch aus den Vereinigten Staaten anzuziehen. Dies würde zumindest teilweise die Beseitigung vieler finanzieller, gesetzlicher und bürokratischer Engpässe erfordern.

Ich hoffe, dass Iran bei der Entwicklung seiner Atomreaktoren an seinen Verpflichtungen im Rahmen des NPT und des Zusatzprotokolls ohne Einschränkung festhalten wird. Atomare Ambitionen würden die Wirtschaft Irans in großem Maße belasten und die Staaten der Region animieren, seinem Beispiel nachzueifern – entgegen dem erklärten Ziel einer Entnuklearisierung des Nahen Ostens. Israel muss auf die Androhung militärischer Handlungen verzichten, und die Vereinigten Staaten sollten Iran in seinem legitimen Recht unterstützen, im Rahmen des NPT seine atomaren Fähigkeiten zu friedlichen Zwecken zu entwickeln.

Auf der anderen Seite haben die USA ein Interesse an der anhaltenden Kooperation mit Iran beim Prozess der Stabilisierung Iraks. Iran hat den von Amerika ernannten Regierenden Rat anerkannt. Es hat sich weder direkt noch über die in Iran ausgebildete irakische Badr-Brigade eingemischt. Washington hat auch ein ernsthaftes Interesse an iranischer Unterstützung beim Wiederaufbau und bei der politischen Stabilisierung Afghanistans sowie an Irans Kooperation bei der Bewältigung des steigenden Drogenhandels über seine langen und durchlässigen Grenzen zu Afghanistan.

Die Sicherung von Öllieferungen vom Persischen Golf auf den Weltmarkt ist sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für Iran von vitalem Interesse. In der Folge des Golfkrieges im Jahr 1991 erklärte der damalige Präsident Bush sen., dass „unsere vitalen nationalen Interessen“ von einer sicheren und stabilen Golfregion abhängen. Weder die vor 1991 vorherrschende amerikanische Vorstellung von einer militärischen Macht „über den Horizont“ sorgte für diese Sicherheit und Stabilität, noch tut dies das derzeitige amerikanische Imperium in der Region. Bereits 1982 empfahl ich als wissenschaftlicher Berater des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, dass diese eine entscheidende Rolle bei der Sicherheit in der Region spielen sollten. Und im Sog des Golfkrieges im Jahr 1991 schlug ich in meinem Buch *Zukünftige Sicherheit am Persischen Golf: Die Rolle Amerikas* vor, dass die USA die regionale Sicherheit durch die Staaten der Region fördern sollten – aber gleichzeitig diese regionalen Gruppen durch den Artikel 53 der UN-Charta an den Sicherheitsrat zu binden, der die Zustimmung des Sicherheitsrats erfordert, bevor regionale Gruppierungen militärische Macht einsetzen dürfen. Ist es nach zwei Kriegen nicht an der Zeit für die Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit den acht regionalen Staaten am Persischen Golf, und könnte eine solche Strategie nicht die humanitären und materiellen Kosten verringern, welche die „Pax Americana“ verursacht?

Abschluss des Manuskripts: 9. Januar 2004.

Ein Vierteljahrhundert Islamische Republik Iran

Im Februar 2004 beging die Islamische Republik Iran im Rahmen ihrer alljährlichen Zehntagefeiern zum Sieg der Revolution den 25. Jahrestag der triumphalen Rückkehr des Revolutionsführers Ayatollah Ruhollah Khomeini, dem 2. Mio. Iraner bei seiner Ankunft in Teheran am 1. Februar 1979 einen begeisterten Empfang bereiteten. Der Schah hatte bereits am 16. Januar das Land verlassen. Die bislang schahtreuen Streitkräfte erklärten sich am 11. Februar für neutral,¹ woraufhin Shahpur Bakhtiyar, der letzte vom Schah eingesetzte Ministerpräsident den Machtkampf verloren gab und in den Untergrund abtauchte. Vierundzwanzig Stunden später beauftragte Khomeini den frommen liberal-islamischen Technokraten Mehdi Bazargan mit der Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung, die einen Tag später von den USA und der UdSSR anerkannt wurde. In dem am 30. März 1979 abgehaltenen Referendum erklärten 97 Prozent der Teilnehmer ihre Zustimmung für eine Islamische Republik. Khomeini proklamierte daraufhin den 1. April „zum ersten Tag der Herrschaft Gottes“ auf Erden.

Die Jahresfeiern der Revolution geben Anlass, eine vorläufige Bilanz der Politik der Islamischen Republik Iran zu ziehen, eines theokratisch-republikanisches Hybridsystems, das eine – gemessen an vielen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens – beachtliche Stabilität gewahrt hat. Dies ist beileibe nicht selbstverständlich, schließlich leidet Irans System seit geraumer Zeit unter ideologischen Widersprüchen, einer bröckelnden Legitimationsbasis seines Revolutionsführers, heftigen Richtungskämpfen innerhalb seiner Machtelite und einer chronischen Wirtschaftskrise, die noch durch einseitige Handelsembargos der USA verstärkt wird. Dennoch hat Irans System bis zur Stunde die Kassandrarufer der Exilopposition, die seit 1979 seinen baldigen Untergang vorhersagen, widerlegt.

Um eine Bilanz von 25 Jahren Islamischer Republik zu ziehen, kommt man nicht umhin festzustellen, dass es neben einigen festen ideologisch-politischen Konstanten und Kontinuitäten auch bedeutsame, an bestimmte Persönlichkeiten und Ereignisse geknüpfte Umbrüche, Richtungswechsel und Akzentverschiebungen gegeben hat, die es erlauben, die gesamte Periode in drei Phasen ein-

zuteilen. Angelehnt an Ebrahim Yazdi, Irans ersten Außenminister nach 1979,² kann man durchaus von drei Republiken sprechen, nämlich der Dekade des Revolutionsführers und Republikgründers Khomeini (1979–1989), der durch das Duumvirat aus Revolutionsführer Khamenei und Präsident Rafsanjani geprägten Phase der „Zweiten Republik“ (1989–1997) und zuletzt der mit der Wahl Khatamis 1997 eingeleiteten und von einer islamischen Reformbewegung bestimmten „Dritten Republik“.

Die „Erste Islamische Republik“

Die ersten zehn Jahre des Systems standen ganz im Zeichen der charismatischen Herrschaft Khomeinis, der ab Herbst 1978 unbestrittener Führer und Integrationsfigur eines breiten, unterschiedliche politische Kräfte umfassenden Oppositionsbündnisses war. Diesem Bündnis gelang es schließlich, durch zumeist friedlichen Widerstand in Form von gewaltigen Massendemonstrationen und landesweiten Streiks das nationalistische und proamerikanische Regime der Pahlavi-Monarchie zu stürzen. Von 1979 bis 1982 durchlief das neu etablierte Revolutionsregime nicht nur eine Phase von heftigen inneren Turbulenzen und Machtkämpfen, sondern führte auch seit September 1980 einen acht Jahre währenden Krieg gegen den Nachbarn Irak. Unter dem Eindruck der innenpolitischen Machtkämpfe der ersten Jahre entstand ein weltweit einzigartiges Hybridsystem, dessen Verfassung republikanisch-demokratische und theokratisch-autoritäre Elemente in sich vereinigt, wobei jedoch das Letztere eindeutig dominiert.

Dass überhaupt demokratische Elemente wie etwa eine Exekutive und eine Legislative, die aus direkten Volkswahlen hervorgehen, bis heute weiter existieren, ist das Werk der anfänglich mit den Khomeinisten verbündeten national-religiösen und liberal-islamischen Kräfte. Sie waren an der Ausarbeitung der Verfassung vom Dezember 1979 beteiligt und hatten teilweise noch bis 1981 in

¹ Vgl. Ervand Abrahamian, *Iran Between Two Revolutions*, Princeton 1982, S. 529.

² Yazdi nennt die mit der Präsidentschaft Mohammad Khatamis beginnende Phase die „Dritte Republik“. Vgl. ausführlich zu den Definitionen Ebrahim Yazdi, *Se Jomhuriye* („Drei Republiken“), Teheran 2001, S. 341–352.

Staat und Regierung beträchtlichen Einfluss. Zu ihren Symbolfiguren zählten unter anderem Mehdi Bazargan (gest. 1995)³ und Abolhasan Bani-Sadr. Bazargan, Führer der islamisch-liberalen „Iranischen Freiheitsbewegung“ (NAI), leitete ab Februar 1979 auf Geheiß Khomeinis eine provisorische Revolutionsregierung aus moderaten Nationalisten und national-religiösen Technokraten. Bazargan konnte sich aber im Machtkampf mit den radikalen Islamisten, die bei Khomeini größeren Rückhalt hatten, nicht durchsetzen. Denn mit Billigung Khomeinis hatten die Islamisten ein breit gefächertes Netzwerk aus parastaatlichen Revolutionskomitees, Revolutionsgerichten und Milizen geschaffen, das als „Schattenregierung“ fungierte und beständig die Autorität der Bazargan-Regierung untergrub. Als Bazargans vergebliche Proteste gegen die Besetzung der US-amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 seine Machtlosigkeit offenbarten, demissionierte er wenige Tage später mit seinem Kabinett, wodurch die Revolutionsbewegung erneut radikalisiert wurde. Von da ab drängten die Khomeinisten schrittweise alle Rivalen an den politischen Rand oder ins Exil, ein Prozess, der mit der Absetzung des liberal-islamischen Präsidenten Abolhasan Bani-Sadr im Juni 1981 seinen Abschluss fand. Seither haben politisierte schiitische Kleriker alle zentralen Schlüsselpositionen des Systems inne und verfügen damit über ein Machtmonopol.

Die theoretische Grundlage dieses Machtmonopols ist das von Khomeini im irakischen Exil in Najaf (1965–1978) entwickelte religiös-politische Konzept der „Herrschaft des islamischen Rechtsgelehrten“ (*velayat-e faqih*). Khomeini gelang es, dieses Konzept gegen zahlreiche Widerstände als übergeordnete Staatsidee in der im November 1979 verabschiedeten Verfassung der Islamischen Republik Iran zu verankern.⁴ Dadurch wurde eine Theokratie⁵ in Iran etabliert, deren manifester Ausdruck das aus der *velayat-e faqih* abgeleitete Amt des „Herrschenden Rechtsgelehrten“ (*vali-ye faqih*) ist – ein Terminus, der auch synonym mit dem Titel Revolutionsführer (*rahbar*) verwendet wird. Der Revolutionsführer hat die Vollmacht, die Entscheidungen von Exekutive und Legislative zu konterkarieren, er kann den Präsidenten abset-

zen und ernennt den Chef der Judikative und der regulären und revolutionären Streit-, Sicherheits- und Ordnungskräfte. Die *velayat-e faqih* bildet innerhalb des Doktrinengebäudes der Schia eine präzedenzlose Neuerung, da es die theologisch und politisch erfahrensten Kleriker allein ermächtigt, die politische Herrschaft auszuüben. Damit revolutionierte Khomeini die Schia-Theologie, da er mit der bis dato vom hochrangigen Schia-Klerus geübten Praxis der Abstinenz in politischen Fragen brach, welche auf dem Glauben gründet, dass während der Abwesenheit des verborgenen 12. Imams der Schia, des Mahdi, jede politische Herrschaft prinzipiell illegitim ist.

Gestützt auf ihr Machtmonopol gingen die Khomeinisten daran, Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, inklusive der Schulen, Universitäten und des Rechtssystems, getreu islamisch-revolutionären Dogmen umzubauen. Das Resultat war die zwischen 1979 und 1982 vollzogene Islamisierung des Justizwesens, der Schulen und Hochschulen, die Verstaatlichung des größten Teils der Wirtschaft, die auf Gegnerschaft zu den USA und den Export der Revolution zielende Ausrichtung der Außenpolitik, die Durchsetzung der islamischen Kleiderordnung für Frauen, die Aufhebung von Presse- und Parteienfreiheit und vieles mehr. Bereits ab 1979, doch besonders gehäuft in den Jahren 1981 bis 1982, kam es zu gewaltsamen Exzessen beim Vorgehen gegen wahre und vermeintliche Abweichler und Feinde. Dass 1981 die Radikalisierung einen Höhepunkt erreichte, hatte mit dem Überlebenskampf des Regimes gegen die iranischen Volksmujahedin (MKO) zu tun. Die ursprünglich mit Khomeini verbündeten islamomarxistischen MKO wandelten sich nach dem Sieg über das Schah-Regime zum gefährlichsten Rivalen der khomeinistischen Führungsriege. Nachdem Khomeini im Juni 1981 den moderaten Präsidenten Abolhasan Bani-Sadr entmachtet hatte, griffen dessen stärkste Verbündete, die MKO, zu den Waffen und versuchten, das Regime durch massive Terroranschläge auf seine wichtigsten Vertreter und Funktionäre ins Wanken zu bringen. Doch das Kalkül der MKO ging nicht auf. Das Regime stürzte nicht. Stattdessen radikalisierte und brutalisierte der Terror der MKO das politische Klima Irans in einer nie gekannten Weise. Angestachelt zu brachialem Gegenterror und blinden Vergeltungsmaßnahmen, tötete das Regime bis Ende 1982 mehrere Tausend gefangen genommene Sympathisanten und Untergrundkämpfer der MKO und anderer militanter linker Oppositionsgruppen.⁶ Bis Frühjahr 1982 hatten die Sicherheits-

3 Vgl. die Kurzbiographie von Wilfried Buchta, Mehdi Bazargan, in: Orient, 36 (1995) 4, S. 585–590.

4 Vgl. Mohsen M. Milani, The Making of Iran's Islamic Revolution. From Monarchy to Islamic Republic, Boulder, Col. 1994, S. 84–89 und S. 154–160.

5 Hier in Anlehnung an den Religionshistoriker Mensching definiert als verfassungsmäßig festgelegte weltliche Herrschaft eines organisierten Klerikertums zur Vertretung der Gottheit. Vgl. Gustav Mensching, Toleranz und Wahrheit in der Religion, Heidelberg 1955, S. 111.

6 Vgl. Shaul Bakhash, The Reign of the Ayatollahs, New York 1984, S. 217–230.

kräfte Irans die MKO militärisch besiegt, ihre Untergrundzellen zerschlagen und ihre Militärkader getötet. Die politische Führung der MKO unter Mas'ud Rajavi hatte bereits im Juli 1981 Zuflucht im Exil genommen, erst in Frankreich und ab 1986 schließlich im Irak. Fortan gewährte Iraks Diktator Saddam Hussein den MKO massive politische, militärische und finanzielle Hilfe und instrumentalisierte sie für seine Ziele.

Nach Jahren revolutionären Furors, heftigster innenpolitischer Machtkämpfe und ethnischer und sozialer Unruhen hatte sich aber ab Ende 1982 das um seine Existenz kämpfende Revolutionsregime behaupten können. Der Krieg gegen den Irak, der auch viele regimekritische, aber patriotisch gesinnte Iraner veranlasste, um der Bewahrung des Vaterlands und der nationalen Einheit willen Khomeinis Führung anzuerkennen, tat ein Übriges, das System dauerhaft zu festigen. So konnten die Teheraner Machthaber ab 1982 ihr Augenmerk darauf richten, die innenpolitische Lage durch Konsolidierung der neu geschaffenen Institutionen zu stabilisieren. Ausdruck dieses Strebens nach Mäßigung war das an Revolutionsgerichte, Justizapparate, Revolutionskomitees und revolutionäre Streit- und Sicherheitskräfte gerichtete Acht-Punkte-Sonderdekret Khomeinis vom Dezember 1982. Das Dekret beendete sukzessive die schlimmsten revolutionären Exzesse in Form von willkürlichen Beschlagnahmungen von Privateigentum, Verhaftungen und extralegalen Hinrichtungen von vermeintlichen Konterrevolutionären.

Seit Etablierung der Islamischen Republik hat sich eine zahlenmäßig kleine, doch für die Führung des Staates ausreichende Minderheit des Schia-Klerus der Regierung angedient. Den Versuchungen der Macht erlegen, bildet sie heute eine mit politischen Privilegien ausgestattete Staatselite. Während sich ein Teil der Geistlichen zu einer Art Nomenklatura wandelte, steht der Großteil der Schia-Kleriker, der an der Tradition der politischen Enthaltensamkeit festhält und daher öffentliche Opposition vermeidet, dem Regime weiterhin in schweigender Ablehnung gegenüber. Andererseits ist das Regime alles andere als ideologisch homogen, konnte es doch bis heute nicht alle teils heftig miteinander rivalisierenden khomeinistischen Klerikerfraktionen in einer Einheitspartei zusammenfassen. Zwar wurde 1979 mit diesem Ziel die Islamic Republic Party ins Leben gerufen, doch 1987 war die Staatsführung gezwungen, die Partei aufgrund der erbitterten Richtungskämpfe zwischen ihrem rechten und linken Flügel aufzulösen.

Wirtschaftspolitische Streitfragen bildeten zumeist die Ursache dieser Flügelkämpfe. Während sich die islamisch-konservativen Khomeinisten, zu

denen unter anderem auch der heutige Revolutionsführer Ali Khamenei zählt, auf das im Islam legitimierte Eigentumsrecht beriefen, unterstrichen ihre links-islamischen Antagonisten den Anspruch des Islam, soziale Gerechtigkeit schaffen zu wollen. Die Links-Islamisten, zu denen auch der heutige Staatspräsident Mohammad Khatami zählt, hatten aufgrund ihrer Siege in den seit 1980 regelmäßig im Vierjahresturnus abgehaltenen Parlamentswahlen die Oberhand in der Legislative. Doch müssen laut Verfassung alle vom Parlament verabschiedeten Gesetze vom „Wächterrat“, einem Gremium, das als Oberhaus fungiert und von konservativen Klerikaljuristen dominiert wird, auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam überprüft werden. In vielen Fällen lehnte der mit Vetorecht ausgestattete Wächterrat die Gesetze ab, was dazu führte, dass in zahlreichen wichtigen Fragen wie zum Beispiel der Agrarreform keine in sich schlüssige Politik ausgearbeitet werden konnte.

Um diese für den Systemerhalt gefährliche Blockade der politischen Institutionen zu überwinden und der Regierung Handlungsfreiheit zu verschaffen, deklarierte Khomeini im Januar 1987 das Konzept der „Absoluten Herrschaft des Rechtsgelehrten“. Diesem Konzept zufolge stünden die im Interesse des islamischen Staates getroffenen Entscheidungen des Revolutionsführers über den Geboten der Religion, sogar über solch fundamentalen Geboten wie dem Gebet, dem Fasten und der Pilgerfahrt nach Mekka. Sachzwänge veranlassten Khomeini schließlich, der Staatsräson Vorrang vor der Religion einzuräumen, eine Politik, die er gerade beim Schah kritisiert und durch die Einführung einer Theokratie, in der politische und religiöse höchste Autorität in einer Person verschmelzen, hatte beseitigen wollen.

Hatten bereits viele Iraner Khomeinis Direktive vom Januar 1987 als eklatante Abweichung vom revolutionären Dogma der Suprematie der Religion über den Staat erachtet, so musste sie Teherans überraschende Annahme der UN-Waffenstillstandsresolution 598 als ein weiterer ideologischer Sündenfall anmuten.⁷ Schließlich bedeutete sie das faktische Eingeständnis, dass eines der wichtigsten ideologischen Ziele Teherans, der unter panislamischen Vorzeichen betriebene Export der Revolution (*sodur-e enqelab*) in andere islamische Staaten, gescheitert war und die Islamische Revolution ein auf Iran beschränktes Experiment bleiben würde. Mitte 1988 war dieser Schritt unausweichlich geworden. Weit verbreitete Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung, bedrohliche militärische Rückschläge an verschiedenen Frontabschnitten,

⁷ Vgl. Saskia Gieling, *Religion and War in Revolutionary Iran*, London 1999, S. 32.

Engpässe bei der Versorgung mit Munition und Kriegsgerät, fast leere Staatskassen und eine insgesamt dramatische Wirtschaftskrise bewirkten auch unter vielen hartnäckigen Kriegsbefürwortern in der iranischen Führung ein Umdenken. Unaufhaltsam setzte sich die Überzeugung durch, dass der international weitgehend isolierte Iran den Krieg gegen den militärtechnisch überlegenen Irak nicht mehr gewinnen konnte und bei Kriegsfortsetzung womöglich ein Systemkollaps drohte. Daher sah sich Khomeini am 16. Juli 1988 gezwungen, in einem internen, an führende Regimefunktionäre gerichteten Schreiben einzugestehen, dass die Annahme der UN Resolution 598 unvermeidbar sei. „Diese Entscheidung kam mir so bitter vor wie der Trunk eines Becher Gifts“ (*in tasmim baraye man tschon zahr keschandeh ast*). Mit diesem Satz begründete er den Vorrang, den „die Erhaltung der Islamischen Republik“ (*hefazat az jomhuri-ye eslami*) gegenüber allen anderen Zielen habe.⁸ Khomeinis Verweis auf die absolute Priorität des Systemerhalts verriet, dass Irans Führung einem weiteren, bislang hartnäckig verteidigten revolutionären Ideal untreu geworden war und der Staatsraison und nicht der islamischen Ideologie Priorität einräumte.

Die Annahme des Waffenstillstands barg aber auch unkalkulierbare innenpolitische Risiken. Schließlich hatte dieser im Namen der Revolutionsideologie geführte Krieg den Iranern harte wirtschaftliche Entbehrungen, gewaltige materielle Schäden und große Verluste an Menschenleben abgefordert, die ihnen nun vergeblich erscheinen mussten. Zu Recht befürchteten die Machthaber einen massiven und nachhaltigen Vertrauensverlust der Bevölkerung in das Regime. Allein der charismatischen Autorität Khomeinis, der dem Volk am 20. Juli in einer Fernsehansprache die bittere Wahrheit beibrachte, war es zu verdanken, dass Wut und Enttäuschung vieler Iraner über ihre sinnlosen Opfer nicht in systemgefährdende gewaltsame Proteste umschlugen.

Die prekäre Phase des Übergangs vom Krieg zum Frieden nutzte das Regime aber auch, um seine gefährlichsten, in den Gefängnissen des Landes inhaftierten Gegner zu liquidieren. Den Vorwand dafür lieferte der Invasionsversuch der MKO, die von ihren Militärbasen im Irak aus am 21. Juli 1988 die Grenze überschritten und kleinere iranische Grenzstädte besetzt hatten, um sie zur Ausgangsbasis für den Umsturz des Systems in Teheran zu machen. Militärtaktisch und politisch dilettantisch vorbereitet, endete die MKO-Offensive in einem Fiasko. In kurzen, heftigen Gefech-

ten rieben die ihren Gegnern zahlenmäßig weit überlegenen iranischen Streitkräfte die Einheiten der MKO vollständig auf.

Nur wenige Tage nach der MKO-Offensive gaben iranische Staatsorgane den geheimen Befehl, die wichtigsten politischen Haftanstalten des Landes von der Außenwelt zu isolieren, was vor allem Evin, Qezel Hesar und Gohar Dasht, die wegen ihrer Größe und der harten Haftbedingungen besonders berüchtigten Haftanstalten von Teheran, betraf. Gegen Ende Juli 1988 suchten Sonderkommissionen, zusammengesetzt aus Staatsanwälten, Vorsitzenden von Revolutionsgerichten und höheren Kadern des VEVAK (des Ministeriums für Information und Sicherheit), die Gefängnisse auf und legten allen linksoppositionellen politischen Häftlingen einen Katalog ausgeklügelter und verfänglicher Fragen vor, deren Beantwortung über Leben und Tod entschied. Ziel war es, herauszufinden, ob die Befragten als Muslime oder Nicht-Muslime zu betrachten sind, und falls Letzteres zutraf, ob sie sich noch zu ihrer früheren regimefeindlichen Ideologie bekannten. Gab ein Häftling unbefriedigende Antworten, so sonderten sie auch diese Personen aus. Alle Ausgesonderten wurden nach ihrer Befragung in den Gefängnissen hingerichtet, in den meisten Fällen durch den Strang, da dies für weniger Aufmerksamkeit sorgte.⁹

Auf diese Weise ließ die Staatsführung Irans von Ende Juli bis Dezember 1988 mehrere Tausend linksgerichtete Gefangene nebst einer unbekannt Zahl der 1988 gemachten MKO-Kriegsgefangenen unter großer Geheimhaltung und ohne ordentliches Gerichtsverfahren hinrichten. Den größten Blutzoll entrichteten Anhänger und Kader der MKO. Über die exakte Zahl der Opfer herrscht bis heute Ungewissheit. Amnesty International hat die Namen von über 2 000 Opfern dokumentiert.¹⁰ Nach Angaben von Ayatollah Hosein Ali Montazeri (geb. 1921), dem damaligen designierten Nachfolger Khomeinis, der sich im Juli und August 1988 in drei an Khomeini selbst und die Exekutoren gerichteten Briefen scharf gegen die von ihm als unislamisch und schändlich verurteilten Hinrichtungen aussprach, wurden 1988 zwischen 2 900 und 3 900 Häftlinge hingerichtet.¹¹ Teherans Regierung leugnet bis heute offiziell die Massenexekutionen von 1988, die ein Tabuthema sind. Ungeklärt bleibt, welche Debatten und Entscheidungsprozesse in Irans Nomenklatura letzt-

⁸ Vgl. die Memoiren von Hosein Ali Montazeri, Khaterat-e Ayatollah Montazeri, o. O 2001, S. 490.

⁹ Vgl. ausführlich Reza Afshari, Human Rights in Iran. The Abuse of Cultural Relativism, Philadelphia 2001, Kapitel 8, S. 104–118.

¹⁰ Vgl. Amnesty International, Iran, Human Rights Violations, 1987–1990, S. 6.

¹¹ Vgl. H. A. Montazeri (Anm. 8), S. 299.

lich zur fast totalen Liquidierung aller linksoppositionellen Häftlinge führte und das Regime zu einem kurzen, doch folgenschweren Rückfall in die schlimmsten Gewaltexzesse seiner Frühphase verleiteten. Interessanterweise führt Montazeri im Dokumentenanhang seiner 2001 erschienenen Memoiren einerseits einen undatierten schriftlichen Befehl von Revolutionsführer Khomeini auf, in dem dieser die Exekution der inhaftierten MKO-Mitglieder befiehlt.¹² Andererseits betont Montazeri, dass er an der Authentizität dieses Schreibens zweifele, und deutet an, dass enge Vertraute des Revolutionsführers im Teheraner Büro des Imam die wahren Urheber dieser Aktion seien.

Die Suprematie des Staatsinteresses über die ursprünglichen religiösen und ideologischen Doktrinen der Revolution zeigte sich in aller Deutlichkeit bei der Nachfolgeregelung Khomeinis. Dabei trafen die engsten Vertrauten Khomeinis eine Regelung, die der Legitimität des *velayat-e faqih*-Konzepts einen schweren, bis heute nicht verwundenen Schlag versetzen sollte. Angesichts der Bedeutung des *vali-ye faqih* war es für das Regime überlebenswichtig, bei Khomeinis Tod einen problemlosen Machttransfer zu gewährleisten. Gemäß der in der Verfassung von 1979 verankerten schiitischen Tradition wurde von Khomeinis Nachfolger verlangt, der gelehrteste und rechtschaffenste schiitische Rechtsgelehrte und eine „Quelle der Nachahmung“ (*marja'-e taqlid*), also ein Groß-Ayatollah, zu sein. Allerdings stellte sich bald heraus, dass diese Kriterien allein auf Khomeini zutrafen. Mit Ausnahme Montazeris akzeptierte 1989 keiner der anderen Groß-Ayatollahs Khomeinis Konzept der *velayat-e faqih*. Zudem genoss keiner der anderen klerikalen Vertrauten und Mitarbeiter Khomeinis ein diesem vergleichbares theologisches Ansehen, von seinem persönlichen Charisma und seiner politischen Autorität ganz zu schweigen. Anders ausgedrückt: Die prominentesten Theologen waren, weil Quietisten, politisch als Nachfolger Khomeinis ungeeignet, während es gleichzeitig den politisch aktiven Klerikern, die zumeist den unteren oder mittleren Rängen der Theologenhierarchie angehörten, an theologischen Qualifikationen mangelte. Der einzige von Khomeinis Getreuen, der sich durch fortgesetzte theologische Studien bis Mitte der achtziger Jahre den Rang eines Groß-Ayatollah hatte sichern können, war Montazeri, ein früherer enger Schüler und Weggefährte Khomeinis in Qom, der von 1965 bis 1978 wegen seiner Oppositionsarbeit acht Jahre in Schah-Gefängnissen einsaß. Er wurde von Khomeini und seinen engsten Mitarbei-

tern ab 1980 stillschweigend zum inoffiziellen Nachfolger aufgebaut.

Vordergründig schien die Nachfolge endgültig geregelt, als der mit der Wahl beauftragte Expertenrat im November 1985 die Designierung Montazeris zum Nachfolger Khomeinis als *vali-ye faqih* offiziell verkündete. Doch hatte Montazeri zu diesem Zeitpunkt den Zenit seiner Macht bereits überschritten. Die Wende kam im Herbst 1986 mit der Iran-Contra-Gate-Affäre, dem geheimem Waffen-für-Geisel-Tauschgeschäft zwischen Teheran und Washington, das Mehdi Hashemi, ein enger Gefolgsmann Montazeris, enthüllt hatte, wodurch die ideologische Glaubwürdigkeit des Systems in Misskredit geriet. Mit Billigung Khomeinis wurde Mehdi Hashemi, der bis dato eine von Montazeri protegierte Sondereinheit für den Revolutionsexport geleitet hatte, im Oktober 1986 durch das Geheimdienstministerium (VEVAK) verhaftet; dies versetzte Montazeris Machtstellung in Irans Nomenklatura einen schweren Schlag. Ein eigens eingerichteter Sondergerichtshof der Geistlichkeit, der ihn diverser konterrevolutionärer Vergehen angeklagt hatte, ließ Hashemi im September 1987 hinrichten.¹³ Die Affäre um Mehdi Hashemi, dessen Hinrichtung Montazeri im letzten Augenblick noch vergeblich zu verhindern versucht hatte, fügte seiner Reputation immensen Schaden zu und scheint einer der Gründe dafür gewesen zu sein, dass er bei Khomeini 1989 in Ungnade fiel.

Als Montazeri im Februar 1989 seine öffentliche harte Kritik an systeminternen Fehlentwicklungen noch einmal steigerte, kam es zum unwiderrüflichen Bruch mit Khomeini. In einem mysteriösen, von offiziellen Stellen Khomeini zugeschriebenen Brief, datiert vom 26. März 1989, wurde Montazeri zum Rücktritt vom Amt des Nachfolgers aufgefordert.¹⁴ Daraufhin verzichtete Montazeri in einem Antwortschreiben auf seinen Posten und beschränkte sich, dem Rat Khomeinis folgend, fortan vorwiegend auf theologische Aktivitäten in Qom. Montazeris Entmachtung, deren geheimnisumwobenen Hintergründe bislang nicht aufgedeckt sind, beschwor eine akute Nachfolgekrise des Systems hervor, die den bereits todkranken Khomeini im April 1989 zwang, einen Verfassungsrevisionsrat einzuberufen. Die Gremiums-

13 Vgl. Wilfried Buchta, Die Inquisition der Islamischen Republik Iran: Einige Anmerkungen zum Sondergerichtshof der Geistlichkeit, in: Rainer Brunner (Hrsg.), Islamstudien ohne Ende. Festschrift für Werner Ende zum 65. Geburtstag, Würzburg 2002, S. 69–78.

14 Montazeri bezweifelt in seinen Memoiren die Authentizität des Briefes und glaubt, dass er von Ahmad Khomeini verfasst sei, der ihn zusammen mit anderen jedoch ungenannten Regimespitzen durch eine Intrige habe entmachten wollen. Vgl. H. A. Montazeri (Anm. 8), S. 318.

12 Vgl. ebd., S. 302.

mitglieder beschlossen eine Reihe von Verfassungsänderungen, welche die Trennung von höchster religiöser Autorität (*marja'iyat*) und höchster politischer Macht (*velayat*) offiziell sanktionierten. Die Bestimmung, dass ein *vali-ye faqih* von der Mehrheit des Volkes als *marja'-e taqlid* anerkannt und akzeptiert werden müsse, wurde gestrichen. Zugleich betonte die neue Verfassung, dass Kandidaten für das Amt des *vali-ye faqih*, die eine große Vertrautheit mit politischen und sozialen Fragen vorweisen können, der Vorrang zu geben sei. Während das Niveau des religiösen Expertentums verringert wurde, nahm die Bedeutung der politischen Erfahrung zu. Damit wurde ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Abkehr vom ursprünglichen religiösen Dogma der Revolution getan und jüngeren Klerikern niederen theologischen Ranges der Weg für die Nachfolge von Khomeini freige-macht.

Als dieser am 3. Juni 1989 starb, trat der Expertenrat rasch zusammen, um ein Machtvakuum zu verhindern. Seine Wahl fiel auf den bisherigen Staatspräsidenten Ali Khamenei, der allerdings nur den niederen Rang eines Hojjatoleslam hatte. Wenig später wurde Khamenei von der Regierungspresse quasi in einem politischen Akklamationsakt theologisch höher gestuft und fortan als Ayatollah betitelt. Indes konnte diese in den Augen der allermeisten orthodoxen Schia-Kleriker bis heute nicht anerkannte theologische Höherstufung Khamenei zu einem Ayatollah nicht darüber hinwegtäuschen, dass die mit seinem Amtsantritt de facto höchste religiöse und politische Autorität nicht mehr wie zuvor unter Khomeini in einer Hand vereint war. Zwar hatte der reibungslose Machttransfer zu Khamenei die politische Stabilität des Systems erneut unter Beweis gestellt, doch konfrontierte sein Amtsantritt das Regime mit einem neuen Dilemma: Wie kann sich ein auf Verschmelzung von Religion und Politik gegründeter Staat legitimieren, wenn sein höchster Vertreter – anders als noch Khomeini – sich auf keinen allgemeinen Konsens der Bevölkerung berufen kann und ihm zudem die führenden religiösen Schia-Autoritäten die Anerkennung als Groß-Ayatollah verweigern? Alle bisherigen Versuche Khameneis, sich der höchsten religiösen Autorität, des Titels eines Groß-Ayatollah, zu bemächtigen, sind gescheitert. Der letzte Versuch datiert vom November 1994, als der einzige der iranischen Regierung nahe stehende Groß-Ayatollah, Muhammad Ali Araki, im Alter von 103 Jahren in Qom starb. Kurz nach dessen Tod meldete Khamenei Anspruch auf das nun frei gewordene Amt einer „Quelle der Nachahmung“ an. Doch schlug ihm von zahlreichen führenden Schia-Klerikern innerhalb und außerhalb Irans so massiver Widerstand entgegen, dass er

rasch auf diesen Anspruch verzichtete.¹⁵ Bis heute wird Irans Revolutionsführer von der großen Mehrheit der Schiiten innerhalb und außerhalb Irans nicht als Groß-Ayatollah anerkannt. Das untergräbt schleichend nicht nur die Legitimität seines Amtes, sondern auch die des ganzen Systems.

Insgesamt kann man festhalten, dass sich die Khomeini-Dekade der ersten Islamischen Republik durch zwei Charakteristika auszeichnet: erstens eine dauerhafte Konsolidierung der revolutionären Strukturen und Institutionen, die das System so stabil machten, dass ihm selbst der Tod Khomeinis und die ihm vorausgegangene Krise um die Nachfolgeregelung nichts anhaben konnten; zweitens eine seit 1982 erkennbare und ab 1988 immer deutlicher ausgeprägte Tendenz zur De-Radikalisierung der Innen- und Außenpolitik des Systems, die damit einherging, dass dem Systemerhalt und dem pragmatischen Nationalinteresse im Zweifelsfall stets Priorität vor ideologischem Dogmatismus eingeräumt wurde. Diese Tendenz sollte sich unbeschadet kurzer episodenhafter Rückfälle in radikale Aktionsmuster, wie etwa im Fall der Massensexekutionen von 1988 und Khomeinis Rushdie-Fatwa vom Februar 1989, bis zum Zeitpunkt von Khomeinis Tod und darüber hinaus in der „Zweiten Republik“ dauerhaft verstetigen.

Die „Zweite Islamische Republik“

Nach Khomeinis Tod teilten sich der Revolutionsführer Khamenei und der als Pragmatiker bekannte Ex-Parlamentspräsident Rafsanjani die Macht. Rafsanjani war im Juli 1989 in das Präsidentenamt gewählt worden, das nach einer Verfassungsänderung, welche die Abschaffung des bis dato mächtigen Premierministeramtes einschloss, mit erweiterten Kompetenzen ausgestattet worden war. Der umtriebige und bis zur Unkenntlichkeit seiner wahren Positionen pragmatische Parlamentspräsident Rafsanjani war seit 1982 sukzessive zum starken Mann nach Khomeini selbst angestiegen. Rafsanjani, um den sich eine kleine, doch einflussreiche Gruppe von moderat-islamischen Technokraten in Irans Führungselite scharte, die so genannten Rechtsmodernisten, galt als Architekt der Verfassungsreform. Bei seinem Amtsantritt fand Rafsanjani eine durch Krieg und Revolutionswirren erschöpfte Bevölkerung und eine zusammengebrochene Kriegswirtschaft vor.

¹⁵ Genauer dazu Wilfried Buchta, Die Islamische Republik Iran und die religiös-politische Kontroverse um die *marja'iyat*, in: Orient, 36 (1995) 3, S. 449–474.

Zudem war der Iran durch eine fast zehn Jahre lang von radikalen ideologischen Dogmen angetriebene Außenpolitik international weitgehend isoliert.

Während seiner zwei Amtsperioden als Präsident (1989–1997) unterstützte Rafsanjani einen Prozess der partiellen Entideologisierung der iranischen Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik. So steuerte er außenpolitisch einen moderaten, auf Integration des Iran in die internationale Gemeinschaft, auf vorsichtige Annäherung an den Westen und auf Normalisierung der Beziehungen zu den regionalen Nachbarn abgestellten Kurs mit dem Ziel, Irans kostspielige und seiner Entwicklung abträgliche Isolation zu beenden. Zugleich setzte er auf eine wirtschaftspolitische Liberalisierung, um die im Krieg stark zerstörte technisch-industrielle Infrastruktur des Landes wieder aufzubauen, und erlaubte eine, wenngleich nur behutsame und eingeschränkte Liberalisierung der Gesellschaft, wobei Letzterem nur nachrangige Bedeutung zukam. Doch weder in der Wirtschaftspolitik noch bei der Absicherung und Erweiterung von sozialen Freiheiten und Rechten wurden während Rafsanjanis Amtszeit nennenswerte Fortschritte erzielt. Die Ursache dafür liegt in einem Bündel von Faktoren begründet, die kurz angerissen werden sollen.

Um seine Ziele zu erreichen, bemühte sich Rafsanjani, wirtschaftliche und politische Macht in seiner Hand zu zentralisieren. Voraussetzung dafür war aber eine Entmachtung der – dank der zeitweilig massiven Unterstützung Khomeinis – bis 1989 in Exekutive und Legislative sowie großen Bereichen der Staatswirtschaft tonangebenden Machtelitefraktion der Linksislamisten. Sie waren Rafsanjani wegen ihres Festhaltens an einem radikal-revolutionären Kurs in der Außenpolitik und einer auf sozialistischen Staatsdirigismus ausgerichteten Wirtschaftspolitik ein Dorn im Auge. Zu Lebzeiten Khomeinis kam es zu permanenten schweren Konflikten zwischen den sozialpolitisch Konservativen und den Linksislamisten, die zu einer teilweisen Lähmung der Regierung führten und deren Politik oft inkonsistent und widersprüchlich machten. Zumeist als Schiedsrichter angerufen, nahm Khomeini für keine der beiden Elitenfraktionen dauerhaft Partei, sondern vermochte, teils durch geschicktes Taktieren, teils durch energische Machtworte, die widerstreitenden Tendenzen immer wieder vorübergehend auszubalancieren.

Das Bündnis zwischen Rafsanjani und Khamenei gründete in dem gemeinsamen Wunsch nach Entmachtung der Linksislamisten. In der Tat vermochte Rafsanjani die Linksislamisten zwischen 1989 und 1990 sowohl aus der Regierung als auch

aus den meisten anderen wichtigen Staatsinstitutionen zu vertreiben und durch effiziente nicht-ideologische Technokraten zu ersetzen. Das Zusammenspiel zwischen Pragmatikern und Konservativen bei den Wahlen für den Expertenrat im Oktober 1990 führte dazu, dass die große Mehrheit der linksislamischen Kandidaten disqualifiziert wurde. Da der Expertenrat laut Verfassung die Vollmacht zur Absetzung eines von ihm als amtsuntauglich erachteten Revolutionsführers hat, wurde damit jede potentielle Gefahr für Khamenei dauerhaft gebannt.

Ein erneutes Zusammenspiel von Regierung und dem von Konservativen beherrschten Wächterrat, der die Regimeloyalität aller Kandidaten zu prüfen hat, führte vor den Parlamentswahlen vom Mai 1992 zu einer Disqualifizierung der meisten linksislamischen Mandatsbewerber. Infolgedessen fiel in den Wahlen von 1992 die große Mehrheit der 270 Sitze an die Konservativen, während die Linksislamisten zu einer kleinen Minderheit im Parlament zusammenschumpften. In Randbereiche des Machtapparats abgedrängt, zogen sie sich trotz gelegentlicher, in ihren Zeitungen an der Regierungspolitik geübter harter Kritik aus der Tagespolitik zurück und hofften auf bessere Tage.

Mit der Schwächung der Linksislamisten wurde die Bühne für die problemlose Implementierung der Wiederaufbaustrategie bereitet, doch bedeuteten die Kosten durch die Kriegsschäden, die Rafsanjani im August 1994 auf 1 000 Mrd. US-Dollar schätzte, von Anfang an eine erhebliche Last. Zugleich war Rafsanjani mit enormen materiellen Erwartungen der Bevölkerung konfrontiert, der das Regime während des Kriegs mit dem Irak noch das Ausbleiben des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts durch Verweis auf den Krieg erklären konnte – eine Entschuldigung, die nach Kriegsende wegfiel. Beim Wiederaufbau räumte die Regierung der Wiederherstellung der devisenträchtigen Öl- und petrochemischen Industrie oberste Priorität ein, zumal Öl traditionell Irans Haupteinnahmequelle war.

Der Wirtschaftsliberalismus der Technokraten und Konservativen bedeutete einen klaren Bruch mit der von den Linksislamisten verfolgten Wirtschaftspolitik des rigiden Staatsdirigismus. Die Technokraten befürworteten die Privatisierung ineffizienter Staatsbetriebe, die Abschaffung des Subventionssystems, die Vereinheitlichung des anarchischen Systems der gespaltenen Wechselkurse, die Rückkehr von emigrierten iranischen Experten und die Aufnahme von Krediten aus dem Ausland. Im Allgemeinen unterstützte Khamenei in den ersten drei Jahren diesen Kurs, den Rafsanjani als Wiederaufbauprogramm im ersten Fünfjah-

resplan von 1990 bis 1995 festschreiben ließ. Rafsanjani setzte ferner 1990 die bis dahin aus Gründen der Ideologie und der Wahrung der Unabhängigkeit gegenüber dem westlichen Ausland verpönte Aufnahme von Auslandskrediten durch. Befreit von allen Beschränkungen, begann die Regierung, die noch während des Krieges strikte Konsumdisziplin gewahrt hatte, mit dem fast ungehemmten Import von Konsumgütern, der schließlich so gigantische Ausmaße annahm, dass Teheran bis 1993 fast zahlungsunfähig geworden war. Iran, der aus dem Iran-Irak-Krieg praktisch schuldenfrei hervorgegangen war, hatte bis Ende 1993 einen Schuldenstand von 28 Mrd. US-Dollar erreicht. Obwohl Teheran daraufhin gegensteuerte und bis Ende 1994 seine jährlichen Importe stark drosselte sowie Umschuldungen mit seinen westlichen Schuldnerstaaten aushandeln konnte, trug es doch schwer an der Bürde seines vorangegangenen Konsumrauschs. Denn seit Frühjahr 1992 stieg die Inflationsrate so stark an, dass immer häufiger die mittleren und unteren Einkommenschichten empfindlich betroffen wurden. Die sich ausbreitende Irritation und Unzufriedenheit schlug im Frühjahr 1992 in soziale Unruhen und gewaltsame Proteste um, die eine Reihe iranischer Großstädte wie Mashhad, Schiraz und Tabriz erfassten und mit Härte niedergeschlagen wurden. Ebenfalls aus Gründen wirtschaftlicher und sozialer Not kam es 1994 in Qazvin und 1995 in Islamshahr, einer Trabantenstadt von Teheran, zu zwar lokal begrenzten, aber ungemein heftigen gewaltsamen sozialen Unruhen. Aufgrund der Weigerung der Armee, gegen das Volk vorzugehen, konnte das Regime die Unruhen nur durch Einsatz von revolutionären militärischen Sondereinheiten ersticken. Rafsanjani konnte bei den sechsten Präsidentschaftswahlen im Mai 1993 nur einen glanzlosen Wahlsieg erringen; gegenüber den Wahlen von 1989 büßte er enorm an Stimmen ein. Das schlechte Abschneiden an der Wahlurne zeigte Rafsanjani, dass die Popularität seiner Politik, aber auch das Vertrauen in ihn, Irans Wirtschaftskrise beheben zu können, dramatisch geschwunden war.

Stand Khamenei, dem es an theologischer Qualifikation und politischem Charisma mangelte, noch bis Mitte 1992 überwiegend im Schatten des dominanten Rafsanjanis, verschoben sich mit dem Parlamentswahlsieg der Konservativen die Gewichte zugunsten des Revolutionsführers. Das von Anfang an durch verdeckte Rivalität gekennzeichnete Bündnis zwischen den beiden hatte solange gut funktioniert, wie sich Rafsanjani als Bindeglied zwischen dem Macht habenden Klerus und dem auf Verbesserung seiner Wirtschaftslage erpichten Volk großer Beliebtheit erfreute. Als jedoch das Ausbleiben des wirtschaftlichen Erfolgs die

anfänglich euphorische Stimmung in der Bevölkerung ins Gegenteil umschlagen und Rafsanjanis Popularität verfallen ließ, waren Khamenei und die Konservativen die Nutznießer. Khamenei war zusehends zum Magnet aller Regimegruppen geworden, die ihre Interessen durch die Reformen gefährdet sahen. Aus Sorge, dass fortgesetzte wirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen soziale Unruhen schüren und damit die Legitimität des Regimes und dessen Bestand gefährden könnten, schwenkte Khamenei im Verbund mit den Konservativen ab Ende 1992 in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf Positionen der Linksislamisten ein. Dies ging oft soweit, dass Rafsanjanis politische Strategie offen untergraben wurde, wie etwa im Fall der von Rafsanjanis Regierung beschlossenen Eliminierung der gewaltigen staatlichen Subventionen für Benzin und Ölprodukte, der das vierte Parlament im Frühjahr 1994 seine Zustimmung verweigerte.¹⁶

Zudem machte sich Khamenei nach den Präsidentschaftswahlen von 1993 anheischig, seine politischen Prärogativen ungehemmter als zuvor wahrzunehmen und seinen Vertrauten wichtige politische Posten zu sichern. So hinderte er Rafsanjani daran, den administrativen Staatsapparat zu rationalisieren und zu verkleinern und aus ihm ineffiziente Staatsbeamte, Manager und Bürgermeister zu entfernen. Ferner sicherte Khamenei seinen rechtstraditionalistischen Protegés den Verbleib in wichtigen Staatsämtern und setzte auch einige von ihnen als neue Minister in Rafsanjanis zweitem Kabinett durch. Zugleich streckten sie ihre Hand nach wichtigen Machtpositionen im Bereich der Innen- und Kulturpolitik aus, um die ihnen verhasste „Kulturinvasion des Westens“ (*tahajom-e farhangi-ye gharb*) abzuwehren. Zu ihren ersten Opfern zählte der von ihnen als zu „liberal“ erachtete und mit der Zensur von Buch, Presse und Film befasste Minister für Kultur und islamische Rechtleitung (*ershad*), Mohammad Khatami – ein als gemäßigt und aufgeschlossen geltender Linksislamist, der trotz der Niederlage der Linksislamisten von Rafsanjani wieder ins Amt berufen worden war. Nach heftigen Attacken aus den Reihen des neuen Parlaments musste er im August 1992 zurücktreten. Konfrontiert mit diesem „Linksschwenk“ Khameneis, blieb Rafsanjani nur die Wahl, zu kapitulieren oder aber sich von seinen Gegnern Kompromisse abringen zu lassen, die seine Wirtschafts- und Außenpolitik bis zur Unkenntlichkeit verwässerten.

Die große Masse der Bevölkerung wartete vergeblich darauf, dass Rafsanjani sein 1989 gegebenes

16 Vgl. Ahmed Hashim, *The Crisis of the Iranian State*, London 1995, S. 2.

Versprechen, ihnen nach Jahren von Revolution, Krieg und Mangelwirtschaft eine Friedenrendite zuzuteilen, erfüllte. Eher war das Gegenteil der Fall. Bereits in der „Ersten Republik“ unter Khomeini hatte sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen von 1979 bis 1989 um die Hälfte verringert.¹⁷ Obwohl sich unter dem neuen Regime beachtliche Fortschritte bei der medizinischen und sozialen Basisversorgung, der Infrastruktur und der Alphabetisierung einstellten, hat sich die Einkommensverteilung im Vergleich zur Revolutionszeit dramatisch verschlechtert. So lebten nach UNDP-Schätzungen 1996 ca. 53 Prozent aller Iraner unter der Armutsgrenze. Damit nicht genug: Unter Rafsanjani begann die Korruption in Staat und Regierung in einer zuvor nicht gekannten Dimension zu grassieren, wobei die ab 1995 der Öffentlichkeit bekannt gewordenen wenigen Fälle von staatlichen Bankenskandalen und Selbstbereicherungen vieler Staatsdiener bei der wirtschaftlichen Privatisierung nur die Spitze des Eisberg darstellten. Angesicht dieser negativen Phänomene erfasste viele Iraner Skepsis und Zynismus gegenüber den Erklärungen der Regierungspolitiker, die sich in ihren Augen vom Ideal des zu Anfang der Revolution ausgegebenen Slogans der „Sozialen Gerechtigkeit (*‘edalat-e ejtema‘i*) unendlich weit entfernt hatten.

Rafsanjani war in den letzten drei Jahren seiner Präsidentschaft so schwach geworden, dass er es nicht mehr vermochte, den Widerstand des konservativen Establishments gegen die von seinen politischen Vertrauten vorgeschlagene Verfassungsänderung, die ihm eine dritte Amtszeit hätte sichern sollen, zu brechen.¹⁸

Die „Dritte Republik“

Aus den Präsidentschaftswahlen vom Mai 1997 ging der liberale Schia-Geistliche Mohammad Khatami als Sieger hervor.¹⁹ Er leitete nach seiner Vereidigung im August 1997 eine Politik der behutsamen Reform von Staat und Gesellschaft ein, die sich aber im Rahmen der Verfassung der Islamischen Republik Iran von 1979 bewegte. Der von Khatami in Gang gesetzte Reformprozess war von Anfang an jedoch wachsenden Behinderungen

durch den dominanten konservativen Flügel der iranischen Machtelite ausgesetzt, was letztlich dazu führte, dass der Reformprozess seit Khatamis Wiederwahl im Juni 2001 stagniert.

Das Haupthindernis für einen demokratischen Wandlungsprozess bleibt der in der Verfassung angelegte Dualismus zwischen Theokratie und Republikanismus in Gestalt eines sich islamisch legitimierenden Revolutionsführers einerseits und einer Legislative sowie eines Exekutivleiters, die direkt vom Volk gewählt werden, andererseits. Erschwert werden die Reformen durch das verfassungsmäßig verankerte Ungleichgewicht der Machtkompetenzen zwischen Revolutionsführer und Präsidenten und die Komplexität und Vielzahl der unterschiedlichen Machtzentren, deren Mehrheit konservativ ist. Das mit Abstand wichtigste Machtzentrum ist der Revolutionsführer, der die allgemeine politische Richtlinienkompetenz besitzt. Er ernennt die Leiter von Judikative, Staatsrundfunk, regulärer Armee, Revolutionswächter-Armee, Revolutionspolizei und revolutionären Stiftungen. Zudem bestimmt Revolutionsführer Khomeini, der dem Lager der Konservativen angehört, die Mitglieder des Wächterrats und des Feststellungsrats, zweier im Gesetzgebungsverfahren wichtiger Gremien.²⁰ Mangels Machtkompetenzen war der innenpolitische Spielraum der Regierung von Anfang an eng begrenzt und sie selbst relativ wehrlos gegen die Gegenschläge der Konservativen, was bei vielen Beobachtern den Eindruck erweckte, die Regierung sei eigentlich in der Opposition. Die Judikative ließ von 2000 bis Anfang 2003 mehr als 90 reformistische Zeitungen schließen und eine große Anzahl von kritischen Journalisten, Studentenführern, Klerikern, Schriftstellern, Intellektuellen, Rechtsanwälten und sogar höheren Funktionsträgern aus Exekutive und Staatsadministration, die Präsident Khatami nahe stehen, verhaften und unter fadenscheinigen politischen Anklagen verurteilen.²¹ Mehrere Prozesse gegen Führungskader von verfassungsloyalen liberal-islamischen und national-religiösen Oppositionsgruppen, die das Machtmonopol der politisierten Schia-Geistlichkeit ablehnen, laufen noch.

Der Wahlsieg Khatamis eröffnete eine neue Phase in der Geschichte des post-revolutionären Iran. In Iran wurde zum ersten Mal seit 1979 in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, welchem der zwei Ordnungsprinzipien des Systems, der Theokratie

17 Vgl. Patrick Clawson, *Iran's Challenge to the West: How, When, and Why?*, Washington, D. C. 1993, S. 26.

18 Vgl. Wilfried Buchta, *Rafsanjani's Ohnmacht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. 10. 1996, S. 10.

19 Vgl. ders., *Liberale Epochenwende im Teheraner Gottesstaat? Die iranischen Präsidentschaftswahlen vom 23. Mai 1997 und die neue Regierung*, in: *KAS-Auslandsinformationen*, (1997) 9, S. 28–74.

20 Zu den Aufgaben und Kompetenzen von Präsident, Revolutionsführer und Wächter- sowie Feststellungsrat vgl. ders., *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington, D. C. 2000, S. 22–64.

21 Vgl. Abbas Wiliam Samii, *Sisyphus' Newsstand: The Iranian Press under Khatami*, in: *MERIA*, 5 (September 2001) 3, S. 1–14.

oder dem Republikanismus, Vorrang gebührt. Um seinen Gestaltungsspielraum zu vergrößern, war Khatami bestrebt, die Presse- und Meinungsfreiheit zu erweitern und die Garantie der verfassungsmäßigen Bürgerrechte zu verteidigen, um so der öffentlichen Meinung zu einer die Gewalten kontrollierenden politischen Macht zu verhelfen. Gefördert durch die Regierung, stieg bis Anfang 2000 die Zahl der lizenzierten, zumeist reformistischen Zeitungen und Zeitschriften auf über 600 an. Die auflagenstärksten Reformblätter bildeten machtvolle Foren einer Gegenöffentlichkeit, welche die politischen Bastionen der Konservativen, etwa in der Justiz, den Sicherheitsdiensten oder der Revolutionswächter-Armee, unerbittlich kritisierten.

Es entstand ein kritischer Diskurs, der vor allem um die Neubewertung des Verhältnisses von islamischer Tradition in ihrer seit 1979 in Iran dominanten theokratischen Ausprägung einerseits und westlicher Moderne mitsamt ihren Konzepten von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten andererseits kreiste. Doch brachten harte Gegenschläge der konservativen Reformgegner vor allem in der Justiz ab Mitte 2000 die Dynamik der Reformbewegung fast zum Erliegen. Präsident Khatami stand und steht diesem Treiben weitgehend ohnmächtig gegenüber.

Auch unter Khatami fand Irans Wirtschaft keinen Ausweg aus ihrer chronischen Krise, deren Ursache unter anderem in der seit 1979 verfolgten islamisch-sozialistischen und staatsdirigistischen Wirtschaftspolitik des Regimes liegt. So wurde 1979/1980 ein Großteil der iranischen Wirtschaft verstaatlicht oder in den Besitz revolutionärer Stiftungen überführt,²² in denen Missmanagement und Korruption alltäglich sind. Behindert wird die Gesundung der Wirtschaft zusätzlich durch die bereits unter der Schah-Monarchie ausgeprägte einseitige Abhängigkeit Irans vom Erdöl. Aus dem Verkauf von Erdöl bezieht Teheran ca. 80 Prozent seiner ausländischen Deviseneinnahmen, was das Land extrem anfällig für Schwankungen des Weltrohölpreises macht. Wiederholte Anläufe zur Diversifizierung der Einnahmequellen für Exporterlöse sind weitgehend gescheitert. Die Ölexporterlöse stellen derzeit immer noch ca. 50 Prozent des Staatsbudgets. Irans Wirtschaft leidet auch unter anderen strukturellen Problemen, wie fehlende gesetzliche Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen. Ausgelöst durch periodisch wiederkehrende Zuspitzungen der wirtschaftlichen Krise, kam es auch unter Khatami in verschiedenen Städten Irans wiederholt zu kleineren sozialen

22 Vgl. Jahangir Amuzegar, *Iran's Economy under the Islamic Republic System*, London 1992, S. 13–40.

Unruhen und Demonstrationen, die aber zumeist lokal begrenzt blieben.²³ Die desolote Wirtschaftslage und die politische Perspektivlosigkeit vieler Iraner bilden einen der Hauptgründe für das rasante Anwachsen negativer sozialer Phänomene, von denen vor allem die Prostitution und die Drogenabhängigkeit zu nennen sind. Nach UN-Angaben sind ca. zwei Mio. Iraner drogenabhängig.

Vor dem Hintergrund einer schnell wachsenden und extrem jungen Bevölkerung – mehr als 50 Prozent der Wahlberechtigten sind unter 30 Jahre alt – sieht sich Teherans Regierung großen Problemen gegenüber. Von 1979 (36 Mio. Einwohner) bis 2003 (ca. 72 Mio.) hat sich Irans Bevölkerung verdoppelt. Der Faktor Demographie bildet eine der wesentlichen Triebkräfte des Reformprozesses, da Khatami seine Wähler und Sympathisanten vor allem unter der Jugend und den Frauen Irans hat. Die Generation der in den siebziger und achtziger Jahren geborenen Iraner, die weder tiefe Ressentiments gegen das von ihnen kaum oder nicht bewusst erlebte Schah-Regime hegen noch aktiv an der Revolution teilnahmen, ist vom islamischen Regime enttäuscht. Der Hauptgrund ist, dass die Revolution die 1979 gegebenen Versprechen von sozialer Gerechtigkeit und materiellem Wohlstand nicht erfüllt hat.

Die Jugend drängt nach politischer und ökonomischer Liberalisierung. Sie fordert Reformen, durch die Arbeitsplätze geschaffen, die Inflation gebremst und der Lebensstandard verbessert werden sollen. Ferner verlangt sie eine Lockerung der rigiden sozialen und kulturellen Restriktionen, die das Leben der meisten Iraner bestimmen, insbesondere in den Bereichen der islamischen Kleiderordnung für Frauen, der Beziehungen zwischen den Geschlechtern sowie von Zugangsmöglichkeiten zu westlicher Kultur und Medien.²⁴ Ferner wünscht eine Mehrheit der Iraner das Ende der außenpolitischen Isolation, die vor allem in der Feindschaft des Regimes zu den USA wurzelt. Die Überwindung dieser Feindschaft, die teils auf den negativen historischen Erfahrungen Irans mit der imperialistischen US-Politik unter dem Schah-Regime, teils auf den ideologischen Dogmen der Revolution von 1979 basiert, ist bis heute nicht gelungen.²⁵

Gleichwohl darf die Enttäuschung eines Großteils der Bevölkerung über das islamische Regime nicht

23 Vgl. dazu ausführlich International Crisis Group, *Middle East Report No. 5: Iran. The Struggle for the Revolution's Soul*, 5. 8. 2002, S. 24 ff.

24 Vgl. Mark Gasiorowski, *The Power Struggle in Iran*, in: *Middle East Policy*, VII (October 2000) 4, S. 23.

25 Vgl. Wilfried Buchta, *Iran*, in: Siegfried Faath (Hrsg.), *Antiamerikanismus in Nordafrika, Nah- und Mittelost*, Hamburg 2003, S. 241–260.

zu dem Trugschluss verleiten, dass die Stabilität des Systems in Iran ernsthaft gefährdet sei. Trotz verbreiteter Unzufriedenheit hat sich bislang im Volk keine mehrheitsfähige, gut organisierte, zum gewaltsamen Umsturz des Systems als Ganzem fähige und willige Fundamentalopposition herausgebildet. Untereinander zerstritten und ohne Massenbasis im Inland, stellen die Kräfte der exiliranischen Opposition bereits seit Mitte der achtziger Jahre keine reale Bedrohung mehr dar. Nicht zuletzt aufgrund mangelnder Alternativen richtet sich der wachsende Veränderungsdruck der Bevölkerung auf eine Reform des Systems innerhalb seiner bestehenden verfassungsmäßigen Grenzen statt auf dessen Abschaffung durch eine erneute gewaltsame Revolution. Ablesbar wurde dies in den Wahlergebnissen für Khatami bei den Präsidentschaftswahlen von 1997 und 2001, die bei 69 und 77 Prozent lagen.

Zieht man eine Bilanz der Regierungszeit von Khatami seit 1997, so sticht die Diskrepanz zwischen den Erfolgen in der Außen- und denen in der Innenpolitik ins Auge. Während Khatami unbestritten beachtliche Fortschritte bei der Verbesserung der Beziehungen Irans zu seinen islamischen Nachbarn, insbesondere den arabischen Staaten, erzielen und auch das nach dem Abbruch des kritischen Dialogs gestörte Verhältnis zur EU weitgehend normalisieren konnte, waren seine Erfolge in der Innenpolitik gering. Aber insbesondere auf diesem Feld sind die Positionen Khatamis durchaus zwiespältig. Khatami hat seit 1997 öffentlich Auffassungen vertreten, die auf eine Förderung von Toleranz gegenüber Andersdenkenden, Interessenausgleich durch innergesellschaftlichen Dialog sowie Beachtung verfassungsmäßiger und rechtlicher Normen zielen. Nichtsdestoweniger ist der Intellektuelle Khatami kein auf Umsturz des Systems sinnender Revolutionär, sondern – wählt man etwa die Sowjetunion als Vergleich – eher mit Gorbatschow als mit Lenin zu vergleichen. So hat er vor und nach seinem Amtsantritt als Präsident 1997 stets betont, dass er ein überzeugter Anhänger der *velayat-e faqih* sei, der sein reformerisches Wirken ausschließlich im Rahmen des bestehenden Verfassungs- und Rechtssystems verwirklichen wolle. Khatami glaubt offenbar, die islamische Theokratie humanisieren zu können, ohne sie aber im Kern anzutasten. Bezeichnenderweise hat Khatami bis heute weder selbst die Forderung nach einer Einschränkung der absoluten Autorität des Revolutionsführers durch eine Verfassungsänderung erhoben noch darauf zielende Initiativen einiger Radikalreformer unterstützt. Khatamis Bestreben, bei Konflikten mit den Konservativen stets Konsenslösungen den Vorzug zu geben, anstatt – gestützt auf das überwältigende Wählervotum –

durch Konfrontation seinen Gegnern Zugeständnisse abzurufen, was ihm durch das Druckmittel der Mobilisierung seiner Sympathisanten für Straßenkundgebungen leicht möglich wäre, verwässerte die Reformprinzipien, schwächte die Reformbewegung als Ganzes und verbitterte viele treue Anhänger. Ein großer Teil von ihnen, insbesondere unter den Jugendlichen und Studenten, hat sich enttäuscht und mutlos geworden mittlerweile vom Reformprozess abgewandt.

Derzeit ist es noch zu früh, die Reformbewegung gänzlich für tot zu erklären. Dennoch weisen viele Anzeichen, wie die massive Niederlage der Reformen in den Kommunalwahlen vom Frühjahr 2003, als viele Wähler aus Enttäuschung über die nicht erfüllten Reformversprechen der Regierung Khatami nicht an die Wahlurne gingen, darauf hin, dass ihre Zukunft ungewiss ist.

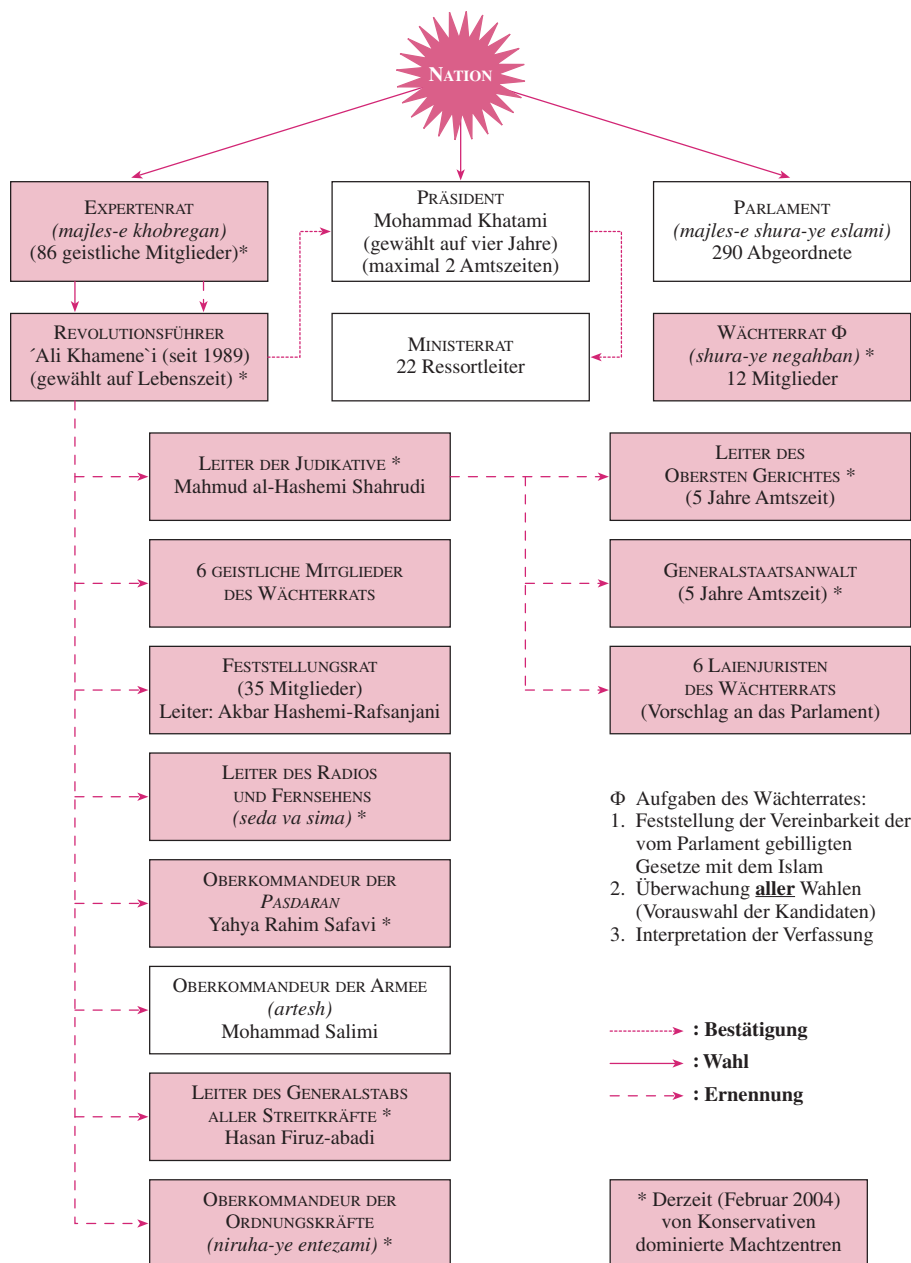
Ausblick

Wenn man versucht, die Erfolge und Misserfolge eines Vierteljahrhunderts Islamische Republik zu bilanzieren, muss man sich die Frage nach den Kriterien stellen, die anzulegen sind. Misst man nach dem Kriterium der Systemstabilität, so ist unbestritten, dass das neue Regime seine Kontrolle durch den Aufbau von zahlreichen Institutionen abzusichern und zu perpetuieren verstand, die seinen Fortbestand noch für längere Zeit sichern dürften. Misst man die Republik jedoch an dem, was die Ideologie der Revolution und deren Führer der großen Mehrheit der Iraner, die den Sturz des Schahs wollten und ihnen folgten, versprachen, wie etwa soziale Gerechtigkeit, fällt die Bilanz anders aus. Eines muss man sich vor Augen halten: Es waren die enormen Schwierigkeiten mit der rapiden Modernisierung und den tief greifenden sozialen und wirtschaftlichen Wandlungsprozessen, die viele Iraner dazu bewegten, im Islam ihr Heil zu suchen, zumal die „importierten“ westlichen Philosophien und Konzepte wie Nationalismus, Sozialismus und Konstitutionalismus gescheitert waren. So schlug Ayatollah Khomeini die Lösung vor, die vielen als die authentischste, vertrauteste und einfachste erschien – nämlich eine Rückkehr zu den Grundprinzipien des Islam als Heilmittel für die gegenwärtige Malaise in einer muslimischen Gesellschaft. Die Revolution endete jedoch keineswegs mit dem Sturz des Schahs und der Errichtung der Islamischen Republik. In vielerlei Hinsicht war die Übernahme der Regierungsgewalt nur die erste Phase, denn danach musste die Revolution beweisen, dass ihre religiös-

ideologischen Dogmen zur Überwindung der sozialen Krise genügten. Dass das islamische Regime relativ erfolgreich ein Vierteljahrhundert lang die politische Stabilität der Revolutionsherrschaft zu sichern verstand, ist unbestritten. Ebenso unbestritten ist aber sein Scheitern bei dem Versuch, revolutionär-islamische Dogmen zu effektiven

Instrumenten für die Lösung stetig wachsender politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme zu machen, die bereits zu einem Großteil selbst die Ursachen der Revolution von 1979 waren. Die Frage, welche Konsequenzen sich aus diesem Scheitern ableiten, dürfte in den kommenden Jahren zunehmend relevanter werden.

Schaubild: Die formelle verfassungsmäßige Machtstruktur des Iran



Quelle: Wilfried Buchta: Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic, Washington 2000, S. 8.

Gibt es in Iran noch einen Reformprozess?

Als eine zweite Revolution bezeichnete der Schriftsteller Huschang Golschiri im Mai 1997 die Wahl Mohammad Chatamis zum Präsidenten. Wie unzählige andere Intellektuelle sah auch er in ihm einen Hoffnungsträger. Hat Chatami die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt? Gegen den erklärten Willen des konservativen Establishments wurde der fast unbekanntes Seyyed Mohammad Chatami am 23. Mai 1997 von 70 Prozent der iranischen Bevölkerung zum Präsidenten gewählt. Nach langem Zögern und vielen vergeblichen Anläufen, einen aussichtsreichen Gegenkandidaten zu Parlamentspräsident *Nateq Nuri* zu benennen, hatten die politischen Gegner der Konservativen, die praktisch schon geschlagenen Technokraten und Linksislamisten, kurz vor der Wahl eine Karte aus der Hinterhand gezogen, die sich als Trumpf-As erweisen sollte: Mit Chatami überredeten sie einen Politiker zum Kampf um das Präsidentenamt, der dem politischen Establishment schon lange nicht mehr angehörte. Einem solchen Außenseiter allein war zuzutrauen, gegen Nateq Nuris Propagandaapparat zu bestehen, indem er die Nichtwähler und Unzufriedenen für sich gewönne.

Halb freiwillig, halb von der Eigendynamik der Ereignisse überrumpelt, bot der Wächterrat und mit ihm die konservative Führung des Landes dem Volk erstmals eine echte politische Alternative. Gleichwohl hatte sie von der Bevölkerung erwartet, dass diese denjenigen wählt, den sie für die Präsidentschaft auserkoren hatte, Chatamis Kontrahenten Nateq Nuri. Doch das Wahlvolk verhielt sich nicht so, wie es von ihm erwartet wurde. Es war nicht nur der Inhalt seiner Reden, der Chatami die Sympathie der Menschen gewinnen ließ. Es lag nicht nur daran, dass er von Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und einer islamischen Demokratie sprach. Viel war auch seiner Ausstrahlung geschuldet. Kein Vergleich mit seinem finster dreinblickenden Konkurrenten Nateq Nuri. Chatami wirkte freundlich und sympathisch, war elegant gekleidet und entsprach so gar nicht dem Bild, das viele Iraner von einem Mullah haben. Und seine Unterstützer aus dem Lager der Linksislamisten und der Technokraten konnten nicht ahnen, dass Chatami sie an Reformwilligkeit weit übertreffen würde.

Nach seinem Amtsantritt im August 1997 wehte in Iran ein merklich liberalerer Wind. Vor allem wur-

den in den ersten Monaten viele Hoffnungen der Kulturschaffenden erfüllt: Unter dem Chatami-Vertrauten Ataollah Mohadscherani lockerte das Kulturministerium die Buchzensur, Zeitungen, die kein Blatt vor den Mund nahmen und die bestehenden Zustände offen kritisierten, erhielten eine Lizenz, unter ihnen *Dschamee*, die – wie sie sich selbst nannte – „erste Zeitung der zivilen Gesellschaft“. Auch im Alltag gab es Anzeichen für einen Wandel, kleinere und größere Tabubrüche: Das Kopftuch der Frauen rutschte weiter nach hinten, die Jugendlichen wurden mutiger, hielten Händchen auf der Straße, hörten verbotene Musik auch bei offenem Autofenster, feierten lautere Partys.

Es gab sogar Vorstöße, die ganz neuralgische Punkte und die Identität der Islamischen Republik berührten: nämlich ihre Herrschaftstheorie, die „Herrschaft des Rechtsgelehrten“, sowie das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Über beides wurde öffentlich gesprochen, wenn auch zaghaft. Neu gegründete Zeitschriften wie *Rah-e nou* (Der neue Weg) brachten Darstellungen der *velayat-e faqih* in Geschichte und Gegenwart und wagten, der herrschenden Doktrin zu widersprechen, dass die „Herrschaft des Rechtsgelehrten“ zu den althergebrachten, unumstößlichen Prinzipien der *Schia* – eine der drei Glaubensrichtungen des Islam – gehöre. Auch die Tatsache, dass der Revolutionsführer nicht direkt vom Volk gewählt wird und seine Amtszeit nicht begrenzt ist, wurde plötzlich offen kritisiert.

Im Februar 1998 löste dann der Präsident selbst eine weitere Grundsatzdebatte aus: Er gab dem amerikanischen TV-Sender CNN ein Interview. Die darin gemachten Aussagen übertrafen die schlimmsten Befürchtungen seiner innenpolitischen Gegner. Chatami begann das Interview mit einer minutenlangen Lobrede auf die amerikanische Zivilisation, erkor diese gar zum Vorbild für Iran. Und dann entschuldigte er sich auch noch indirekt für die Geiselnahme in der US-amerikanischen Botschaft in Teheran im November 1979. 444 Tage lang hatten iranische Studenten nach der Revolution amerikanische Diplomaten gefangen gehalten. Die Konservativen machten kein Hehl aus ihrem Unmut über Chatamis Avancen gegenüber den USA. Revolutionsführer Ali Chamenei erklärte am Tag nach dem Interview: „Die US-Regierung ist unser Erzfeind, und wir betrachten

sie wegen ihrer Politik der vergangenen Jahrzehnte als großen Satan.“¹ In der konservativen Zeitung *Dschomhuri-ye Eslami* hieß es: „Der Präsident hat alles gesagt, bis auf das, was er hätte sagen sollen.“²

Chatami hatte einen bedeutenden Schritt gewagt: Mehr noch als die „Herrschaft des Rechtsgelehrten“, die nur von den islamistischen Kräften der revolutionären Bewegung vertreten wurde, gehört die Kritik an Amerika zu den Grundpfeilern der Islamischen Revolution. In ihr war die bürgerliche, linke und islamistische Opposition gegen den Schah vereint, schon weil dieser mit einem von der CIA organisierten Putsch gegen die demokratische Regierung Mohammad Mossadeghs an die Macht gekommen war. Es war nicht zuletzt der Widerstand gegen die Amerikaner, der das iranische Volk 1978 auf die Straßen trieb. Und auch nach dem Sieg der Revolution taten die Vereinigten Staaten aus Sicht der Iraner alles, um weiter als identitätsstiftendes Feindbild zu fungieren: Ihre Unterstützung Saddam Husseins, als dieser seine Truppen nach Iran einmarschieren ließ, das Wirtschaftsembargo, der Abschuss eines iranischen Passagierflugzeuges im Jahre 1988 und die Dekoration des Verantwortlichen, die Bekanntgabe eines Budgets zum Sturz der iranischen Regierung, zuletzt die Unterstützung der Taliban in Afghanistan – nichts war besser geeignet, von den eigenen Misserfolgen abzulenken, als der Verweis auf die Liste amerikanischer Verfehlungen.

Sicher möchte Chatami die Frontstellung gegen die USA nicht auflösen, weil ihm der einstige „große Satan“ sympathischer geworden wäre. Der Antiamerikanismus in dem Sinne, wie er überall in der Dritten Welt zu finden ist, bleibt eine Grundbedingung des Denkens von Chatami und auch seiner Unterstützer. Aber für sie wiegt der Schaden, den das Land strategisch und vor allem ökonomisch hat, indem es sich mit der einzig verbliebenen Weltmacht befiehlt, schwerer als der stabilisierende Effekt eines äußeren Gegners. Damit signalisieren die Konservativen etwas Grundsätzlicheres als nur die Aufgabe alter Feindbilder, nämlich das Primat des nationalen Interesses gegenüber der revolutionären Ideologie.

Die Reaktion der Konservativen

Schon in den ersten Monaten nach dem Amtsantritt Chatamis versuchten die Konservativen, die Reformbemühungen des Präsidenten zu torpedie-

ren. Vor allem die Justiz tat sich als Speerspitze der Konservativen hervor und brachte unliebsame Personen, die sich den Idealen der vom Präsidenten propagierten zivilen Gesellschaft verschrieben hatten, hinter Gitter. Zeitungen wurden eingestellt, Journalisten inhaftiert und regimekritische Intellektuelle und Politiker fielen 1998 den so genannten Kettenmorden zum Opfer. Diese Morde, für die – wie sich später herausstellte – eine Abteilung des Geheimdienstes verantwortlich war, sollten das System destabilisieren. Auf der schwarzen Liste des Geheimdienstes fanden sich die Namen fast aller führenden Intellektuellen und Oppositionellen des Landes.

Auch das damals noch von den Konservativen dominierte Parlament versuchte, die Reformpolitiker um Chatami zu stoppen. Chatamis Kulturminister überstand nur knapp ein Amtsenthebungsverfahren, bei dem er sich für seine liberale Kulturpolitik verantworten musste, sein Innenminister hatte weniger Glück. Chatami berief den Geschassten daraufhin zum stellvertretenden Staatspräsidenten. Kurz nach Nuris Ankündigung, bei den Parlamentswahlen als Kandidat anzutreten, aus denen er mit großer Wahrscheinlichkeit als Parlamentspräsident hervorgegangen wäre, klagte ihn das „Sondergericht für Geistliche“ an. Bevor er schließlich zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, kehrte Nuri in seiner Verteidigungsrede das Unterste der Islamischen Republik zuoberst und brach reihenweise die Tabus der öffentlichen Rede in Iran – und zwar zur besten Fernsehenszeit. So bestritt Nuri vor Gericht die göttlichen Vollmachten von Revolutionsführer Chamenei und verteidigte dessen gewichtigsten Kritiker, den damals noch in Ghom unter Hausarrest stehenden Großajatollah Montazeri. Von der Anklagebank aus prangerte der ehemalige Innenminister auch den politischen Terror in der Islamischen Republik an. Nuri beschuldigte den Geheimdienst nicht nur der Urheberschaft der Kettenmorde, sondern er warf ihm auch vor, schon in den Jahren zuvor zahlreiche Andersdenkende, Intellektuelle und Geistliche umgebracht zu haben. Nuri, dem in der 44-seitigen Anklageschrift vorgeworfen worden war, diplomatische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu Israel befürwortet zu haben, bestätigte, dass er eine Verständigung mit den USA für notwendig halte. Iran sei auf amerikanische Investitionen angewiesen, stellte Nuri fest und führte zahlreiche Daten an, um auf den Schaden hinzuweisen, den das Wirtschaftsembargo Washingtons verursache. Offiziell gilt das Embargo als wirkungslos. Die reformorientierte Presse berichtete täglich auf den Titelseiten über den Prozess. „Das Verfahren gegen Abdollah Nuri, so bitter und bedauernswert es ist, hat diese gute Seite,

1 Süddeutsche Zeitung vom 17./18. 1. 1998.

2 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 1. 1998.

dass es die Realität, wie sie von einem großen Teil der iranischen Gesellschaft gesehen wird, widerspiegelt“, gab die Zeitung *Sobh-e emruz* die unter den Kommentatoren vorherrschende Meinung wider.

Um gegen den Reformstau zu protestieren, gingen im Juli 1999 Hunderte von Studenten auf die Straße. Die Proteste hatten sich an dem Verbot der liberalen Zeitung *Salam* entzündet, die Kritik an der verschleppten Aufklärung der Kettenmorde geübt hatte.

Doch erst nach den Parlamentswahlen vom März 2000 schlugen die Konservativen wirklich zurück. Auch in dieser Wahl votierte die Bevölkerung für Reformen, und mit ihr stellten die Reformer nun auch im Parlament die Mehrheit. Einen großen Anteil an dem überragenden Erfolg der Reformkräfte bei dieser Wahl hatte Akbar Gandschi, einer der führenden Protagonisten des Reformprozesses. Nachdem seine Zeitschrift, das bereits genannte aufklärerische Magazin *Rah-e nou*, im März 1998 verboten worden war, hatte Gandschi ein neues Betätigungsfeld gefunden, den Aufklärungsjournalismus. Unter dem Titel „Das Verließ der Gespenster“ veröffentlichte er ein Buch, das die erwähnten Machenschaften des iranischen Geheimdienstes enthüllte und zum Bestseller wurde. Zum endgültigen Lieblingshelden vieler Iraner avancierte Gandschi im Zuge der Parlamentswahlen vom Februar 2000. Für diese Wahl hatte auch der ehemalige Staatspräsident Akbar Haschemi Rafsandschani seine Kandidatur angekündigt. Gandschi resümierte daraufhin Rafsandschanis politische Laufbahn und kam zu einem vernichtenden Urteil. „Die rote Eminenz“ heißt der mit Fußnoten gespickte Aufsatz, der in der Zeitung *Sobh-e emruz* abgedruckt wurde und wie eine Bombe einschlug. Laut Gandschi wurden vom Geheimdienst während Rafsandschanis Präsidentschaft bis zu achtzig Morde an Regimekritikern verübt. Zwar behauptet Gandschi nicht, dass Rafsandschani diese Morde angeordnet habe, aber dieser müsse von ihnen gewusst haben und trüge damit die politische Verantwortung. Es dürfte diese Artikelserie gewesen sein, die Rafsandschani und mit ihm den Konservativen insgesamt eine peinliche Niederlage bei den Parlamentswahlen bescherte und zur Inhaftierung Gandschis führte.

Die Reaktion der Konservativen auf ihren Misserfolg fiel deutlich aus. Ein Vertrauter Chatamis wurde Opfer eines Anschlags, es folgte ein Kahlschlag in der Medienlandschaft. Die Presse war den Konservativen zunehmend ein Dorn im Auge, weil sie sich zum eigentlichen Motor der Reformbewegung entwickelt hatte und damit die größte Gefahr für die Konservativen darstellte – mehr

noch als ein von Reformern dominiertes Parlament. Dem Parlament ist der so genannte Wächterrat übergeordnet, der alle Gesetzesvorlagen auf ihre Vereinbarkeit mit dem Islam überprüft und sie gegebenenfalls stoppen kann. Das Parlament ist also kontrollierbar. Das Verbot der Zeitungen, so Morteza Mardiha, leitender Redakteur der Zeitung *Dschamee*, diene daher dem Zweck, „die Menschen zu entmutigen, denn das lebendige Zeichen für Veränderung ist diese Presse“.

Eine besonders gute Gelegenheit, weitere Intellektuelle, die den Reformprozess entscheidend vorangetrieben hatten, auszuschalten, bot sich den Konservativen im Zusammenhang mit einer Konferenz, zu der die Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 nach Berlin eingeladen hatte. 22 Intellektuelle, Geistliche und Politiker waren eingeladen, über den Fortgang des Reformprozesses zu diskutieren. Doch die Konferenz wurde von iranischen Exilanten gestört, welche die Reformbemühungen der Eingeladenen als regimetreu und regimestützend abtaten. Die Konservativen witterten ihre Chance. Das iranische Fernsehen montierte die Bilder neu zusammen. Nun hatte es den Anschein, als würden Exilanten und Reformer gemeinsam gegen die Regierung demonstrieren und in friedlichem Einvernehmen zu ihrem Sturz aufrufen. Gegen alle bei der Konferenz Anwesenden wurde nach ihrer Rückkehr nach Iran ein Gerichtsverfahren eröffnet. Einige von ihnen – unter ihnen Akbar Gandschi – sind bis heute in Haft.

Die Rolle von Präsident Chatami

Wie reagierte Chatami auf die Attacken der Konservativen, auf ihre Versuche, seine Mitstreiter politisch kaltzustellen, Reformen zu verhindern oder wieder umzukehren? Häufig genug schwieg er, zuweilen wählte er aber auch deutliche Worte für seine innenpolitischen Gegner. Aber zu zwei möglichen Maßnahmen griff er nicht: Er trat nicht zurück, wie viele erwartet hatten, um mit diesem Schritt das erhoffte politische Beben auszulösen. Und er rief auch nicht das Volk zu Demonstrationen auf. Das hätte er gekonnt, weil die Bevölkerung sein Trumpf im politischen Machtpoker war. Doch Chatami wollte kein Blutvergießen riskieren und wählte die Taktik der kleinen Schritte. Rückblickend scheint sich aber auch Chatami keinen Illusionen über den Erfolg dieser Taktik hinzugeben. Er selbst zog im Frühjahr 2001 eine traurige Bilanz seiner ersten Amtszeit: Alle neun Tage hätten die Konservativen eine Regierungskrise produziert. Als er sich im Mai 2001 um eine zweite Amtszeit bewarb, standen ihm die Tränen in den

Augen. Er wäre jetzt lieber woanders, sagte er, würde seinem Volk lieber an anderer Stelle dienen. Dass sie noch Vertrauen in ihn und den Reformprozess hatte, zeigte die iranische Bevölkerung Chatami aber ein zweites Mal. Am 8. Juni 2001 wurde er mit einer überzeugenden Mehrheit wieder gewählt.

Im Sommer 1997, kurz nachdem Chatami zum ersten Mal Präsident geworden war, sagten viele Frauen stolz, sie hätten ihn dazu gemacht. Und tatsächlich wurde Chatami vor allem mit den Stimmen von Frauen und Jugendlichen ins Präsidentenamt gewählt. Chatami ist der erste iranische Präsident, auf dessen politischer Agenda Frauenrechte standen. Er hatte im Wahlkampf erstaunlich emanzipatorische Töne angeschlagen: Ein Ministeramt könne mit einer Frau besetzt werden. Er sprach sich sogar dafür aus, dass Frauen Staatspräsidentin werden können. Laut Aussage von Shahla Sherkat, der Herausgeberin der Frauenzeitschrift *Zanan* (Frauen), schaffte Chatami es, bei den Frauen die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu wecken.³

Wer jedoch gehofft hatte, unter Chatami werde sich die rechtliche Situation der Frau entscheidend bessern, wurde enttäuscht. Das ist allerdings nicht seine persönliche Schuld, denn die Gesetze werden vom Parlament erlassen, und dieses wurde bis zum August 2000 von den Konservativen dominiert. Dieses konservative Parlament verabschiedete in Chatamis Amtszeit sogar einige Gesetze, die als massive Rückschläge bezeichnet werden müssen: Beispielsweise sieht ein Gesetz vom Frühjahr 1998 vor, dass Frauen nur noch von Ärztinnen behandelt werden dürfen. Ein weiteres in dieser Zeit verabschiedetes Gesetz verbietet, dass Frauen und Männer in Minibussen und Überlandbussen zusammensitzen können, in Stadtbussen galt dieses Verbot bereits früher. Chatami kommentierte dieses Gesetz mit den Worten, der Versuch, Frauen und Männer in jedem gesellschaftlichen Bereich zu separieren, sei gegen die Natur des Menschen. Geholfen haben seine Einwände allerdings nicht, und auch jetzt noch, nachdem die Reformen im Parlament seit August 2000 die Mehrheit stellen, sorgt der Wächterrat dafür, dass keine allzu reformerischen Gesetze verabschiedet werden. Das neue Parlament hat seit seiner Konstituierung einige Versuche unternommen, Frauen mehr Rechte zu geben. So sollte das Mindestheiratsalter für Mädchen, das derzeit bei neun Jahren liegt, heraufgesetzt werden. Doch der Wächterrat erhob Einspruch: Das Gesetz verstoße gegen den Islam. An demselben Argument scheiterte kurz darauf das

neue Scheidungsrecht, das auch Frauen ermöglicht hätte, die Scheidung einzureichen und ihre Unterhaltsansprüche zu verbessern. Auch der vom Parlament im August 2003 beschlossene Beitritt zur UN-Konvention gegen jede Art der Diskriminierung von Frauen wurde vom Wächterrat abgelehnt. Sein Veto begründete der Wächterrat damit, dass Artikel 28 der Konvention alle Gesetze, die den Grundsätzen sowie dem Geist der Konvention widersprechen, ablehnt. Dies würde bedeuten, dass man die Konvention höher bewerten müsste als das islamische Recht, was für einen islamischen Staat inakzeptabel sei. Einen Erfolg konnte das Parlament jedoch verbuchen: Der Wächterrat akzeptierte einen Gesetzesentwurf, dem zufolge auch allein stehende Frauen im Ausland mit Staatsstipendien studieren dürfen. Bislang war dies aus moralischen Gründen nur Verheirateten gestattet.

Es liegt aber nicht nur am Wächterrat, dass sich die rechtliche Situation der Frauen nicht entscheidend verbessert hat. In Frauenfragen vertreten nämlich auch viele Reformpolitiker eine äußerst konservative Haltung, die Ansichten von Konservativen und Reformern unterscheiden sich nicht wesentlich. Ein Beispiel ist die Diskussion um die Besetzung der Ministerposten nach der Wahl Chatamis am 8. Juni 2001. Die Abgeordnete Jamileh Kadiwar forderte, einen Ministerposten mit einer Frau zu besetzen. Die Männer – Konservative ebenso wie Reformen – lehnten dies in einer Parlamentssitzung fast einstimmig ab. Tahereh Rezazadeh, eine der Abgeordneten, kommentierte dies mit den Worten, männlicher Chauvinismus würde in der angeblich reformorientierten Regierung und im angeblich reformorientierten Parlament ebenso vorherrschen wie unter den Konservativen und in der iranischen Gesellschaft insgesamt.⁴

In den vergangenen Jahren hat es dennoch in Iran eine positive Veränderung in den Auseinandersetzungen um Frauenrechte gegeben. Die Frauenrechtlerin Shahla Lahidschi macht dies an der Tatsache fest, dass das Thema Frauenrechte, das noch vor einiger Zeit nur sie und wenige andere angesprochen haben, jetzt von weiten Teilen der Bevölkerung und sogar im Parlament diskutiert würde. Ein Beispiel für diese neue Diskussionsfreudigkeit ist die Kopftuchdebatte. Auch hier hat sich einiges bewegt, seit Chatami im Jahr 1997 Präsident wurde, denn inzwischen wird sogar die Abschaffung des Kopftuch-Zwangs immer offener gefordert. Abdallah Nuri brach ein Tabu, als er öffentlich erklärte, der Staat dürfe keine Frau zum Kopftuch zwingen.⁵

3 Vgl. Interview der Autorin mit S. Sherkat in Teheran vom 19. 7. 1997.

4 Vgl. Islamic Republic News Agency vom 15. 6. 2001.

5 Vgl. IRNA vom 12. 5. 2000.

Auch faktisch betrachtet hat sich die Situation der Frau verbessert: Im Jahr 2002 gab es zum vierten Mal in Folge mehr weibliche (63 Prozent) als männliche Studienanfänger. Vor allem an dieser Zahl machen Frauenrechtlerinnen fest, dass sich in den nächsten Jahren die Situation der Frauen entscheidend verbessern wird. Entgegen den gängigen Klischees gibt es in Iran schon lange Abgeordnete, Ärztinnen, Lehrerinnen, Präsidentenberaterinnen und Bürgermeisterinnen. Neuerdings, seit Januar 2003, steht den iranischen Frauen auch der Beruf der Polizistin offen. Und auch die klassische Männerdomäne des Nahen Ostens, den Straßenverkehr, haben sie mittlerweile erobert: Sie fahren Taxi. Als unterwürfige Dienerin der Ayatollahs verstehen sich die iranischen Frauen jedenfalls nicht, im Gegenteil. Dies lässt sich vielleicht auch daran ablesen, dass der beliebteste Frauensport in der Islamischen Republik Karate sein soll.

Ist das iranische System reformierbar?

Entscheidende Reformen blieben jedoch nicht nur im Bereich der Frauenrechte aus – und damit stellt sich die grundsätzliche Frage nach der Reformierbarkeit des iranischen Systems. Zwar stellen die Reformer seit August 2000 die Mehrheit im Parlament, sie konnten aber wegen des Widerstands des Wächterrats kaum eines ihrer über 50 Gesetze durchbringen. Aufschlussreich für die Möglichkeiten (bzw. Unmöglichkeiten) der Reformer, etwas am Status quo zu ändern, war eine Parlamentsitzung vom August 2000, in der eine Reform des Presserechts verabschiedet werden sollte. Sie hatte zum Ziel, die Presse vor der Willkür der Justiz zu schützen und den Journalisten größere Freiräume zu verschaffen. Dieses Pressegesetz war nicht einer von vielen Punkten auf der Tagesordnung des neuen Parlaments, sondern *das* zentrale Wahlversprechen der Reformer, da die Presse der sichtbarste Motor des Wandels ist.

Dieses Mal intervenierte der Revolutionsführer höchstpersönlich. Bevor die angesetzte Debatte über das Gesetz auch nur beginnen konnte, musste Parlamentspräsident Mehdi Karrubi einen Brief Chameneis verlesen, in dem dieser die Debatte verbot. Jede Änderung des Bestehenden verstoße gegen den Islam. Zwar gaben einige Abgeordnete ihrer Empörung Ausdruck, indem sie aus Protest die Sitzung verließen. Gegen das Veto des Revolutionsführers konnten sie aber nichts ausrichten.

Erstaunen hatte das Vorgehen Chameneis dennoch hervorgerufen. Er hätte es eigentlich nicht nötig gehabt, diesen Weg der Konfrontation zu

wählen. Der Wächterrath hätte das Gesetz ohnehin gestoppt. Nun muss sich Chamenei den Vorwurf gefallen lassen, er habe sich über die Verfassung hinweggesetzt. Dieser Meinung sind allerdings nur die Reformer, denn nach Ansicht der Konservativen ist Chamenei eben laut Verfassung der „absolute Führer“: Er wird nicht durch das Volk legitimiert, sondern von Gott. Weil er „im Namen Gottes“ regiert, so die Logik der Anhänger dieser Lesart der Verfassung, darf der Revolutionsführer auch Kompetenzen beanspruchen, welche die Verfassung eigentlich nicht für ihn vorsieht. Deshalb dürfe er auch, so dieselbe Argumentation, die Verfassung außer Kraft setzen, wenn es ihm beliebt, und das Parlament auflösen, wenn es nicht zu seiner Zufriedenheit arbeitet. Dieser Widerspruch ist es, an dem der Reformprozess scheitert, und viele Reformer benennen dies seit Jahren.

Perspektiven

Auch Chatami begreift sich aufgrund dieser Konstellation als machtlos und damit handlungsunfähig. Er habe nicht mehr Macht als ein gewöhnlicher Bürger, erklärte er. Als eine Art letzter Versuch wurden daher die beiden Gesetze gewertet, die das Parlament im Frühjahr 2003 verabschiedete. Sie sehen vor, dass die Machtbefugnisse des Präsidenten erweitert und die des Wächerrates beschnitten werden. Doch auch diese Gesetze wurden vom Wächterrath zurückgewiesen. Seither hat sich die ohnehin miserable Stimmung im Lande noch einmal massiv verschlechtert. Am 5. Juni 2002 hatte Ashraf Borujerdi, Staatssekretärin des Innenministeriums für soziale Fragen, das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage über die Einstellung der Bevölkerung zum islamischen Staat präsentiert. Nach dieser sind rund 90 Prozent der Bevölkerung mit der Islamischen Republik unzufrieden, von diesen wiederum sprechen sich 23 Prozent für einen grundlegenden Wandel der Staatsordnung aus. 66,2 Prozent wollen einschneidende Reformen. 39,2 Prozent der Befragten sind der Meinung, in Iran werde das Recht missachtet, 49 Prozent vermissen individuelle und gesellschaftliche Rechtssicherheit, 32,5 Prozent geben an, keine Zukunftsperspektive zu haben.⁶

Immer resignierter lesen sich auch die Stellungnahmen der Reformpolitiker: In einer von 148 Abgeordneten unterschriebenen Erklärung wurde im Juni 2003 in Anspielung auf Revolutionsführer Chamenei sein Anspruch, in Gottes Namen zu regieren und daher unfehlbar zu sein, als „Ketzere-

⁶ Vgl. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), Iran-Report, Nr. 5/2002, S. 3.

rei“ bezeichnet. Bereits einige Tage vor dem Ausbrechen der Studentenproteste vom 9. Juni 2003 hatten 135 Parlamentarier in einem Brief an den Revolutionsführer deutliche Kritik geübt. Sie beklagten, dass einige Gruppen seit Jahren versuchten, den Reformprozess zu stoppen, indem sie Mordattentate auf Regimekritiker verübten, Demonstrationen und Proteste niederschlugen, Zeitungen verbieten ließen und Intellektuelle und Journalisten inhaftierten. Die Verfassung werde vom Wächterrat willkürlich ausgelegt, er habe damit Parlament und Regierung praktisch ausgeschaltet, schreiben die Abgeordneten. Von ihren innenpolitischen Gegnern wurden die Unterzeichnenden daraufhin als „amerikanische Abgeordnete“ denunziert; die kurz darauf ausbrechenden Studentenproteste legte man ihnen zur Last.

Diese Demonstrationen hatten in zweierlei Hinsicht eine neue Qualität: Erstmals forderten die Demonstranten auch den Rücktritt Chatamis. Verglichen damit waren die Proteste des Jahres 1999, als die Demonstranten noch das Bild des amtierenden Präsidenten in die Höhe hielten, erstaunlich regierungstreu. Heute meinen immer mehr Menschen, Chatami sei gescheitert und solle daraus die Konsequenzen ziehen. Neu war auch, dass bei den Demonstrationen vom Juni des vergangenen Jahres ganz offen die Abschaffung der „Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten“, der Staatsdoktrin der Islamischen Republik, gefordert wurde. Genau das fordert auch Hossein Chomeini, der Enkel des Staatsgründers. Er würde sogar eine militärische Intervention der Amerikaner gutheißen, um das herrschende System zu beseitigen. Heute befürworten viele Iraner – zumindest die aus der Mittelschicht – die amerikanische Iranpolitik. Deutschland und die Europäische Union hingegen werden von vielen kritisiert, weil diese immer noch auf den Dialog setzen und auf Reformen von innen hoffen. Viele Menschen fragen sich, was der Dialog gebracht hat: Wir haben seit 1997 – seit wir Mohammad Chatami zum Präsidenten gewählt haben – durch unsere Teilnahme an den Wahlen und durch unser Votum belegt, dass wir Reformen wollen, dass wir allerdings zu warten bereit sind und uns auf einen Wandel auf friedlichem und damit wahrscheinlich langsamem Wege einlassen. Aber die Konservativen haben kein Einsehen, und deshalb ist die Politik der Amerikaner richtig. Druck von außen ist das Einzige, was uns jetzt noch helfen kann, sagen immer mehr Menschen.

Die überraschend unkritische Haltung gegenüber der amerikanischen Politik, auf die man häufig trifft, zeugt weniger von einer wirklichen Akzeptanz oder auch nur Kenntnis der US-Politik im Nahen Osten. Sie belegt nur, dass die Menschen müde sind. Und noch immer gibt es diejenigen, die

– wie die diesjährige Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi – mahnen, dass es für Iran nicht gut wäre, wenn sich das System ausgerechnet auf Drängen und Betreiben der Amerikaner wandeln würde. Sie meinen, das müsste man schon selbst schaffen, gerade im Hinblick auf die eigene Geschichte und wegen des Selbstbewusstseins eines Volkes, das sich einst erfolgreich erhoben hat, um den Status einer Semi-Kolonie abzuschütteln. Die Voraussetzungen, es selbst zu schaffen, sind in Iran nicht ganz schlecht. Trotz aller Rückschläge im Reformprozess hat sich eine bewusste, politisch interessierte Öffentlichkeit herausgebildet. Es gibt erste, kleine Ansätze zivilgesellschaftlicher Organisationen und vor allem eine Gesellschaft, die Liberalisierung und Demokratie will. All das ist durchaus zukunftsfruchtig: Genau deshalb hat das Nobelpreiskomitee eine wichtige Botschaft formuliert, als es Schirin Ebadi mit dem diesjährigen Friedensnobelpreis ausgezeichnet hat. Ebadi hat nie aufgehört, an die Möglichkeit der Reform von innen zu glauben – die Monarchisten unter der iranischen Exilopposition waren deshalb nicht erfreut über die Vergabe des Nobelpreises an Ebadi. Diese Kreise befürworten – im Gegensatz zu Ebadi – eine Intervention der USA, sei es militärisch oder durch ökonomischen Druck auf das Land. Dass Iran dann, wie Ebadi befürchtet, wieder zu einer Quasi-Kolonie werden könnte, schert die iranische Exilopposition in Amerika nicht. Doch weil Ebadi so denkt, lässt sie sich lieber auf den langsamen, beschwerlichen Kampf innerhalb des iranischen Systems ein. „Der Kampf muss im Innern eines Landes und einer Gesellschaft geführt werden. Jede fremde Einmischung erschwert dieses Ringen nur. Kein Staat hat das Recht, einem anderen seinen Willen aufzuzwingen, und wäre es, um das Gute durchzusetzen. Meistens wird das Gegenteil dabei herauskommen.“ Ebadi ist überzeugt: Es wird sich etwas ändern, wenn viele den Wandel wollen. Sie meint, dass genau dies in Iran der Fall sei. Längerfristig könnten die Konservativen daher den Demokratisierungsprozess nicht aufhalten. „Ich denke, das Zeitalter der Revolutionen ist vorbei. Außerdem gibt es keine Garantie dafür, dass eine weitere Revolution uns etwas Besseres bringen würde als die von vor 25 Jahren. Nachdem ich das Phänomen *Revolution* lange Jahre beobachtet habe, bin ich zu dem Schluss gekommen, dass Revolutionen niemals versprechen, was sie halten. Was ich fordere, ist eine Reformbewegung, die alle Bereiche umfasst: das politische, soziale, kulturelle Leben und natürlich Menschenrechte. Das iranische Volk ist tief enttäuscht von der Islamischen Revolution. Während der Revolution und in dem Krieg mit Irak, der darauf folgte, hat eine unglaubliche Anzahl von Familien ihre Söhne und Männer ver-

loren. Die Nation verlor ihre besten jungen Männer, und Millionen von Iranern wurden ins Exil gezwungen. Es wird noch Generationen dauern, bis wir uns von dem erholt haben, was uns die Revolution gekostet hat. Der einzige Weg hieraus ist die Reform mit friedlichen Mitteln. Chatami ist nicht der Einzige, der Reformen fordert, und nur weil seine Regierung gescheitert ist, heißt das nicht, dass die Reformbewegung gescheitert ist.“

Die Reformregierung ist gescheitert, doch die Bewegung für Reformen ist es nicht. Das könnte eine Beschreibung der gegenwärtigen Situation in Iran sein. Beispielhaft dafür ist die Reaktion des Präsidenten auf die Verleihung des Preises an Ebadi und die Folgen. Dem Präsidenten, der gerade in den vergangenen Monaten viel an Ansehen eingebüßt hat, ist seine Reaktion auf den Friedenspreis teuer zu stehen gekommen. Chatami hatte die Verleihung an Ebadi zwar begrüßt, die Bedeutung des Friedensnobelpreises aber gleichzeitig heruntergespielt: „Eine rein politische Entscheidung. Ein Friedensnobelpreis ist nicht viel wert, im Gegensatz zum Literatur- und Medizin-nobelpreis.“ Schahla Lahidschi, eine gute Freundin Ebadis, kommentierte Chatamis Äußerung mit den Worten: „Chatami hat in den letzten Monaten viele Fehler gemacht, aber das war sein schwerwiegendster.“

Wie sehr die Verleihung des Preises an Ebadi die iranische Gesellschaft aufwühlt, zeigt nicht nur die merkwürdige Reaktion Chatamis, sondern vor allem die der Konservativen. Die von ihnen kontrollierten staatlichen Medien hatten am 10. Oktober 2003, als die Vergabe bekannt wurde, nur zögerlich berichtet. Erst Stunden nach der Bekanntgabe sah man sich zu einer kleinen Meldung in den Nachrichten veranlasst. „Ebadi bekommt Friedenspreis“ hieß es dort lapidar. Auch am nächsten Tag berichteten die Zeitungen der Konservativen kaum, die fundamentalistische *Sijasat-eruz* nahm lieber einen Bericht über die Entdeckung eines Friedhofs aus der Eisenzeit in Spanien auf die Titelseite. Ali Jussefpur, Leiter der Gruppierung der so genannten islamischen Journalisten, kommentierte: „In den letzten Jahren waren wir Zeugen, dass dieser Preis auch an Sadat und Carter vergeben wurde. Ich bin der festen Überzeugung, dass diesen Preis nur Personen bekommen, die im Interesse des Westens arbeiten oder gegen die islamischen Prinzipien.“ Schärfer noch wurde Asadollah Badamtschian, der Direktor der einflussreichen Organisation *Dschamijat-e Motalefe-ye Eslami*: „Wenn ein wissenschaftlicher Preis einem Menschen wegen seiner Dienste an der Menschheit zukommt, ist es lobenswert, wenn aber ein Preis dazu dienen sollte, den Interessen des Kolonialismus und der verdorbenen Welt zu

dienen, ist es ein Zeichen der Schande. Es ist natürlich, dass der Friedensnobelpreis an eine Frau vergeben wird, die sich Reformerin nennt und von Powell, Bush und den Führern der Weltarroganz unterstützt wird.“

Eine solche Reaktion war zu erwarten gewesen. Ebadi setzt sich für alle die Forderungen ein, deren Erfüllung die Konservativen dem iranischen Volk vorenthalten wollen wie Demokratie, Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Frau. Jetzt ist sie zur Hoffnungsträgerin geworden in diesem Kampf der Reformen gegen die Konservativen. Schirin Ebadi ist eine der exponiertesten Kämpferinnen im Kampf Irans um eine andere Zukunft. Die einzige allerdings ist sie nicht. Es hätten sicher auch andere iranische Intellektuelle und Frauenrechtlerinnen mit dem Preis ausgezeichnet werden können. Viele, die heute in Iran für Reformen kämpfen, sind Ebadi ebenbürtig in ihrem Engagement und ihrem Mut.

Doch indem das Nobelkomitee Ebadi ehrte, zollt es der gesamten gesellschaftlichen Bewegung und allen, die kämpfen, die im Gefängnis sitzen oder ihr Leben gelassen haben für den Wandel, Achtung und Respekt. Das war die Absicht des Komitees. Und genauso hat Ebadi es verstanden, als sie erklärte, sie werde den Preis stellvertretend für alle anderen annehmen. Sie, die den Aufbruch der iranischen Gesellschaft, der sich nicht immer politisch äußern muss, um politisch zu sein, in mehrfacher Hinsicht verkörpert: als engagierte Frau, aber vor allem als Juristin, als Anwältin, die dort kämpft, wo die Islamische Republik ihre dunkelste, ihre archaischste Seite hat, im Bereich des Rechts.

Viele Iraner hoffen, der Preis könnte der iranischen Reformbewegung, die in den vergangenen Monaten so stark ins Hintertreffen geraten ist, noch einmal Auftrieb geben. Politische und soziale Bewegungen brauchen Symbole. Und Ebadi könnte zur Symbolfigur einer Bewegung werden, die den Präsidenten und seine Mitstreiter weit übertrifft. Die Reformen in der Politik sind fast am Ende. Sie können nichts gegen die beharrlichen Kräfte ausrichten, welche sich um den Revolutionsführer im Wächterrat, in der Justiz, im Sicherheitsapparat und in der Wirtschaft konzentriert haben. In dieser Situation, da die Reformen in Regierung und Parlament bereits Zeichen ihrer Resignation aussenden, hat das Nobelpreiskomitee eine Frau gewürdigt, welche die *gesellschaftliche* Reformbewegung verkörpert. Ebadi steht für diese Bewegung, die längst alle Bereiche der iranischen Gesellschaft erfasst hat und deshalb unumkehrbar ist, auch wenn die Reformen in der Politik scheitern sollten.

Demokratisierung und ihre Feinde in Iran

Der Aufstieg und die Krise des theokratischen Regimes in Iran

Als Führer der Revolution und mit Hilfe einer Vielzahl von säkularen, liberalen und islamischen sozialen Kräften konnte Ajatollah Khomeini 1979 das moderne, säkular-autoritäre Regime von Schah Reza Pahlevi stürzen. Die darauf folgende Ausrufung einer theokratischen Republik¹ mit einem autoritären Charakter beruhte hauptsächlich auf der Fähigkeit von Khomeinis Anhängern, welche die schiitischen Institutionen mobilisierten und sich auf die Unzufriedenheit der Massen mit dem Schah-Regime konzentrierten.²

Für die Mehrheit der iranischen Gesellschaft sind Khomeinis Versprechen einer gerechten und freien islamischen Gesellschaft nicht Wirklichkeit geworden. Der Wunsch nach Reformen manifestiert sich von Jahr zu Jahr eindringlicher in Wahlen, intellektuellen Entwicklungen und verschiedenen Formen sozialen Protests. Diese Entwicklungen gründen auf den folgenden Tendenzen der vergangenen Jahrzehnte:

– Obwohl die meisten Iraner die grundlegenden Erfolge der Revolution von 1979 unterstützen, haben der lange Krieg gegen den Irak, die Wirtschaftskrise und die sozialen Missstände die Begeisterung für die Revolution zum großen Teil schwinden lassen und sie durch einen Pragmatismus ersetzt. Die iranische Bevölkerung leidet vor allem unter der hohen Inflationsrate von 30 bis 50 Prozent, der hohen Arbeitslosigkeit und einem Lebensstandard, der weit unter dem Niveau vor der Revolution liegt. Irans Pro-Kopf-Einkommen ist seit 1979 um mindestens 30 Prozent geschrumpft. Mehr als 15 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze (40 Prozent nach inoffiziellen Angaben). All dies ist auch für Irans wachsende Probleme mit Drogenabhängigkeit, Prostitution, Verbrechen und einer Reihe

von spontanen Ausschreitungen seit den frühen neunziger Jahren mit verantwortlich.

– Die Generation von Iranern, die in den siebziger und achtziger Jahren geboren wurde (ungefähr 60 Prozent der Bevölkerung sind unter 25 Jahre alt), ist im Allgemeinen desillusioniert vom islamischen Regime und fordert politische Reformen. Zugleich profitiert diese Generation von verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten. Seit der Revolution haben sich die Alphabetisierungsrate und die Zahl der Menschen mit höherer Schulbildung verdoppelt. Das bedeutet, dass die junge Generation weniger empfänglich ist für Demagogie als frühere Generationen. Mit einem Wahlrechtsalter von 16 Jahren und der Hälfte der Wahlberechtigten unter 30 Jahren stellt die iranische Jugend eine große Basis für Reformen dar. Tatsächlich wählten bei den Präsidentschaftswahlen von 1997 85 Prozent der Iraner unter 29 Jahren Khatami.

– Schließlich ist der Globalisierungsprozess und sein Einfluss sowohl auf Völker als auch auf Staaten entscheidend für die Forderungen nach Reformen in Iran. Das Wachstum wirtschaftlicher Transaktionen über die Grenzen von Nationalstaaten hinaus ist das Hauptmerkmal der gegenwärtigen Restrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Globalisierung ist nicht nur ein wirtschaftliches Phänomen. Sie ist ein Prozess, der eine Vielfalt von transnationalen Prozessen und lokalen Strukturen wirtschaftlicher, politischer, kultureller und ideologischer Art umfasst.³ Das globale System ist durch die Verdichtung von Zeit und Raum komplexer und interdependenter geworden. Das heißt, Veränderungen in einem Teil der Welt haben potentiell auch Einfluss auf andere Teile der Welt. Der Fortschritt in Bereichen der Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien hat zur Entwicklung eines globalen Bewusstseins beigetragen, das es den Menschen weltweit ermöglicht, sich am Diskurs über Weltfrieden, Menschenrechte und demokratische Werte zu beteiligen. Zurzeit haben etwa 1,75 Millionen Iraner Zugang zum Internet. Im Jahre 2000 gab es so gut wie keine Internet-Cafés in Iran. Seit 2002 gibt es zirka 8000 dieser Cafés in Teheran und mittlerweile auch in anderen Städten Irans. Auch Geistliche, die nicht zum Establish-

1 Vgl. H. E. Chehabi, The political regime of the Islamic Republic of Iran from a comparative perspective, in: Government and Opposition, 36 (2001) 1, S. 48–70.

2 Vgl. Mehdi Parvizi Amineh, Die globale kapitalistische Expansion und Iran. Eine Studie der iranischen politischen Ökonomie 1500–1980, Münster–Hamburg–Berlin 1999, Kap. 12 und 13.

3 Ders., Towards the Control of Oil Resources in the Caspian Region, New York 1999, S. 4.

ment gehören, haben ihre eigenen Websites eingerichtet.⁴

Im Allgemeinen konzentrieren sich die Forderungen für Reformen auf folgende Aspekte:

- Politische Liberalisierung als Voraussetzung für Verantwortlichkeit der Regierung und verbesserte Aussichten auf Demokratisierung;
- Wirtschaftsreformen, mehr Arbeitsplätze, Rückgang der Inflationsrate und ein höherer Lebensstandard;
- Lockerung der strengen islamischen soziokulturellen Einschränkungen, insbesondere des Chador (islamische Kleiderordnung für Frauen), die Beziehung zwischen Mann und Frau, Zugang zur westlichen Kultur und Medien sowie die
- Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Ländern, was auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen sowie Reisen und den Kontakt mit Familien im Ausland vereinfachen würde.

Pro und kontra Reformen

Nachdem die wichtigsten säkularen und liberalen sozialen Kräfte der Revolution in den ersten zwei Jahren nach dem Regimewechsel ausgeschaltet worden waren, vereinigten sich die verschiedenen politischen islamischen Kräfte, die zuvor in der 1979 gegründeten Islamischen Republikanischen Partei verbündet gewesen waren, zu zwei ideologischen Flügeln: die *rechte Gruppe* (religiöse Traditionalisten, sozialpolitisch konservative Geistliche und religiöse Technokraten), die für eine pragmatische Innen- und Außenpolitik eintrat, und die *linke Gruppe* (Sozialrevolutionäre, linksorientierte Geistliche und religiöse Laien), die sich für eine eher dogmatische Politik einsetzte, Staatskontrolle und egalitäre Wirtschaftsprinzipien forderte sowie den Export der Revolution betreiben wollte.⁵ Khomeini konnte einen offenen Konflikt zwischen diesen beiden Gruppen, insbesondere wegen seiner charismatischen Führungsposition im Hinblick auf die Außenpolitik, verhindern. Nach Khomeinis Tod 1989, als Ali-Akbar Hashemi Rafsanjani Präsident wurde, traten wirtschaftliche Aspekte und die Frage der Verbesserung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten in den Vordergrund. In

4 Vgl. S. M. Mousavi-Shafae, Globalisation and Contradiction between the Nation and State in Iran: The Internet Case, in: Critique: Critical Middle Eastern Studies, 12 (2003) 2, S. 194.

5 Vgl. David Menashri, Iran: A Decade of War and Revolution, New York 1990.

dieser Periode wurde auch erstmals das Erbe Khomeinis in Frage gestellt. Dies war möglich, weil der neue Oberste Rechtsgelehrte, Ajatollah Ali Khamenei, eine weniger charismatische Figur als Khomeini ist.

Zurzeit können wir drei politische Gruppen innerhalb des Islamischen Regimes unterscheiden: die *Konservative Gruppe* (KG) um Ajatollah Khamenei, die *Pragmatische Gruppe* (PG) von Rafsanjani und die *Reformistische Gruppe* (RG) um Präsident Khatami.

Die Konservative Gruppe: Die KG umfasst Geistliche und Laien, Regierungsangehörige und Nicht-Regierungsangehörige. Dazu gehören die sechs geistlichen Mitglieder des Wächterrats (*Maslahat-e Nezam*), die Geistlichen des Expertenrats (*Majlis-e Khobregan*), die Prediger des Freitagsgebets, Mitglieder des Feststellungsrats (*Majma'-e Tashkhis-e Maslahat-e Nezam*) sowie Mitglieder des Obersten Gerichts. Der Expertenrat ernennt und entlässt den Obersten Rechtsgelehrten. Der Wächterrat überwacht alle Parlaments- und Präsidentschaftswahlen und entscheidet über die Vereinbarkeit von Gesetzen, die vom Parlament verabschiedet werden, mit der *Sharia* (Islamisches Gesetz). Er besteht aus sechs stimmberechtigten Geistlichen und sechs nichtstimmberechtigten Laien. Der Feststellungsrat wurde 1988 gegründet. Er vermittelt zwischen dem Parlament und dem Wächterrat und berät den Obersten Rechtsgelehrten. Der Feststellungsrat setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Judikative, Exekutive, Legislative, Gelehrten des Wächterrats und Mitgliedern, die vom Obersten Rechtsgelehrten ernannt werden.⁶ Die KG kontrolliert die Streitkräfte, insbesondere die Revolutionsgarden, und ernennt den Leiter des Staatsradios und -fernsehens. Die Geistlichen der KG sind in der *Jame'eh Rohaniyate Mobarez* (Militanten Geistlichenvereinigung) organisiert, deren Vorsitz der frühere Innenminister Ajatollah Mohammed Reza Mahdavi-Kani innehat. Diese Gruppe wird vor allem von der traditionellen städtischen Mittelklasse und dem Wirtschaftssektor des Bazars unterstützt. Die jungen Geistlichen scharren sich um den früheren Kandidaten zum Obersten Rechtsgelehrten, Großajatollah Hossein Ali Montazeri. Seit dem Rücktritt Montazeris ist diese Gruppe sowohl politisch als auch intellektuell auf dem Rückzug.⁷ Zusätzlich zu den Vereinigungen der Geistlichen gibt es in der KG auch zwei wichtige Laiengruppen der traditionellen Bazarhändler, die *Heyate Mo'talefeh Eslami* (Islamische Koalition) und eine Inge-

6 Vgl. The Constitution of the Islamic Republic of Iran, Teheran.

7 Vgl. Iranian 141 vom 10. Mai 2002, S. 26 f.

neursgruppe, die *Jame'eh Eslami Mohandesin* (Gesellschaft der Moslemingenieure).⁸

Die Pragmatische Gruppe: Die PG ist um den früheren Präsidenten und heutigen Vorsitzenden des Feststellungsrats Rafsanjani organisiert. Während seiner Präsidentschaft versuchte er, die prokapitalistischen Unternehmer Irans zu vereinen, zum großen Missfallen der traditionellen Händler und Geistlichen. Um eine Aufspaltung der zwei Gruppen – der KG und der PG – zu verhindern, war Rafsanjani zu Zugeständnissen gegenüber der KG bereit, doch diese lehnte ab. Aus Protest gegen die Haltung der KG errichteten Rafsanjanis Anhänger die *Kagozaran-e Sazandegi* (Diener des Wiederaufbaus). Die wichtigsten Mitglieder dieser Gruppe waren Gholam-Hussein Karbashi (früherer Bürgermeister Teherans), Ajatollah Mahajerani (Khatamis Kultusminister), Mohsen Norbakhsh (Direktor der Zentralbank), Mohammad Hashemi (Rafsanjanis Bruder) und Faezeh Hashemi (Rafsanjanis Tochter). Nach den sechsten Parlamentswahlen gründete Faezeh Hashemi eine neue Partei mit einem ähnlichen pragmatischen Ansatz, aber mit eher traditionell-kulturellen Idealen, die *Hezb-e E'tedal Va Tose'eh* (Mäßigungs- und Entwicklungspartei).⁹

Die Reformistische Gruppe: Die RG ging aufgrund ideologischer Unterschiede und individueller Ambitionen ihrer Mitglieder aus einer Aufspaltung innerhalb der Militanten Geistlichenvereinigung kurz nach deren Gründung hervor. Diese Gruppe wird vor allem von der Mittelklasse und der unteren Mittelklasse unterstützt. Ihre offizielle Organisation ist die *Majma-e Ruhaniyun-e Mobarrez* (Gesellschaft der Kämpfenden Geistlichen), gegründet von Ajatollah Mussavi Khoeiniha. Er war verantwortlich für die Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft 1979 und ist der Gründer der kritischen Tageszeitung *Salaam*; weiter zählen dazu Mehdi Karrubi (früher Direktor der Märtyrerstiftung und Parlamentssprecher) und Mohtashami (früherer Innenminister und Botschafter in Syrien). Die Gesellschaft der Kämpfenden Geistlichen besteht ausschließlich aus Geistlichen. Nicht-Geistliche der RG sind in der *Khat-e Emami* (Linie des Imam) organisiert. Die Mitglieder dieser Gruppe waren in den frühen Jahren der Revolution Anhänger Khomeinis. In den letzten Jahren haben sie sich jedoch gemäßigt. Eine weitere Gruppe ist die *Sazeman-e mujahedin-e enqelab-e eslami* (Mujahedin der Islamischen Revo-

lution), gegründet von Behzad Nabavi. Diese Gruppe besteht ausschließlich aus Laien, militanten Islamisten und früheren Maoisten und ist mit der *Daftar-e Tahkim-e Vahdat* (Büro zur Stärkung des Zusammenschlusses) verbunden. Eine Gruppe Geistlicher, religiöser Laien, religiöser Arbeiter und islamischer Frauenaktivistinnen ist in der *Hezb-e mosharakat-e Iran-e eslami* (Islamische Beteiligungspartei) organisiert. Diese Gruppe wird unter anderem von Präsident Khatamis Bruder Mohammad Reza Khatami geführt. Eine weitere Studentengruppe wird von Heshmatollah Tabarzadi geleitet, der engen Kontakt zu dem Schriftsteller und islamischen Denker Abdolkarim Soroush hat. Soroush war Khomeinis größter Unterstützer und in den frühen achtziger Jahren Mitglied des Obersten Rats der islamischen kulturellen Revolution. Jetzt üben Soroush und andere Intellektuelle radikale Kritik an der Theorie der *velayat-e faqih* und der Rolle des Obersten Rechtsgelehrten im politischen System und fordern damit das Establishment der Geistlichen heraus. Diese Bewegung trug zu einem großen Teil zu der Wahl Khatamis zum Präsidenten bei.¹⁰

Chancen für die Reformbewegung

Die Differenzen innerhalb des iranischen politischen Systems zeigen sich in den unterschiedlichen Ansätzen in Bezug auf Kultur, Wirtschaft und Politik. Die verschiedenen Gruppen des Machtblocks sind heute weniger mit ideologischen Auseinandersetzungen beschäftigt, sondern orientieren sich mehr an problemorientierten Fragen, um dadurch die Unterstützung der Bevölkerung für sich zu gewinnen.

Die KG setzt sich für ein islamisiertes kulturelles System mit einer strengen traditionellen Interpretation islamischer Werte und strengen kulturellen Aktivitäten ein. Die KG ist davon überzeugt, dass Gewalt das beste Mittel gegen das kulturell „Böse“ sei (d. h. die Verwestlichung der Jugend) und rechtfertigt damit das Einschreiten der Polizei, den *Basij* und *Sepah-e pasdaran* gegen die Jugend. Was die Wirtschaftspolitik betrifft, kann man die KG in zwei Richtungen unterteilen: Die traditionellen Händler des Bazars meinen, dass die Unterprivilegierten der Gesellschaft religiöser Gnade unterworfen bleiben müssten. Im Gegensatz dazu unterstützen die Technokraten eine marktwirtschaftlich orientierte Politik. Während sie in kultureller Hinsicht der KG folgen, stimmen

8 Vgl. M. Hodjat, *Jenaha-ye siassi da Iran emrouz* (Les tendances politiques dans l'Iran d'aujourd'hui), Teheran 1378/1999; *Iranian* 142 vom 24. Mai 2002, S. 26 f.

9 Vgl. M. Hodjat (Anm. 8), S. 190 und 195; S. Hossein Seifzadeh, *The Landscape of Factional Politics and Its Future in Iran*, in: *Middle East Journal*, 57 (Winter 2001) 1, S. 61 f.

10 Vgl. Mehdi Parvizi Amineh, *Globalisation and Islam*, New York (i. E.).

sie im Hinblick auf die Wirtschaft mehr mit der PG überein. Der rechte Flügel innerhalb der KG unterstützt die außerkonstitutionelle Macht des Obersten Rechtsgelehrten Khamenei. Die RG und die unpolitischen traditionellen Mitglieder der Geistlichkeit in der Stadt Qom kritisieren diese Position. Die RG meint, dass die unterschiedlichen sozialen Elemente Irans am besten von einem pluralistischen Wohlfahrtsprogramm repräsentiert würden. Sie unterstützt die Unternehmer und Intellektuellen. Auch setzt sie sich dafür ein, dass die Unterprivilegierten soziale Vorteile erhalten, um so ihre Lebensqualität zu verbessern. Nach Ansicht der RG spielt die Politik jedoch eine wichtigere Rolle als die Wirtschaft.

Die KG ist äußerst besorgt um die Auswirkungen, welche politische Reformen haben könnten; sie widersetzt sich folglich drastischen Veränderungen des politischen Systems. Darum versucht die KG, die Umsetzung politischer Ideen der RG zu verhindern. Die KG betrachtet die Revolution als das wichtigste Symbol der Islamischen Regierung. Die Revolution muss daher in Ehren gehalten werden. Für die RG dagegen hat die Revolution einen gewalttätigen und selbstzerstörerischen Charakter. Ihre Mitglieder distanzieren sich deshalb auch von ihrer radikalen Vergangenheit. Die Forderung nach politischen Reformen durch die RG und das Bestreben der KG, den Status quo zu bewahren, haben nicht nur die politische Szene zersplittert, sondern auch zu einer Politisierung des Verhältnisses von Politik und Religion geführt. Obwohl alle drei politischen Gruppen sich über die Vereinbarkeit von Politik und Religion einig sind, haben sie doch unterschiedliche Auffassungen darüber, was die Art und die Mechanismen dieser Vereinbarkeit betrifft. Die Ansätze variieren von einer Unterordnung der Politik gegenüber der Religion und damit der strikten Anwendung islamischer Regeln über ein Nebeneinander von Politik und Religion mit undeutlichen Grenzen bis hin zu reformistischen, liberalen und pluralistischen Ansätzen der RG, nach denen der Islam eine untergeordnete Rolle im politischen System spielen sollte; d.h., sie betonen die demokratische Komponente im politischen System Irans. Die Pluralisten konzentrieren sich hierbei am ehesten auf die säkularen Bedürfnisse der iranischen Bevölkerung. Weniger radikale Mitglieder der RG wie Präsident Khatami glauben an eine Vereinbarkeit der Souveränität Gottes mit der des Menschen. Khatami hat seine Auffassung teilweise modifiziert, nachdem er von Anhängern der RG kritisiert worden war. Er übt nun Kritik an den Intellektuellen, die eine Maximierung des Einflusses des Islam im politischen System verlangen.

Die Gruppenbildung innerhalb der politischen Elite Irans, die fehlende Machtkonsolidierung, ideologische Inkonsistenz, eine unklare Innen- und Außenpolitik sowie das Scheitern des Reformprogramms Khatamis geben der Bevölkerung den Spielraum, die politischen Autoritäten und insbesondere den Präsidenten zu kritisieren. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2001 erhielt die RG bei einer Wahlbeteiligung von 67 Prozent 78,3 Prozent der Stimmen (die Diener des Wiederaufbaus eingeschlossen). Die KG erhielt 15,9 Prozent der Stimmen (die Mäßigungs- und Entwicklungspartei eingeschlossen). Die RG verfügt jedoch nur über eine beschränkte Macht. Der Oberste Rechtsgelehrte und seine Institutionen (deren Mitglieder nicht vom Volk gewählt werden) schränken die Macht der RG in der Exekutive, im Parlament und in den Kommunen ein. Hinzu kommt, dass 70 Prozent aller Staatsämter von Mitgliedern der KG besetzt sind. Die Desillusionierung ist auch unter Intellektuellen und hohen Beamten zu spüren; sie drückt sich in offenen Briefen an den Obersten Rechtsgelehrten Khamenei aus. Dazu gehören das „Republikanische Manifest“ von Akbar Ganji vom April 2002, Ajatollah Jalaedidin Taheris Abdankungsbrief als Prediger des Freitagsgebets in Isfahan vom Juli 2002 und der offene Brief von Ghasem Sholeh Saadi, Professor an der Juristischen Fakultät und der Fakultät der politischen Wissenschaften der Universität Teheran, in dem er die unverantwortliche Position des Obersten Rechtsgelehrten im politischen System Irans kritisiert.

In dieser Atmosphäre hat sich eine neue radikale Reformbewegung unter der Jugend herauskristallisiert, die auch die „Dritte Macht“ genannt wird. Diese Bewegung fordert Reformen, die weit über die Vorstellungen der RG hinausgehen. Sie ist gekennzeichnet von nationalistischem Zorn, befreit von jeglicher religiöser Verblendung, und sie ist nicht zu Kompromissen bereit. Das Konzept der *velayat-e faqih* wird öffentlich angezweifelt. Die KG weiß, dass sie untergehen wird, wenn sie sich den Forderungen nicht beugt. Das bedeutet nicht, dass die USA oder die Europäische Union aktiv die politischen Entwicklungen in Iran beeinflussen sollten. Das iranische theokratische Regime kann nicht von außen gestürzt werden. Weder eine aggressive Politik der USA noch die Unterstützung demokratischer Kräfte innerhalb und außerhalb Irans sind ausreichend, um das Regime abzusetzen. Der Bankrott der Ideologie der Islamischen Republik Iran, die Wirtschaftskrise und die Sackgasse der RG wird zweifellos den Drang nach Reformen erhöhen und der „Dritten Macht“ die Möglichkeit geben, sich aktiv am Kampf für radikale Reformen zu beteiligen.

Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953

„Am 19. August 1953 machte die amerikanische Regierung einen Fehler von wahrhaft tragischen historischen Ausmaßen. Wir beteiligten uns am Sturz des Regimes in Iran (. . .), der, wie ich denke, unser natürlicher strategischer und ideologischer Verbündeter war (. . .) Die Eisenhower-Regierung missverstand (. . .) die Situation und eliminierte eine liberal-nationalistische Elite, indem sie die Durchführung des Putsches gegen Dr. Mosaddeq unterstützte.“¹ So äußerte sich Richard Cottam, der amerikanische Experte für Iran im 20. Jahrhundert, 1994 bei einem Symposium in Washington, D. C. Zum Zeitpunkt des Putsches war er ein junger Karrierediplomat und einer der wenigen, die sich gegen die Iran-Politik der US-Regierung aussprachen. 1994 waren die meisten Regierungsbeamten und Wissenschaftler, egal ob konservativ oder liberal, zu der gleichen Schlussfolgerung gelangt.²

Der Kalte Krieg ist vorbei, und eine neue Weltordnung kommt langsam, wenngleich noch nicht klar umrissen, zum Vorschein. Die Zerstörung des alten bipolaren Systems und der noch amorphe Charakter der neuen Weltordnung haben nicht nur ein Machtvakuum geschaffen. Gerade kleine Nationen wie Iran wurden auch von einem Gefühl großer Unsicherheit und Verletzlichkeit erfasst. Der Statuswechsel vom abhängigen Staat, der unter dem Schutz der Führungsmacht der freien Welt stand, zum „Schurkenstaat“, der westliche Interessen bedroht, lässt sich durch die Islamische Revolution von 1979 allein nicht erklären. Das revolutionäre Regime in Teheran hat es nicht geschafft, sich als eine durchsetzungsfähige militärisch-ökonomische Macht zu etablieren, wie es der Aggressivität seiner politischen Rhetorik entspräche. Tatsächlich ist das Land heute ein erheblich schwächerer Staat. Welcher Logik folgen die amerikanisch-iranischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges?

Übersetzung aus dem Englischen: Martina Boden, Winsen (Aller).

1 Richard Cottam, US-Iran Relations: Areas of Tension and Mutual Interest, in: H. Amirahmadi/E. Hoogland (Hrsg.), U.S.-Iran Relations. Areas of Tension and Mutual Interest, Washington, D. C. 1994, S. 117.

2 Vgl. M. Gasiorowski/M. Byrne (Hrsg.), Mohammad Mosaddeq and the 1953 Coup in Iran, Syracuse 2003; Stephen Kinzer, All the Shah's Men. An American Coup and the Roots of Middle East Terror, Hoboken, N. J. 2003.

Berührungspunkte durch den Zweiten Weltkrieg

Vor dem Zweiten Weltkrieg beschränkten sich die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Iran auf eine begrenzte diplomatische und wirtschaftliche Repräsentanz sowie auf einige protestantische missionarische Aktivitäten. Mit der Öffnung einer Versorgungsroute in die Sowjetunion während des Krieges nahm das Engagement der USA in Iran jedoch beträchtlich zu. Im Dezember 1942 wurden amerikanische Truppen entsandt, um die Versorgung zu unterstützen. Anfang 1944 waren rund 30 000 amerikanische Soldaten in Iran stationiert. 1943 und 1944 versuchten US-Ölgesellschaften mit Unterstützung der amerikanischen Botschaft in Teheran, Öl-Konzessionen in Iran zu erhalten. Die Notwendigkeit, die kooperativen Beziehungen zu dem Kriegesverbündeten aufrechtzuerhalten, verhinderte jedoch die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Irans. Aus demselben Grund machten die USA auch keine Anstalten, die Übergriffe der Sowjetunion in Aserbaidschan 1944 und 1945 zu blockieren. US-Präsident Franklin D. Roosevelt hatte sogar versucht, die Sowjetunion bei der Teheraner Konferenz der Alliierten 1943 auf Kosten Irans zu besänftigen.³

Als jedoch unmittelbar nach dem Krieg die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion wegen des Bürgerkriegs in Griechenland, wegen der Spannungen in Mitteleuropa sowie der Ereignisse in Aserbaidschan und im iranischen Kurdistan wuchsen, führte dies zu direkten amerikanischen Interventionen in Iran. Als die Amerikaner die sowjetischen Truppen im Mai 1946 erfolgreich zum Rückzug aus Iran zwangen,⁴ wurde dies von der iranischen Regierung begrüßt. Sie erbat mehr diplomatische Unterstützung und finanzielle Hilfe. Im Rahmen der Truman-Doktrin, die Milliarden von US-Dollar für Länder im östlichen Mittelmeer

3 Vgl. Y. Alexander/A. Nanes (Hrsg.), The United States and Iran. A Documentary History, Washington, D. C. 1980, S. 93–99.

4 Vgl. B.R. Kuniholm, The Origins of the Cold War in the Near East, Princeton 1980, Kap. 5 und 6.

zur Verfügung stellte, erhielt Iran im Jahr 1947 jedoch nur minimale Hilfen. Die Belegschaft der Botschaft wurde aber bald vergrößert und 1947 ein CIA-Stützpunkt geschaffen. Von dort starteten die USA verdeckte Aktionen zur Unterminierung des Einflusses der Sowjetunion und der *Tudeh-Partei des Iran* (TPI), einer Moskau-orientierten kommunistischen Partei. Diese Spionageaktivitäten richteten sich letztlich gegen die Sowjetunion.

Der Sturz von Mosaddeq

Zu Beginn des Jahres 1950 änderten die USA ihre globale Strategie. Damit einher ging eine grundlegende Neueinschätzung der Politik gegenüber Iran. Vor dem Hintergrund sowjetischer Kernwaffentests und der Etablierung einer kommunistischen Regierung in China entwickelten US-Regierungsvertreter eine aggressivere Strategie zur Eindämmung des sowjetischen Expansionismus. In der Studie des Nationalen Sicherheitsrates NSC-68 vom April 1950 wurde „eine erneuerte Initiative im Kalten Krieg“⁵ gefordert. Erstmals tauchte der Begriff „perimeter defense“ auf. Die US-Führung verstärkte die militärische Präsenz in der Region und die Wirtschaftshilfen für Länder, „die wie Iran an der Peripherie der sowjetischen Einflussphäre liegen“. US-Politiker äußerten erstmals ihre Sorge hinsichtlich der politischen Stabilität Irans. Die „Nationale Front“, eine Organisation, die unter der Führung von Mohammad Mosaddeq alle nationalistischen Parteien zusammenbrachte, baute ihre Macht in der politischen Arena aus, und die Tudeh-Partei, seit einem gescheiterten Mordanschlag auf den Schah 1949 geächtet, nahm ihre Aktivitäten wieder auf. Nach Teheran entsandte Regierungsvertreter kehrten mit alarmierenden Berichten über eine „gefährliche und explosive“ Situation in die USA zurück und warnten vor der Möglichkeit, dass Iran „ein neues China“ werden könne.⁶ So wurde ein Vier-Punkte-Programm entwickelt, das darauf zielte, den USA eine entscheidende Rolle in innenpolitischen Angelegenheiten Irans zu sichern.

Mohammad Mosaddeq wurde 1951 zum Premierminister ernannt. Die Dachorganisation „Nationale Front“, der er vorstand, warb für die Nationalisierung des iranischen Öls, das bis dahin im Rahmen der so genannten Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) in britischem Besitz war. Die Mitglieder der Organisation – die weltlichen,

modernistischen liberalen Parteien – teilten dieses Ziel mit der Tudeh-Partei.

Will man die alarmierenden Beschreibungen der US-Regierungsvertreter über Iran bewerten, sollte man die immense Popularität der Mosaddeq-Regierung nicht unterschätzen. Ein halbes Jahrhundert Reformen hatte eine gebildete, moderne akademische Mittelschicht geschaffen, politisch anspruchsvoll und bereit, Macht zu übernehmen. Sie bildete weder eine neue Elite noch agierte sie in einem sozialen Vakuum. Eine wachsende Arbeiterklasse, eine nationalistisch gesinnte Schicht von Händlern und eine militante Schicht von Oberschülern und Universitätsstudenten bildeten ein eindrucksvolles, die Klassengrenzen überschreitendes Wählerpotenzial für die „Nationale Front“. „Auch wenn Großbritannien und verschiedene iranische Akteure offensichtlich wichtige Beiträge zum Sturz von Mosaddeq leisteten, lässt sich aus der Beweislage schließen, dass das Mosaddeq-Regime wahrscheinlich überlebt hätte, wenn die USA nicht eingegriffen hätten.“⁷ Die Tudeh-Partei konnte hinsichtlich der Popularität nicht mit Mosaddeq konkurrieren. Zudem wurde sie von britischen und US-amerikanischen Geheimagenten infiltriert; diese inszenierten fingierte kommunistische Straßendemonstrationen und provozierten abscheuliche Taten, um in der Öffentlichkeit Angst vor der Gruppierung zu schüren.⁸

Die „Operation Ajax“ – so der Codename des Putsches der Geheimdienste CIA und MI 6 – wurde mit Verweis auf eine unmittelbar drohende kommunistische Machtübernahme gerechtfertigt. Es war das erste Mal in dieser Region, dass die Vereinigten Staaten eine ausländische Regierung stürzten. Der Putsch markierte auch den Beginn einer politischen Vorherrschaft der USA im Mittleren Osten – auf Kosten des Verbündeten Großbritannien. Dieser verlor überdies sein Monopol auf das iranische Öl, als ein Konsortium internationaler – meist amerikanischer – Firmen die Rechte an Produktion und Export übernahm und der iranischen National Oil Company einen Teil der Exportentscheidungen sowie Exklusivrechte in inländischen Öl-Angelegenheiten überließ.⁹ Die Sowjetunion hatte nichts zu verlieren – mit Ausnahme des Vertrauens der iranischen Kommunisten. Die Rechtfertigung des Putsches mit dem Kalten Krieg war nichts weiter als eine Verschleierung der weit komplexeren geo-ökonomischen Strategie, die dahinter stand.¹⁰

7 Ebd., S. 80.

8 Vgl. ebd., S. 68 f.

9 Vgl. J.A. Bill/W. M. Roger Louis (Hrsg.), *Musaddiq, Iranian Nationalism, and Oil*, Austin 1988.

10 Vgl. ebd., S. 192.

5 M. Gasiorowski, *U.S. Foreign Policy and the Shah. Building a Client State in Iran*, Ithaca 1991, S. 55.

6 Ebd., S. 56.

Inzwischen ist bekannt, dass Harry S. Truman und seine Regierung – trotz ihrer Sorge um den Schutz der Peripherie – nicht an eine unmittelbare Bedrohung in Iran glaubten und keine Notwendigkeit sahen, Mosaddeq zu stürzen. Tatsächlich fiel die Entscheidung zwei Wochen nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Dwight D. Eisenhower – obwohl es im US-Außenministerium, bei der CIA und unter Experten Widerstand gegen die Intervention gab. Die neue Regierung formulierte eine neue globale Strategie, die als „New Look“ bekannt wurde. Dabei handelte es sich um eine Fortschreibung des Truman'schen Ansatzes der Peripherie-Verteidigung; mit ihr sollten aggressivere verdeckte Aktionen vorangetrieben werden. Die Brüder John und Allen Foster Dulles übernahmen die Kontrolle der amerikanischen Außenpolitik, der eine als Außenminister, der andere zunächst als stellvertretender Direktor und später als Direktor der CIA.¹¹ Iran diente als Testfall: Das Land sollte ein Satellitenstaat werden, politisch stabil und wirtschaftlich fähig, ein rasches Modernisierungsprogramm zu stützen, das der Gesellschaft zugute kommen und das Image der USA in der Welt verbessern sollte. Bis 1955 wandelte sich Iran „von einer schwachen Nation, die traditionell eine ‚neutrale‘ Position in internationalen Angelegenheiten einnahm, zu einem Aktivposten gegen den Kommunismus“¹². Für die US-Führung war Iran „von entscheidender Bedeutung“ für die nationale Sicherheit und bot eine Basis für die Durchführung nachrichtendienstlicher Operationen gegen die Sowjetunion, für grenzüberschreitende Spionage und, ab 1957, für die elektronische Überwachung militärischer Einrichtungen in Zentralasien. Die verdeckten Aktionen der CIA halfen dem Pahlewi-Regime bei der Aufdeckung oppositioneller Netzwerke sowie staatsgefährdender Verschwörungen. Schon im Herbst 1953 kam ein US-Oberst nach Teheran, um dort eine neue nachrichtendienstliche Einheit aufzubauen, die dann offiziell dem iranischen Militär unterstellt wurde. Das nachrichten- und sicherheitsdienstliche Netz des ganzen Landes wurde auf diese Weise zentralisiert und zu einer hoch effizienten, modernen und mächtigen Organisation ausgebaut, die alle Bedrohungen der monarchischen Diktatur abwehrte. Die berühmte SAVAK war das mächtigste Instrument des Pahlewi-Regimes zur Kontrolle aller Bereiche des öffentlichen Lebens. Die Auslandssektion unterstützte die USA beim Sammeln nachrichtendienstlicher Informationen und

bei der Implementierung ihrer Politik in der Region. Der israelische Geheimdienst Mossad unterstützte die CIA beim Training und bei der Ausrüstung der SAVAK-Mitarbeiter.

Die Rolle der USA bei der Modernisierung in Iran

Der zunehmende Nationalismus im Mittleren Osten führte zu einem Wandel der US-Politik gegenüber Schah Mohammed Reza Pahlewi. Aufgrund der Revolution, die 1958 zum Sturz der Monarchie in Irak führte, wegen der politischen Unruhen in anderen arabischen Monarchien und des weitreichenden Einflusses des ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser (der 1956 aus Protest gegen die guten Beziehungen des Schahs zu Israel die diplomatischen Beziehungen mit Iran abbrach) empfahlen Fachleute des US-Geheimdienstes, Druck auf den Schah auszuüben, damit dieser wirtschaftliche und politische Reformen in Angriff nehme. Doch im letzten Amtsjahr von US-Präsident Eisenhower wurde das Thema nicht mehr aufgegriffen. Sein Nachfolger John F. Kennedy widmete sich der Aufgabe, Amerikas Politik gegenüber der Dritten Welt zu reformieren. Seinem Vorgänger warf er dessen starre Haltung vor, die Krisen in Südostasien, Afrika und Kuba nicht verhindert zu haben. Die neue Administration bevorzugte eine „flexiblere Antwort“ und ergriff eine Reihe von politischen Maßnahmen, um Unruhen vorzubeugen; so baute sie Wirtschaftshilfe und Kulturprogramme aus. Die neue Regierung schränkte außerdem die Zahl der verdeckten Aktionen drastisch ein; Botschaftsangehörige trafen sich in Teheran mit Oppositionsführern und ermutigten den Schah, Kontakt mit diesen aufzunehmen.¹³

Von größerer Bedeutung war jedoch der Einfluss Kennedys auf die vom Schah durchgesetzten und vorangetriebenen Reformen. Die Agrarreformen beschnitten die Macht der Großgrundbesitzer und ermöglichten Bauern die Besitznahme von Land. Das Gesetz zum Schutz der Familie von 1962 bis 1964 gestand Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu und ermöglichte ihnen den Zugang zu höherer Bildung, auch wenn ihr männlicher Vormund dies ablehnte. Polygamie wurde zwar nicht abgeschafft, aber das neue Gesetz machte es für einen Mann praktisch unmöglich, mehr als eine Frau zu haben. Diese Reformen zum rechtlichen Status der Frau in der Gesellschaft beschnitten den Einfluss der religiösen Institutionen erheblich;

11 Vgl. J.L. Gaddis, *Strategies of Containment*, New York 1982, Kap. 5.

12 U.S. National Security Council, *U.S. Policy toward Iran* (NSC 5504), January 15, 1955, S. 1, zit. in: M. Gasiorowski (Anm. 5), S. 95.

13 Vgl. ebd., S. 98.

bis dahin hatte das Familienrecht der Rechtsprechung der Mullahs unterstanden. Unter den enteigneten Landbesitzern befanden sich auch einige reiche Mitglieder religiöser Einrichtungen; als die Reformvorhaben des Schahs bekannt wurden, erhoben sie sich in der so genannten „weißen Revolution“. Konservative Teile der Gesellschaft, die viel zu verlieren hatten, schmähten die Reformvorhaben als einen imperialistischen Anschlag der USA auf die nationale Souveränität des Landes. US-Regierungsvertreter hätten bestätigt, dass die USA eine wichtige Rolle dabei spielten.¹⁴

Der Sicherheitsapparat des Schahs unterdrückte den Aufstand vom Juni 1963 unbarmherzig. Die gemäßigte Opposition, insbesondere weltliche Liberale, saßen zwischen allen Stühlen: Einerseits befürworteten sie prinzipiell die progressiven Reformen des Schahs, andererseits waren sie gegen seine absolute politische Macht. Viele von ihnen marschierten bei den Demonstrationen mit, hielten zwar Abstand zu den Konservativen, trugen aber Transparente mit dem Slogan: „Ja zu Agrarreformen, nein zu politischer Diktatur.“ In diesen Tagen des Aufruhrs begann die politische Karriere Ayatollah Khomeinis, der – im Schulterchluss mit den konservativen Landbesitzern – dem Schah verfassungswidrige Herrschaft vorwarf. Nach mehrfachen Warnungen von staatlicher Seite wurde er gefangen genommen und ins Exil nach Nadschaf verbannt, der heiligen Stadt der Schiiten in Irak. Von dort aus entwickelte er seine revolutionäre Theorie von der rechtmäßigen Herrschaft der schiitischen Theologen.

Der Weg zur iranischen Revolution

Viele Beobachter sind zu dem Schluss gekommen, dass der Samen für die Revolution 1979 bereits in den Jahren 1953 und 1963 gesät worden sei. Der Sturz von Mosaddeq habe das Versagen des weltlichen Nationalismus als Ideologie für die iranischen Massen unterstrichen. Zur gleichen Zeit erlangte Khomeini im Exil eine Bedeutung als Führungsfigur wie kein anderer Oppositionsvertreter. Eine zu rasche Modernisierung hatte demnach das soziale Gefüge der iranischen Gesellschaft zerrissen, und der schiitische Islam ersetzte erfolgreich die weltlichen Ideologien bei der Mobilisierung der revolutionären Massen.

Die islamische Erneuerungsbewegung war Mitte der fünfziger Jahre von der Regierung initiiert worden, um den Kampf gegen den Kommunismus

und die radikale Linke aufzunehmen. Neben dem Eintreten für eine Ausweitung der Reformen hatte sie die Schaffung sozio-religiöser Einrichtungen unterstützt, die eine gemäßigte, sozial progressive Interpretation des schiitischen Islam vertraten; diese sollten die jungen Iraner von weltlichen sozialistischen Ideologien fern halten. Viele Ayatollahs, die sich an diesem vom Staat geförderten Programm beteiligten – wie Mahmut Tabatabai, Morteza Motaheri und Mohammad Hosain Beheshti –, schlossen sich während der Revolution Khomeini an, zusammen mit ihren Schülern und einem Netz von Gefolgsleuten. Das Programm war während des Kalten Krieges integraler Bestandteil der US-Politik in der muslimischen Welt und sollte die Rolle des Islam als Bollwerk gegen den Kommunismus unterstreichen. Diese Politik war in Iran in den fünfziger Jahren und bis hinein in die siebziger Jahre unbestreitbar erfolgreich.

Nach Nassers Tod wurde diese Politik auch in Ägypten sowie in Sudan, in Indonesien, Malaysia, Algerien und im Südlibanon verfolgt, um nur einige Länder zu nennen. Die islamischen Laien-Ideologen, die für die sozio-religiösen Einrichtungen eine modernistische Sichtweise des Islam entwickelten (Mehdi Bazargan, Ibrahim Yazdi, Ali Shariati, Abolhasan Banisadr und andere), hatten nahezu ausnahmslos europäische und amerikanische Universitäten besucht und nicht die traditionellen theologischen Seminare. Vor Ort setzten sich die religiösen Netzwerke aus Absolventen nichtkirchlicher staatlicher Schulen und Universitäten zusammen, an denen nach westlichen Studienplänen unterrichtet wurde. Die theologischen Schulen zogen die intellektuell weniger begabten Studenten an, meist aus ärmeren Städten und Dörfern auf dem Land. Dabei boten die staatlichen Schulen und Universitäten, die sich in den siebziger Jahren im ganzen Land stark vermehrten, allen Studenten aus städtischen wie ländlichen Regionen eine kostenlose Ausbildung an.

Die Innenpolitik des Schahs förderte nach 1953 – mit Unterstützung der USA und der amerikanischen Finanzhilfe zur bildungspolitischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung – das Wachstum der Mittelschicht und der unteren Mittelschicht. Der dramatische Anstieg des internationalen Ölpreises Anfang der siebziger Jahre machte die iranische Regierung finanziell unabhängig von amerikanischer Freigebigkeit und erleichterte die Ausweitung der Bildungsprogramme im In- und Ausland. Die gebildete Mittelschicht und die untere Mittelschicht dieses amerikanischen Satellitenstaates, die weitgehend ein Produkt der Pahlawi-Politik darstellte, bildete die Basis für die Revolution von 1979. Denn die wirtschaftliche und

¹⁴ Vgl. ebd.

soziokulturelle Entwicklung ging einher mit politischer Unterentwicklung.

Der Ölreichtum der siebziger Jahre gab dem Schah und seinen Beratern die Mittel an die Hand, um das Militär auf- und das Land zu einer Regionalmacht auszubauen. Die Ambitionen des Schahs deckten sich mit den politischen Interessen der USA. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte sich Großbritannien vom Persischen Golf zurückgezogen. Washington entschloss sich dazu, Iran als neuen Polizisten in der Region einzusetzen – in der Annahme, das Land bleibe politisch stabil und auf westlicher Linie. Am 30. Mai 1972 machten US-Präsident Richard M. Nixon und Außenminister Henry A. Kissinger auf dem Rückweg von Moskau Station in Teheran. Dieses Treffen führte zu einer radikalen Neuausrichtung der amerikanisch-iranischen Beziehungen. In einer zweistündigen Diskussion hob Nixon den Schah freimütig gebeten haben: „Beschützen Sie mich.“¹⁵ Dieser kam der Aufforderung gerne nach. Denn Nixon hatte seinerseits zugesagt, Iran hoch entwickelte Militärtechnologie zu verkaufen. In den folgenden vier Jahren kaufte der Schah moderne Waffen im Wert von rund neun Milliarden US-Dollar. In der Folge verwickelte er Iran in regionale Konflikte wie am Horn von Afrika. Iranische Soldaten kämpften auch im Auftrag der Westmächte, um in Oman einen Aufstand gegen den Herrscher – einen Protegé der Briten – zu unterdrücken. Bis 1975 unterstützte Iran rebellierende Kurden in Irak – im Einklang mit den USA und Israel, die versuchten, das revolutionäre Regime in Bagdad zu destabilisieren.

Über den wachsenden Widerstand gegen diese militärischen Abenteuer des Schahs, die sich – im Bündnis mit den nichtmuslimischen Staaten USA und Israel – gegen muslimische Bruderstaaten richteten, ist viel geschrieben worden. Das gilt auch für die Feindseligkeit des Schahs gegenüber den arabischen Ländern; diese ging so weit, dass Iran im Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973 Israel mit Öl versorgte.

Auch die Korruption der herrschenden Elite in Iran und der Verlust der kulturellen Identität sind beschrieben worden. Mitte der siebziger Jahre, als selbst ernannte Guerilla-Gruppen Gewalt gegen amerikanische Beamte und Ziele ausübten, schrillten in Washington die Alarmglocken. Die iranische Opposition war allerdings noch sehr zersplittert und uneins. Als Präsident Jimmy Carter 1976 sein Amt antrat, glaubte die neue Regierung, Iran könne gerettet werden. Carter wahrte zwar sehr viel mehr Distanz als seine Vorgänger, hielt aber

an der amerikanischen Überzeugung fest, ein sicherer und stabiler Iran sei von großer Bedeutung für die strategischen Interessen der USA in der Region.

Carters Politik als Katalysator der Revolution

Die Menschenrechtspolitik von US-Präsident Carter und seine Entschlossenheit, die amerikanischen Waffenverkäufe zu reduzieren und auf die Regionen zu beschränken, in denen die USA Länder in Abhängigkeitsbeziehungen halten wollten, erwies sich als Katalysator der bisher unterdrückten Spannungen und Konflikte. Die westlichen Medien – einschließlich der amerikanischen – begannen offener über die Unterdrückung durch das Pahlawi-Regime zu schreiben. In Büchern wurden die Brutalität des von Amerikanern und Israelis trainierten Geheimdienstes SAVAK, die weit verbreitete Korruption und die dunklen Geschäfte des Regimes mit westlichen Unternehmen beschrieben. Bei einem Besuch in Washington kam es zu Straßendemonstrationen gegen den Schah und seine Frau, angeführt von iranischen Oppositionsgruppen. In Fernsehinterviews wurden nun – anders als in der Vergangenheit – keine Anstrengungen mehr unternommen, ein positives Bild des Monarchen zu zeichnen. US-Regierungsvertreter rieten dem Schah, sein Regime zu liberalisieren und die Korruption im Land zu bekämpfen, allem voran in seiner Familie. Die Reformen griffen zu kurz und kamen zu spät. Im Oktober 1978 diskutierten einige US-Regierungsexperten und wissenschaftliche Berater bereits über Verhandlungen mit Ayatollah Khomeini, der sich damals in Frankreich aufhielt und eine triumphale Rückkehr nach Iran vorbereitete.

Dem bisher zugänglichen Material über die Revolution nach zu urteilen, war die Regierung Carter in der Frage der Reaktion auf die Ereignisse in Iran stark gespalten. Sie stand dabei mehreren außenpolitischen Problemen gegenüber: der Vertrag zur Begrenzung strategischer Waffen mit Moskau, die Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel in Camp David, die Normalisierung der Beziehungen zu China und nicht zu vergessen die sowjetische Einmischung in Afghanistan. Die US-Politiker und ihre Berater standen vor der zentralen Frage: „Wie können die amerikanischen Interessen in der Region gewahrt werden, wenn der Schah stürzt?“¹⁶ Einerseits versi-

15 Nicht genannte Quelle, zit. in: G. Sick, *All Fall Down: America's Tragic Encounter with Iran*, New York 1986, S. 16.

16 Ebd., S. 47.

cherten sie den Schah in regelmäßigen Abständen der amerikanischen Unterstützung und stimmten dem Verkauf von Waffen an Teheran zu, um den Aufbruch zu bekämpfen. Andererseits suchten einige Regierungsvertreter unter den Führern der gemäßigten Opposition und den Mullahs nach möglichen neuen Gesprächspartnern. Von November 1978 bis zur Flucht des Schahs im Januar 1979 sorgten einander widersprechende Szenarien für Iran für hitzige Debatten; dabei standen sich das Weiße Haus auf der einen Seite und das US-Außenministerium auf der anderen Seite gegenüber. Zbigniew Brzezinski, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Carter, befürwortete eine Unterstützung für den Schah; Henry Precht, der Chef der Iran-Abteilung im Außenministerium, und später auch Außenminister Cyrus Vance selbst sprachen sich dafür aus, auf Khomeini zu setzen. Khomeini, von den moderaten Kräften im Exil als gemäßigt beschrieben, wurde als eine Persönlichkeit dargestellt, die helfen würde, in Iran eine wahrhaft legitime und liberale Regierung wiederherzustellen. Die Sprecher Khomeinis in Europa und den USA charakterisierten ihn als eine ernsthafte, rationale Persönlichkeit des öffentlichen Lebens und versicherten der westlichen Öffentlichkeit, dass Iran ein verlässlicher Verbündeter des Westens bleiben werde. Mehdi Bazargan, den Khomeini als Interims-Premierminister vorschlug, sowie die anderen Mitglieder der provisorischen Regierung waren moderne, westlich gebildete und weltlich orientierte Liberale.

Was nur wenige Monate zuvor noch nicht als unausweichlich erschien, wurde nun Realität: Der Schah wurde gestürzt, und Khomeini kehrte nach Teheran zurück, von großen Massen als Retter der Nation gepriesen. In dieser frühen Phase der Revolution war das Wesen des neuen Regimes noch nicht klar erkennbar. Zwischen den verschiedenen Fraktionen tobte ein heftiger Machtkampf. Zudem war Khomeini noch nicht als unumstrittener, alleiniger Führer des revolutionären Iran akzeptiert. Die rhetorischen Täuschungsmanöver der verschiedenen Gruppen und die gegenseitigen Anschuldigungen vermochten kaum die Tatsache zu verdecken, dass die ideologisch vielschichtige Allianz, die zum Sturz des Schahs geschmiedet worden war, auseinanderbrach.

Auch wenn es nach außen hin so schien, war die Situation doch nicht komplexer als 1953. Die Mittelschicht war breiter und stärker geworden. Die weltlichen Kräfte waren bereit, die Macht zu übernehmen. Sie hatten nichts dagegen, dass Khomeini nominell als Kopf der revolutionären Bewegung agierte. Denn sie vertrauten darauf, dass er sich – wie er es versprochen hatte – in seine Moschee zurückziehen werde, sobald seine Mission erfüllt

war. Hatten die säkularen Kräfte ihre Fähigkeit, die Mullahs zu überstimmen, überschätzt? Die inzwischen veröffentlichten Memoiren einiger Akteure von damals lassen darauf schließen, dass Khomeini alle überrascht hat. Viele sprachen von der „entführten Revolution“.

Geiseldrama und innenpolitischer Machtkampf

Zweifellos haben westliche Medien und Experten die Rolle der säkularen Kräfte heruntergespielt und die religiösen Elemente der Revolution betont, die Dritte-Welt-Slogans, die antiamerikanischen, antiwestlichen und antimodernen Slogans.¹⁷ Nach den Fernsehbildern zu urteilen, die täglich in den USA und Europa gezeigt wurden, hatte sich Iran beinahe über Nacht gegen alles gewandt, was das Land in rund einem Jahrhundert erreicht hatte. Dennoch: Universitäten und andere Institutionen der höheren Bildung verteidigten ihre Autonomie gegen den Einfluss der Mullahs. Frauen demonstrierten auf den Straßen gegen den Schleier. Wichtiger noch, im Hintergrund arbeiteten Mitglieder der neuen Regierung daran, freundschaftliche Kontakte zur US-Botschaft aufzubauen. Interims-Premierminister Mehdi Bazargan traf US-Präsidentenberater Brzezinski anlässlich einer Konferenz in Algerien, um über Waffenlieferungen zu sprechen, die das Schah-Regime bereits bezahlt hatte. Das Bild vom Handschlag der beiden Männer wurde in der iranischen Presse veröffentlicht und lieferte den radikalen Kräften einen Vorwand, um den Premierminister und sein Kabinett aus gemäßigten Liberalen zu demontieren. Es wurde als Hinterlassenschaft des Pahlewi-Regimes verunglimpft und zum Rücktritt gezwungen.

Den Anschlag auf die US-Botschaft in Teheran und das darauf folgende Geiseldrama interpretierte die US-Führung als klaren Beweis für Khomeinis unversöhnliche antiamerikanische Haltung. Die so genannten „studentischen Gefolgsleute der Khomeini-Linie“, wie sie sich selbst bezeichneten, führten nach eigenen Angaben Anordnungen ihres Führers aus. Es gab jedoch keinen Hinweis darauf, dass Khomeini Kenntnis

¹⁷ Vor einigen Jahren sendete das ABC-Fernsehen eine Serie von Berichten zur eigenen Berichterstattung des Senders über die iranische Revolution und die Geisel-Krise. Die darin interviewten Kameraleute gaben zu, dass sie sich vor allem auf die Menschenmenge konzentriert hätten, die anti-amerikanische Slogans rief, um das auf dem Bildschirm dargestellte extremistische Klima zu unterstreichen, während nur wenige Meter vom Botschaftsgebäude entfernt die Menschen ihren normalen Alltagsgeschäften nachgingen, ruhig und gleichgültig gegenüber der Botschaftsszene.

von der Aktion hatte, auch wenn er sie umgehend sanktionierte. Der Anschlag auf die amerikanische Botschaft kam daher einer Palastrevolution gleich: Khomeini übernahm die gesamte Macht im Land.

Das Geiseldrama, das 444 Tage andauerte und sicher der Grund für die Wahlniederlage Carters 1980 war, ist noch nicht eingehend untersucht. Im Oktober 1979 bat der schwer krebserkrankte Schah um Aufnahme in ein US-Krankenhaus. Das Außenministerium sandte Henry Precht nach Teheran, um die Entscheidung mit iranischen Regierungsvertretern zu besprechen. Precht vertrat den Standpunkt, es handle sich um eine rein humanitäre Frage, die keine politische Bedeutung habe. Bruce Laingen, Geschäftsträger in der US-Botschaft, forderte zusätzlichen Polizeischutz an, der vom Teheraner Polizeichef persönlich überwacht werden sollte. Premierminister Bazargan und Ibrahim Yazdi, der iranische Außenminister, äußerten ihre Besorgnis über die möglichen Folgen, welche die amerikanische Entscheidung im Hinblick auf die instabile politische Lage im Land mit sich bringen könne. Am 22. Oktober traf der Schah in New York ein; am 1. November fand das Treffen in Algier statt, am 4. November wurde die US-Botschaft in Teheran besetzt. Zum selben Zeitpunkt versicherte Yazdi Laingen im Außenministerium, dass sich die Situation in wenigen Tagen entspannen werde. Tatsächlich trat Premierminister Bazargan jedoch am nächsten Tag zurück.

Die Geiselnahme war vor allem ein innenpolitisches Thema; sie zielte auf die provisorische Regierung und deren Verbündete. Bazargan und seine Kollegen hatten gerade eine Verfassung für die neue Demokratische Republik Iran konzipiert. Sie wollten dem Land einen liberalen und pluralistischen Rahmen geben. Khomeini und seine Berater entwarfen in der Zwischenzeit ihr eigenes Konzept einer Islamischen Republik Iran. Bei dem heftigen Ringen beider Lager ging es um nicht weniger als die künftige Machtstruktur und die politische Kultur des Landes. Viele der politisch aktiven Gruppen, darunter auch einige eher gemäßigte und unpolitische Mullahs, befürworteten den Entwurf Bazargans. Diese Gruppen waren gegen Khomeinis Doktrin der „Herrschaft der Geistlichen“, die dieser in die Verfassung aufnehmen wollte. Diese Doktrin hatte es in der Geschichte des Iran noch nie gegeben, und sie war auch nicht Teil der schiitischen Lehre.¹⁸ Es handelte sich um eine revolutionäre Innovation.

18 Vgl. Mangol Bayat, *The Iranian Revolution of 1978–79: Modern or Fundamentalist?*, in: *Middle East Journal*, (1983). Zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung bezeichneten viele Wissenschaftler, einschließlich des Herausgebers der Zeitschrift, diesen Artikel als „umstritten“. Heute stellt diese Analyse die allgemeine Sicht dar.

Irans Revolutionäre verteidigten den Angriff auf das „Nest der Vipern“, wie sie die US-Botschaft nannten, als Akt legitimer Selbstverteidigung gegen die teuflischen Absichten des „Großen Satan“ – die USA – und seines Verbündeten, des „Kleinen Satan“ Israel. Mit dem Reißwolf vernichtete Dokumente, die auf dem Botschaftsgelände in Teheran gefunden und akribisch wieder zusammengesetzt wurden, sollten der Öffentlichkeit als Beweis für die konspirativen Pläne der Amerikaner dienen, die diese angeblich mit Hilfe der iranischen Verräter gegen die Nation schmiedeten. Washington verurteilte diese offenkundige Verletzung internationalen Rechts in schärfster Form. Die Verhandlungen zwischen den Regierungen dauerten Monate. Die Hoffnung auf eine Freilassung der Geiseln zerschlug sich rasch wieder. Gerüchte machten die Runde, dass die USA über geheime Kanäle auch mit Mitgliedern aus Khomeinis Kreis verhandelten. Im Frühjahr 1980, der Präsidentschaftswahlkampf war in vollem Gange, stand das Geiseldrama ganz oben auf der politischen Agenda Carters.

Im April setzten die Entscheidungsträger zunehmend auf eine militärische Lösung zur Beendigung der Geiselnahme. Bis dahin hatte Washington keine Gelegenheit ausgelassen, um eine diplomatische Lösung der Krise herbeizuführen. Berichten zufolge „schien die militärische Besetzung Afghanistans durch die Sowjetunion im Dezember 1978 erneute Beweise dafür geliefert zu haben, dass die USA und Iran grundlegende Sicherheitsinteressen teilten, egal wie weit ihre Politik auch voneinander abweichen mochte (. . .) Zu diesem Zeitpunkt eine militärische Aktion gegen Iran zu führen hätte zur politischen Destabilisierung regionaler Regierungen geführt und die amerikanischen Bemühungen um die Schaffung eines regionalen Sicherheitsrahmens unterbrochen“¹⁹. Sowohl Präsident Carter als auch Außenminister Vance teilten die Haltung zur Außenpolitik im Allgemeinen und zur Sowjetunion im Besonderen. Sie glaubten an die Bedeutung der Diplomatie und waren „grundsätzlich davon überzeugt, dass der Weg zum Frieden über vorsichtige Kommunikation und fortgesetzte Diskussion der Themen führe und nicht über wilde Drohungen“²⁰.

Das Scheitern aller Bemühungen veranlasste den nationalen Sicherheitsberater Brzezinski, die militärische Option vorzubereiten. Jedoch misslang die Rettungsoperation am 24. April, über die in Abwesenheit von Außenminister Vance entschieden worden war. Schlechtes Wetter und technische Probleme brachten einen der eingesetzten Hub-

19 G. Sick (Anm. 15), S. 331.

20 Ebd., S. 342.

schrauber zum Absturz, weshalb Carter die Mission abbrechen musste. In den Meinungsumfragen stürzte der US-Präsident deutlich ab, Außenminister Vance trat aus Protest gegen den Militäreinsatz zurück. Die diplomatischen Verhandlungen wurden zwar fortgesetzt, aber sie gingen nicht rasch genug voran, um Carters Wiederwahl zu sichern. Die Geiseln wurden schließlich am Tag der Amtseinführung Ronald Reagans – am 20. Januar 1981 – freigelassen.

Die Einzelheiten der Verhandlungen, die schließlich zur Freilassung der amerikanischen Diplomaten führten, wurden erst nach dem Ende von Reagans Präsidentschaft bekannt. In der Amtszeit von George Bush sen. nahm sich Gary Sick, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates unter Carter und verantwortlich für die Iranpolitik, viel Zeit für eine gründliche Untersuchung. Seine Analyse – zunächst in Form einer Kolumne in der „New York Times“ veröffentlicht – bestätigte einige der wildsten Gerüchte, die im Herbst 1980 kursierten. Reagans Wahlkampfmanager hatten einen geheimen Deal mit einigen Beamten Khomeinis geschlossen: militärische Hilfe und Waffenlieferungen als Gegenleistung für eine Verschiebung der Freilassung der Geiseln bis nach den US-Präsidentschaftswahlen. Um „Überraschungen“ auszuschließen, hatten Reagans Männer die diplomatischen Bemühungen Carters sabotiert und die Rettung der amerikanischen Diplomaten unnötig hinausgezögert. Der Bericht Sicks erschütterte die politischen Zirkel Washingtons. Denn das umstrittene Buch brachte auch George Bush sen. ins Spiel, der als Vize-Präsident angeblich von den geheimen Treffen mit iranischen Abgesandten in Europa wusste.²¹ Dementis und Anschuldigungen folgten, und noch immer halten viele die Enthüllungen Sicks für eine Konspirationstheorie. Waren sie das?

US-Außenpolitik, Wahlkampf und der Iran-Contra-Skandal

Im September 1980 führte Saddam Hussein eine Invasion gegen die ölfreiche südiranische Provinz Khusistan durch. Der Krieg sollte acht Jahre dauern, zwei Millionen Opfer fordern und Milliarden von US-Dollar kosten. Beide Länder gingen aus dieser Auseinandersetzung, in der es keinen Sieger gab, geschwächt hervor. Beide Seiten erhielten

21 Vgl. ders., *October Surprise: American Hostages and the Election of Ronald Reagan*, New York 1991; R. Parry, *Trick or Treason: The October Surprise Mystery*, New York 1993.

Waffen und logistische Unterstützung von den Vereinigten Staaten; diese sahen in dem ersten Golfkrieg eine Möglichkeit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: erstens Iran am Export seiner Revolution in die Region zu hindern und zweitens allen Ambitionen Iraks vorzubeugen, das mit dem Tod des Schahs entstandene Machtvakuum am Golf zu füllen.

Der internationale Skandal während der Amtszeit Reagans schien eine beunruhigende Tatsache zu bestätigen: die Existenz einer geheimen Außenpolitik. Im Dezember 1986 veröffentlichte eine schiitische Zeitung in Beirut eine Geschichte, die beinahe zur Amtsenthebung des US-Präsidenten geführt hätte. Der Bericht betraf amerikanische Geiseln, die in Südlibanon von radikalen schiitischen Gruppen festgehalten wurden. In dem Artikel war von geheimen Verhandlungen zwischen Beamten des Weißen Hauses, israelischen und iranischen Regierungsvertretern, libanesischen, iranischen, saudischen und israelischen Mittelsmännern und internationalen Waffenhändlern die Rede. Demnach hätten die Amerikaner zugesichert, Waffen und Ersatzteile für militärisches Gerät im Austausch gegen die Geiseln zu verkaufen. Diese Geheimtreffen fanden zu einer Zeit statt, als Washington lauthals verkündete, es lehne Verhandlungen mit Gruppierungen und Regierungen, die internationales Recht missachteten, kategorisch ab. Berichten zufolge verwendete die US-Führung die Gewinne, um die Untergrund-Aktivitäten der Contra-Rebellen in Nicaragua zu unterstützen, was der US-Kongress verboten hatte. Der Iran-Contra-Skandal brachte verfassungswidrige Handlungen ans Licht, die im Weißen Haus geplant und entschieden worden waren: die illegale Finanzierung von CIA-Operationen, die noch geheimer als üblich waren, und die Einmischung nicht gewählter Beamter in hoch empfindliche internationale Angelegenheiten.

In den Gerichtsverfahren, die auf die Enthüllungen in der Presse folgten, war von „rogue individuals“ die Rede, von „schurkischen Einzelgängern.“²² Die entscheidendere Frage, ob es rechtmäßig war, Angelegenheiten von so großer internationaler Tragweite in solch unverantwortlicher Weise zu handhaben, wurde dagegen nicht einmal gestellt.

22 Vgl. A. Ben-Menashe, *The Profits of War: Inside the Secret US-Israeli Arms Network*, New York 1992; Leslie Cockburn, *Out of Control*, London 1987; J. Marshall/P.D. Scott/J. Hunter, *The Iran-Contra Connection: Secret Teams and Covert Operations in the Reagan Era*, Boston 1987; J. Tower/E. Muskie/B. Scowcroft, *The Tower Report*, New York 1987; S. Segev, *The Iranian Triangle*, New York 1988.

Innere Widersprüche auf beiden Seiten

Die Politik Irans war von inneren Widersprüche gekennzeichnet. So nahm das Regime zu Beginn der Revolution eine negative Haltung gegenüber Israel ein, baute aber innerhalb weniger Monate enge Beziehungen zu Tel Aviv auf. Während der Iran-Contra-Affäre denunzierte Teheran Israel und versicherte den Iranern und allen Muslimen, dass der Weg zur Befreiung Jerusalems über Bagdad führe. Gleichwohl kaufte Iran für den Kampf gegen die muslimischen Brüder in Irak Waffen von Israel. Die Aufsplitterung der politischen Macht in mehrere Fraktionen, die jeweils über eine eigene wirtschaftliche und institutionelle Basis verfügten, machte die Entscheidung schwierig, welcher Gesprächspartner in den Dialog eingebunden werden sollte.

Neue Regierungen in den USA und in Iran brachten in den späten achtziger und neunziger Jahren keine entscheidenden Veränderungen, weder für die diplomatischen Beziehungen noch in den politischen Standpunkten. Nach außen hin beharrten beide Seiten auf ihren Positionen. 1987 erließ die Reagan-Regierung eine Importsperr für die meisten iranischen Güter, einschließlich Teppichen. 1989 verhärtete sich Washingtons Haltung gegenüber Iran im Zuge der Salman-Rushdie-Affäre weiter. Viele gläubige Muslime in Großbritannien und Indien hielten die Neuerscheinung des Schriftstellers, die „Satanischen Verse“, für antiislamisch. Khomeini verhängte eine Fatwa, ein religiöses Dekret, mit dem er den Autor zum Tode verurteilte. Menschenrechtsvertreter und Intellektuelle in Europa und den Vereinigten Staaten waren empört. Die Situation verschlimmerte sich, als muslimische Fanatiker Übersetzer des Buches in Europa und Japan ermordeten, angeblich in Ausführung der Anordnung Khomeinis. Rushdie musste sich viele Jahre lang verstecken. Auch als die Demokraten unter Bill Clinton in den USA wieder an die Macht kamen, verbesserten sich die amerikanisch-iranischen Beziehungen nicht. Der Präsident räumte dem arabisch-israelischen Konflikt Vorrang ein, und einige proisraelische Berater ließen auch weiterhin Annäherungsversuche gemäßiger iranischer Kräfte abblitzen.

Mit den unbeweglichen Positionen auf beiden Seiten zog die „Konfrontationsspirale“, so Richard Cottam, an.²³ Dabei stimmten beide Länder in einer Reihe von regionalen Fragen überein, etwa hinsichtlich Afghanistans, im aserbaidzhanisch-

armenischen Konflikt und später gegenüber Bosnien und Kosovo. Martin Indyk, Mitarbeiter im Nationalen Sicherheitsrat und früherer Direktor einer pro-israelischen Denkfabrik, des Washingtoner Instituts für Nahost-Politik, verkündete 1993 die neue Politik des „dual containment“, der doppelten Eindämmung von Iran und Irak; diese ersetzte die bisherige Politik eines Machtgleichgewichts zwischen beiden Ländern. Sowohl Iran als auch Irak galten nach dem Ende des ersten Golfkrieges sowie nach dem Krieg der Alliierten gegen Irak als besonders verwundbar.

Die neue Politik sollte diese Verletzbarkeit nutzen. Die „dual containment“-Politik nannte fünf Punkte, in denen Iran sein Verhalten ändern sollte, bevor die USA einer Wiederannäherung zustimmen könnten: die Unterstützung des internationalen Terrorismus, die Unterstützung für die palästinensische Organisation Hamas und die Zurückweisung von arabisch-israelischen Friedensgesprächen, die Unterstützung für subversive islamische Bewegungen in der ganzen Welt, die militärische Aufrüstung und der Erwerb von Massenvernichtungswaffen.²⁴ Alle amerikanischen Entscheidungen in Bezug auf Iran waren von dieser Strategie bestimmt; damit waren auch die vorsichtigen Versuche Irans obsolet, die Beziehungen zu den USA zu verbessern. US-Außenminister Warren Christopher bezeichnete Iran vor dem Senat als international geächteten Staat und setzte das Land mit Irak gleich. Er wies mehrfach auf die Notwendigkeit eines Regimewechsels in beiden Ländern hin.

Die Medien brachten nahezu täglich Berichte über Menschenrechtsverletzungen in Iran, über die iranische Zurückweisung des Existenzrechts Israels und die Unterstützung des Landes für den Terrorismus. Einige US-Vertreter waren mit dieser Dämonisierung des Landes nicht einverstanden und argumentierten, es sei Iran, das bedroht und international isoliert sei.²⁵ Der Umgangston blieb jedoch unverändert hart, härter als unter allen vorangegangenen Regierungen, ob demokratisch oder republikanisch. Paradoxerweise stiegen in den Jahren 1992 und 1993 die Exporte der USA nach Iran und die Ölimporte aus Iran, was zu öffentlicher Kritik der amerikanischen Hardliner führte. Am 30. April 1995 verkündete Clinton weitere Wirtschaftssanktionen gegen Iran. Die USA verhängten eine totale Sperre über alle Importe und

24 Diese Politik wurde zuerst in einer Rede vor dem Washington Institute angekündigt und dann in dessen Zeitschrift veröffentlicht: Policy Watch, (1993) 84. Eine ähnlich harte Linie findet sich auch bei Patrick Clawson, Iran's Challenge to the West: How, When? Why?, in: Policy Paper, (1993) 33.

25 Vgl. The Clinton Administration and the Future of US-Iran Relations, in: Middle East Insight, (1993) 3.

23 R. Cottams (Anm. 1).

Exporte und blockierten die Kreditvergabe seitens internationaler Finanzinstitute, sowohl an die iranische Regierung als auch an einzelne Bürger des Landes. Am 25. Mai 1995 hielt der Direktor für Nahost- und Südasien-Angelegenheiten des Nationalen Sicherheitsrates eine Rede, in der er die neuen Maßnahmen begründete. Er schloss: „Wir sind noch immer bereit, in einen Dialog mit autorisierten Vertretern der iranischen Regierung einzutreten. Wir glauben, dass Druck und Dialog zusammenwirken können (...). Die Politik des Containment (...) erfordert eine umfassende Reihe einseitiger Maßnahmen ebenso wie eine Reihe multilateraler Bemühungen.“²⁶ Gary Sick äußerte bei diesem Treffen heftige Kritik an den Sanktionen; er machte geltend, es gebe kein „auslösendes Ereignis“, das dies rechtfertige. Obwohl die Vereinigten Staaten nun die einzige Supermacht seien, könnten sie Iran ihren Willen nicht ohne die Unterstützung vieler anderer Länder aufzwingen, die diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Teheran unterhalten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt, fügte Sick hinzu, gebe es nur zwei Staaten, die der amerikanischen Strategie zustimmten: die USA und Israel. „Eine der Schwächen unserer Politik“, stellte er fest, „ist ihre Unverhältnismäßigkeit. Wir sind dabei, gegen den Iran sehr viel härtere Sanktionen zu verhängen, als wir gegen die Sowjetunion verhängt haben, die eine tatsächliche Bedrohung der amerikanischen nationalen Sicherheit darstellte, besonders auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.“²⁷

Der jetzige US-Präsident George W. Bush versprach im Wahlkampf, er werde sich nicht mehr so intensiv der Nahostpolitik widmen wie sein Vorgänger Clinton. Zudem äußerte er die Überzeugung, dass die Vereinigten Staaten der Welt ein weniger arrogantes Gesicht zeigen und bescheidener auftreten müssten. Er vertraue auf mitfühlenden Konservatismus, so Bush junior. Inzwischen ist jedoch deutlich geworden, dass er einen Krieg gegen Irak von Beginn seiner Regierungszeit an als notwendig erachtete. Bushs Kabinett und sein

26 Middle East Policy Council, Washington, D. C., 25. Mai 1995.

27 Ebd.

Beraterkreis bestehen aus Neokonservativen, die nun ihre Agenda umsetzen: globale Hegemonie durch einseitige Handlungen sowie eine Verteidigungsstrategie, die weniger als in der Vergangenheit auf Europa und die Vereinten Nationen baut und auf einer manichäischen Weltansicht beruht. In seiner Rede zum Amtsantritt bezeichnete Bush Iran, Irak und Nordkorea als „Achse des Bösen“. Die Tragödie vom 11. September 2001 hat den Irak-Krieg nicht ausgelöst; dieser stand bereits auf der Agenda der Neokonservativen.²⁸ Ist Iran als nächstes Land an der Reihe? Die starke Beanspruchung der amerikanischen Ressourcen in Irak lässt daran zweifeln. Mehr noch: Die meisten politischen Berater verneinen jede Absicht eines Angriffs auf Iran und äußern ihr Vertrauen in das iranische Volk, das sich früher oder später gegen das Regime in Teheran erheben werde.

Die Politik im Kalten Krieg war rationaler, und die bipolare Weltordnung ermöglichte die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung. Ideologische Auseinandersetzungen sind kein Thema mehr; kulturelle und religiöse Konflikte haben sie ersetzt. Samuel Huntington, dessen Thesen vom „Zusammenstoß der Zivilisationen“ zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung von einem Großteil der amerikanischen Intellektuellen als erfunden und gefährlich zurückgewiesen wurden, kann nun den Anspruch erheben, dass ihm die Geschichte Recht gegeben habe. Hat sie das? Die Bücher, die amerikanische neokonservative Gelehrte in den neunziger Jahren veröffentlicht haben, sagten in der Tat Chaos und Anarchie voraus, religiöse und ethnische Kriege, eine menschliche Gesellschaft, die auf den ursprünglichen Zustand des Überlebens der Stärkeren zurückgeworfen sei. Handelt es sich also um eine „self-fulfilling prophecy“?

28 Das „Projekt für das Neue Amerikanische Jahrhundert“ ist eine Gruppe, die 1997 gegründet wurde, angeführt von William Kristoll and Robert Kagan. Kagan schrieb zusammen mit Garry Schmitt and Thomas Donnelly den Bericht „Rebuilding America's defenses“, der im Jahr 2000 veröffentlicht wurde. Es ist die Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Verteidigungsstrategie, die Dick Cheney 1992 verfasst hatte, als er Verteidigungsminister in der Regierung von Bush Senior war. Letzterer hatte diesen Bericht rasch unterdrückt. Vgl. A. Schlesinger, *Eyeless in Iraq*, in: *New York Review of Books* vom 22. September 2002.

Iran und die arabische Welt

25 Jahre nach der iranischen Revolution nähern sich die Beziehungen Irans zu seinen arabischen Nachbarn wieder den Mustern während der Pahlavi-Herrschaft an. Iran versucht über die üblichen Instrumente der Außenpolitik, seinen Einfluss in der Region – vor allem gegenüber den unmittelbaren Nachbarstaaten am Golf – zur Geltung zu bringen. Der Export der Revolution, einst das erklärte Ziel von Ajatollah Chomeini und seinen radikalen Anhängern, ist Geschichte. Wenige Jahre nach dem Sturz von Schah Reza Pahlavi hat die Revolution auch in ihrem Ursprungsland an Glanz verloren. Der wiederholte Wahlsieg von Präsident Mohammed Chatami ist Ausdruck des Strebens nach Normalität. Nach den ersten turbulenten Revolutionsjahren ist Iran auf dem Weg zu einem „normalen“ Nationalstaat.¹ Die Normalität des iranischen Staates bedeutet aber nicht, dass sich das Land aus dem komplizierten Geflecht von Beziehungen, Verpflichtungen und Verwicklungen mit den arabischen Nachbarstaaten lösen kann.

Darüber hinaus steht Iran vor ererbten regionalen Problemen wie Grenzstreitigkeiten. Über die Interessen des iranischen Nationalstaats hinaus muss es sich mit der außenpolitischen Hinterlassenschaft des Chomeinismus befassen. Hierzu gehören die Wiederherstellung von normalen politischen und diplomatischen Beziehungen mit den Staaten der Region, eine realistischere Haltung zum Nahostkonflikt und die Neugestaltung der Beziehungen zu militanten Gruppen.

Bei den bilateralen Beziehungen zu den arabischen Staaten spielt das Verhältnis Irans zu den USA keine unwesentliche Rolle. Zum einen entwickeln sich die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Iran im Kontext der Dynamik der regionalen Beziehungen. Zum anderen versuchen die USA, den Iran in der Region zu isolieren, um diesen – wie im Rahmen der „Dual Containment“-Strategie der Clinton-Administration – zu politischen Konzessionen zu zwingen.

Im vorliegenden Beitrag werden die Beziehungen Irans zu den arabischen Staaten vor dem Hintergrund der Verflechtung des Vorderen Orients in die internationale Politik untersucht. Dabei soll

¹ Iran wurde von den Anhängern Chomeinis als „Um al-Qura“ bezeichnet. „Um al-Qura“ ist ein Beiname von Mekka und bedeutet „Mutter der Dörfer“; damit soll der Zentralismus Irans – wie einst Mekka – bezeichnet werden.

herausgestellt werden, inwieweit die regionalen Beziehungen Einfluss auf das System in Teheran haben. Schließlich soll die Frage untersucht werden, ob der „Fall“ Saddam Hussein iranische Politik, insbesondere die Außenpolitik, verändert hat.

Iran und Ägypten

Die iranisch-ägyptischen Beziehungen sind seit der ägyptischen Revolution von 1952 von zahlreichen Divergenzen gekennzeichnet. Lediglich in der Ära Anwar el-Sadat entwickelte sich das Verhältnis positiv. Die engen Beziehungen zum Pahlavi-Regime und die Aufnahme des schwer erkrankten Schahs in Ägypten 1979 bildeten die Grundlage für eine lange und anhaltende Phase der Spannungen zwischen beiden Ländern. Ägypten hatte während des achtjährigen irakisch-iranischen Krieges Irak unterstützt. Massive Waffenlieferungen trugen nach 1982 dazu bei, dass Irak sein Territorium verteidigen konnte, nachdem Iran zuvor eine Reihe von Schlachten gewonnen und die irakische Armee aus Iran gedrängt hatte.

Die Spannungen zwischen beiden Staaten wurden durch die Vorwürfe Ägyptens verstärkt, Iran unterstütze die ägyptischen Islamisten, die Dschihad-Gruppe und die islamische Gruppe Jamat Islamiya materiell und politisch. Eine wichtige Frage, die stets zu Differenzen zwischen Kairo und Teheran führte, war das Bestreben Irans, eine dominante Rolle in der Golfregion zu spielen. Iran legitimierte diesen Anspruch durch die Tatsache, dass es als größter Anrainerstaat das Recht habe, in der Frage der Sicherheit am Golf mitzubestimmen. Ägypten, das sich stets als Zentrum der arabischen Welt betrachtete, wollte dagegen verhindern, dass andere regionale Mächte – einschließlich Iran – ihm diese Rolle streitig machten. Die Doktrin der „ägyptischen Rolle“, also der zentralen Rolle Ägyptens in der arabischen Welt, kam nach einer relativ kurzen Phase der Isolierung des Landes nach den Verträgen von Camp David (1978) seit Ende der achtziger Jahre erst wieder voll zur Geltung. Veränderungen in Iran nach dem Tode von Ayatollah Chomeini im Juni 1989 und die Reintegration Ägyptens in das so genannte arabische Regionalsystem (al-nizam al-iqlimi al-arabi) Ende der achtziger Jahre führten zu einer

langsamen Entspannung, die sich über mehr als zwei Dekaden vollzog.

Der irakische Überfall auf Kuwait im August 1990 schuf günstige Bedingungen für eine Normalisierung der iranisch-ägyptischen Beziehungen. Dennoch vollzog sich die Annäherung nur sehr langsam und nicht problemlos. Von ägyptischer Warte standen weiterhin drei Fragen im Raum: Ägypten fürchtete noch immer, dass Iran danach strebe, seine Vorherrschaft am Golf durchzusetzen. Zudem akzeptierte Iran die prowestliche außenpolitische Orientierung Ägyptens in der Nach-Nasser-Ära nicht. Die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Ägypten wurde von Teheran mit Argwohn beobachtet. Ägyptische Vorwürfe, dass Iran immer noch den Export der Revolution anstrebe, ägyptische Islamisten unterstütze und in der Golfregion eine Vormachtstellung aufzubauen versuche, führten zu einem eher vorsichtigen Kurs. Iran war zwar unter den Präsidenten Haschemi Rafsandschani und Chatami bestrebt, die Beziehungen zu dem größten arabischen Staat zu normalisieren. Die Interessenlage und die unterschiedlichen Auffassungen im konservativen und liberalen Lager verhinderten aber eine von Iran getragene Entspannungspolitik.²

Zwischen dem zweiten und dem dritten Golfkrieg lassen sich Ansätze für eine Entspannungspolitik, aber auch deutliche Differenzen beobachten. Die Erklärung von Damaskus vom März 1991 und die iranische bzw. ägyptische Haltung dazu ist ein Beispiel für die problematischen bilateralen Beziehungen. Nach dieser Erklärung, die von den Staaten des Golfkooperationsrats (GCC) sowie von Ägypten und Syrien unterzeichnet wurde, sollte Ägypten und Syrien eine wichtige Rolle in der Sicherheitspolitik am Golf zukommen. Iran fühlte sich zum einen von diesem neuen Zusammenschluss ausgeschlossen, zum anderen wollte es die Einmischung der Nichtgolfstaaten in die Angelegenheiten der Golfregion nicht akzeptieren. Fest steht, dass die Golfstaaten selbst die Idee einer arabischen Sicherheitsgarantie für die Golfregion als nicht sehr effektiv betrachteten. Sie unterzeichneten bald Sicherheitsverträge mit den USA, mit Großbritannien und Frankreich, aber die ablehnende Haltung Irans blieb nicht ohne Echo. Einige GCC-Staaten, vor allem Oman und Katar, wollten die iranischen Vorbehalte nicht ganz außer Acht

2 Vgl. hierzu Fahmi Huwaidi, *al-khitab al-siyasi wa al-i'lamii lada al-hukumat wa al-nukhat wa tathir dhalik fi al-'alaqat al-'arabiya-al-iraniya* (Der politische und kommunikative Diskurs der Regierungen und der Eliten und deren Einfluss auf die arabisch-iranischen Beziehungen), in: Markaz al-Dirasat al-wahda al-'arabiya, *al-'alaqat al-'arabiya-al-iraniya* (Zentrum für Arabische Einheit: die arabisch-iranischen Beziehungen), Beirut 1997, S. 233–254.

lassen. Ägypten bewertete die iranische Haltung als feindselig. Die Berichterstattung der halböffentlichen ägyptischen Presse über Iran und die iranische Golfpolitik war auffallend negativ.

Trotz des gegenseitigen Misstrauens entschied sich Iran im November 1991 zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ägypten. Dass die Differenzen nicht völlig behoben waren, zeigte die Beschränkung der diplomatischen Vertretung auf die Ebene der Geschäftsträger. Die Begründung für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen durch den Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses im iranischen Parlament, Sayed Rajaye Chorasani, dürfte wenig zur Entspannung beigetragen haben: „Die Sadat-Regierung, die mit dem zionistischen Regime Frieden geschlossen hat, hat ihre gerechte Strafe erhalten.“³ Diese Äußerung war für die Regierung Hosni Mubarak, die Sadats Nahostpolitik fortsetzte und zu den Stützen des Nahost-Friedensprozesses in den neunziger Jahren zählte, wenig schmeichelhaft.

In der zweite Hälfte der neunziger Jahre, aber vor allem nach der Wahl Chatamis zum neuen iranischen Präsidenten 1997, kam es zu einem außenpolitischen Kurswechsel. Attentate gegen iranische Oppositionelle im Ausland, extreme Entscheidungen bei außenpolitischen Fragen sowie die Nichtbeachtung internationaler Normen sollten der Vergangenheit angehören. Als Zeichen der neuen Außenpolitik unter Chatami besuchte der ägyptische Außenminister Amr Musa Ende der neunziger Jahre Iran. Der iranische Außenminister Kamal Charrazi erwiderte 2001 den Besuch und traf mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak zusammen.⁴ Dieser Besuch wurde zum Anlass genommen, den Terroranschlag vom 11. September 2001 zu verurteilen und den Terrorismus abzulehnen.

Das Treffen von Chatami und Mubarak im Dezember 2003 in Genf dürfte der vorläufige Höhepunkt in den bilateralen Beziehungen gewesen sein. Chatami erklärte allerdings, dass nicht alle Differenzen ausgeräumt seien. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich auf regionale Fragen wie die iranische Golfpolitik und die Regelung des Nahostkonflikts, aber auch auf symbolische Fragen wie die Umbenennung einer Straße in Teheran, die nach dem Mörder des ägyptischen Präsidenten Sadat, Khalid Islambuli, benannt worden war.⁵ Abgesehen von diesen Differenzen

3 Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 6. 11. 1991.

4 Vgl. Soha Abdelaty/Nevine Khalil, *Iran and Egypt move „closer together“*, in: *Al-Ahram Weekly* vom 4. 10. 2001.

5 Die iranische Regierung erklärte Anfang Januar 2004, dass sie die Straße umbenennen wolle. Vgl. dazu *al-Hayat* vom 6. 1. 2004.

dürfte Ägypten den iranischen Einfluss in der arabischen Welt weiterhin ablehnen, weil es die Schwächung der eigenen Rolle in diesem Raum befürchtet.⁶

Iran, Syrien und Hizbollah – eine strategische Allianz?

Die iranisch-syrischen Beziehungen weisen seit 25 Jahren eine bemerkenswerte Stabilität auf. Trotz der großen regionalen Veränderungen, wie der irakisch-iranische Krieg, die beiden von den USA angeführten Kriege gegen Irak, die allmählichen Veränderungen in Iran seit dem Tode Ayatollah Chomeinis 1989 sowie der Tod von Hafiz al-Asad im Jahre 2000, wurden diese Beziehungen aufrechterhalten. Ungeachtet der Stabilität der Beziehungen waren diese primär pragmatisch und nicht immer frei von Widersprüchen und Differenzen. Das Baath-Regime in Damaskus war und ist – bei allem Pragmatismus und Opportunismus, den Hafiz al-Asad in seinem außenpolitischen Kurs stets zeigte – arabisch-nationalistisch orientiert, während das iranische Regime, auch in der Post-Chomeini-Ära, die iranischen Nationalinteressen in panislamischen Farben präsentierte.⁷

Drei Aspekte können als gemeinsamer Nenner dieser beiden unterschiedlichen Systeme bezeichnet werden: die Haltung gegenüber der Baath-Regierung in Irak, die Libanon-Politik und die Haltung zum Nahostkonflikt. Syrien unterstützte bekanntlich als einziger arabischer Staat im ersten Golfkrieg Iran und musste die Auseinandersetzungen mit Irak und die unausgesprochenen Sanktionen der arabischen Staaten, allen voran Rententallokationen der arabischen Erdölstaaten, in Kauf nehmen. Die Konfrontation mit Irak ging soweit, dass Syrien durch die Sperre der Erdöl-Pipeline, die Irak mit dem Mittelmeer verbindet, den Krieg führenden Staat Irak finanziell stark schädigte. Iran versuchte, die finanziellen Verluste Syriens durch Erdöllieferungen zu kompensieren. Die Einstellung bzw. Reduzierung der Unterstützungszahlungen der Erdölstaaten, die schon nach der syrischen Intervention im Libanon verhängt worden war, konnte nicht voll kompensiert werden.

6 Vgl. hierzu Abu Amud, Muhammad Sa'ad, *al-'alaqat al-'arabiya – al-'arabiya fi al-nisf al-thani min al-qirn al-'ishrin* (Die arabisch-arabischen Beziehungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts), in: *al-Siyasa al-Duwaliya*, Nr. 139 (Januar 2000), S. 8–28.

7 Zu den syrisch-iranischen Beziehungen vgl. Hussein J. Agha/Ahmad S. Khalidi, *Syria and Iran. Rivalry and Cooperation*, London 1995.

Der Libanon ist das Land, in dem das iranisch-syrische Bündnis konkrete Politik betreibt. Das Land ist aber zugleich auch der Ort, an dem die Differenzen offenbar werden. Syrien bemächtigte sich infolge der Intervention von 1976 des Staates Libanon und versuchte, durch militärische Präsenz und wechselnde Allianzen mit den libanesischen Akteuren, seine Prädominanz auf längere Sicht zu sichern. Nach der Islamischen Revolution begann Iran im Rahmen seiner Bemühungen, Einfluss in der arabisch-islamischen Welt zu gewinnen, das Revolutionsmodell zu exportieren und die libanesischen Schiiten, die in den siebziger Jahren unter der Führung von Musa al-Sadr politisiert worden waren, zu unterstützen. Deren Organisation „Al-Amal“ entsprach nicht unbedingt den Wünschen der Mullahs in Ghom und Teheran. „Al-Amal“ wurde, auch wenn sie schiitisch war, von Laien wie etwa Nabih al-Bari angeführt. Sie war also keine fundamentalistisch-islamistisch geprägte Organisation, und ihr Interessengebiet beschränkte sich auf den Libanon. Präziser formuliert: Sie versuchte, die Position der Schiiten im Libanon zu verbessern. Anfang der achtziger Jahre machte die Hizbollah auf sich aufmerksam. Diese Gruppierung entsprach dem iranischen Modell, war islamistisch-fundamentalistisch, militant und zielte in den achtziger Jahren auf die Gründung eines islamischen Staates im Libanon. Gegenüber dem Nahostkonflikt war sie – wie die radikalen Ayatollahs in Iran – kompromisslos.

Hizbollah war zwar kein „Joint Venture“ von Iran und Syrien. Sie wurde aber bald ein wichtiges Instrument der Politik beider Staaten im Libanon und in der Region. Ihre religiösen Vorstellungen entsprachen aber weder den Zielen der syrischen Libanon-Politik noch der Haltung der syrischen Regierung zum Nahostkonflikt. Syriens Beziehungen zu den libanesischen Gruppen dienten vor allem der Aufrechterhaltung seiner Präsenz im Libanon und der Stabilität des Regimes in Damaskus. Diese Strategie untermauerte zum einen die dominierende Stellung libanesischer Gruppen. Zum anderen durften aber in der Konfrontation mit Israel bestimmte Grenzen, die eine direkte Verwicklung Syriens in den Konflikt bedeuteten hätten, nicht überschritten werden. Die neu gegründete Hizbollah leistete Syrien und Iran mit den Anschlägen gegen die US-Armee im Libanon gute Dienste. Als sich die Hizbollah aber mit den sunnitischen Islamisten um Scheich Sha'ban von Tripolis verbündete, musste sie unweigerlich mit einer harten Reaktion Syriens rechnen. Das Gleiche gilt für den so genannten „Camps-War“, als die Hizbollah den Resten der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) gegen die Angriffe der von Syrien unterstützen „Al-Amal“ beistand. „Al-

Amal“ wurde durch Syrien massiv unterstützt, und die Hizbollah wurde unmissverständlich gewarnt. Am Ende hatte die Hizbollah die von Syrien gezogenen Grenzen zu respektieren. Die Radikalen in Iran mussten auch hinnehmen, dass Syrien die Regeln für die Zusammenarbeit im Libanon bestimmte. Ohne syrische Zustimmung durften die Hizbollah und vergleichbare Gruppen weder Waffen noch sonstige Unterstützung erhalten. Trotz dieser Einschränkung sieht Iran Vorteile in der gemeinsamen Libanon-Politik mit Syrien: Damaskus sorgt dafür, dass die Hizbollah-Milizen auch nach dem israelischen Abzug aus dem Südlibanon dort stationiert bleiben, um bei Bedarf stellvertretend für Syrien und vielleicht für Iran die „Front“ aktiv zu halten.

Mit Beginn des Nahost-Friedensprozesses zeigten sich deutliche Unterschiede in den syrischen und iranischen Positionen. Die syrische Beteiligung an der Madrider Friedenskonferenz von 1991 stieß auf Missstimmung bzw. Unbehagen in Teheran. Die iranische Presse äußerte Befürchtungen über ein „syrisches Camp David“. Iran fühlte sich nach den Schwierigkeiten, die im Verlauf der Friedensverhandlungen offenbar wurden, in seinen Positionen bestätigt. Die iranische Führung konnte aber Syrien nicht für seine kritische Haltung gegenüber einer Lösung des Nahostkonfliktes gewinnen. Damaskus behandelte auch den Friedensprozess mit Pragmatismus. Die kritische Haltung gegenüber dem Vertrag von Oslo und dem jordanisch-israelischen Friedensvertrag von 1994 war kein Hindernis für ernsthafte Verhandlungen zwischen Syrien und Israel 1995 und 1999/2000. In beiden Verhandlungsrunden waren die Kontrahenten nicht sehr weit von einem Friedensvertrag entfernt, der dem Nahostkonflikt eine positive Wende hätte geben können.⁸ Es ist zu vermuten, dass die Zukunft der iranisch-syrischen Beziehungen – wenn überhaupt – nur eine untergeordnete Bedeutung im syrischen Kalkül spielte.

Nach dem vorläufigen Scheitern des Friedensprozesses scheinen Syrien und Iran auch in dieser Frage eine gemeinsame Linie gefunden zu haben. Nach dem Tode von Asad wurde deutlich, dass der neue syrische Präsident Bachar al-Asad die Politik seines Vaters fortführen würde. Seine Visite in Iran 2001 und die Erwidern des Besuches durch Chatami 2002 sind Zeichen einer Kontinuität des Bündnisses.

Die bilateralen Beziehungen wurden nach dem Scheitern der letzten Runde der syrisch-israeli-

schen Verhandlungen 1999/2000 durch einige Faktoren gefestigt:

- Beide Staaten unterstützen radikale palästinensische Organisationen, die für Selbstmordanschläge verantwortlich gemacht werden. Die Hizbollah wird allerdings nur im begrenzten Maße aktiviert.

- Obwohl Syrien im Rahmen des Krieges gegen den Terrorismus – anders als Iran – vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush nicht explizit als Mitglied der „Achse des Bösen“ erwähnt wurde, gilt Syrien nach der Unterzeichnung des „Syria Accountability and Lebanese Sovereignty Restoration Act“ von 2003 faktisch als ein Staat, der den internationalen Terror unterstützt. Syrien versucht, gemeinsam mit Iran eine Abwehrstrategie zu finden. Der Besuch des syrischen Vizepräsidenten Abd al-Halim al-Khaddam im Juni 2003 dürfte den Zweck gehabt haben, sich nach dem Sturz von Saddam Hussein auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen.

- Iran und Syrien werden des Versuchs der Herstellung oder des Besitzes von Massenvernichtungswaffen bezichtigt. Auch hier sucht Syrien nach einer gemeinsamen Strategie mit Iran.

Hinsichtlich des Nahostkonfliktes werden aber in Iran Signale deutlich, dass die moderate Elite pragmatischer mit dem Nahostkonflikt umgehen will. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im iranischen Parlament, Mohsen Mirdamadi, äußerte sich so: „We have certain ideals about Palestine, but we also face certain limitations. Can we be more Palestinian than the Palestinians?“⁹ Diese Aussage ist eine deutliche Absage an die radikalen Iraner, die – wie die arabischen Staaten in den fünfziger und sechziger Jahren – jede Verhandlung mit Israel als Verrat an den Palästinensern ablehnen.

Das iranisch-syrische Verhältnis entwickelte sich trotz des gegenseitigen Nutzens und seiner relativen Stabilität nie zu „strategischen Beziehungen“. Die Verwendung dieses Begriffs durch syrische Politiker sollte vor allem den Anschein erwecken, dass Syrien noch eine andere Option als die Mitwirkung am Friedensprozess habe. In der Realität war der temporäre Gebrauch des Begriffs Mitte/Ende der neunziger Jahre eher Ausdruck der veränderten regionalen Situation.¹⁰ Nach der Wahl Benjamin Netanjahus kamen die syrisch-israeli-

9 Aftab-e-Yazd vom 9. 5. 2002, zit. in: Ray Takeyh, *Reintegration US-Iranian Relations*, in: *Survival*, 44 (2002) 3, S. 23–36, hier S. 33.

10 Vgl. hierzu al-Ahram Center for Strategic Studies, *al-Taqrir al-Istratiji al-‘Arabi 1997* (Der strategische arabische Bericht 1997), Kairo 1998, S. 178–193.

8 Vgl. Itamar Rabinovich, *The Brink of Peace. The Israeli-Syrian Negotiations*, Princeton 1998.

schen Friedensverhandlungen zum Erliegen. Die Türkei schloss nach dem ersten Sicherheitsvertrag mit Israel weitere Verträge über die gemeinsame Entwicklung von Waffen und die Zusammenarbeit bei der Truppenausbildung und bei geheimdienstlichen Informationen. Das sich umzingelt fühlende Syrien versuchte, dem türkisch-israelischen Bündnis durch ein „strategisches Bündnis“ mit Iran zu begegnen.

Dieses Bündnis, das beim Besuch des syrischen Staatspräsidenten Hafiz al-Asad in Teheran geschlossen wurde, hatte jedoch einige Schwachpunkte. Syrien wollte bei der Beilegung des Nahostkonflikts nicht vom Verhandlungskurs abweichen. Dies war aber nicht die einzige Frage, in der sich die unterschiedlichen Positionen der beiden Verbündeten zeigten. Syrien begrüßte nicht unbedingt das Streben Irans nach Dominanz am Golf und unterstützte die arabischen Staaten bei ihren territorialen Streitigkeiten mit dem Nachbarn. Iran war seinerseits bestrebt, die Beziehungen zur Türkei wirtschaftlich und politisch zu intensivieren. Beide Staaten schlossen in den neunziger Jahren eine Reihe von kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verträgen. Das „strategische Bündnis“ mit Iran hatte daher eher instrumentellen Charakter und wurde wenig später – nach dem Vertrag von Adana mit der Türkei, auf dessen Grundlage Syrien Konzessionen an die Türkei machte – beendet.¹¹ Im Zuge der Aufnahme neuer Verhandlungen mit Israel, der Verbesserung der Beziehungen zur Türkei und der Intensivierung der Handelsbeziehungen mit Irak verschwand die Formulierung von einem „strategischen Bündnis“ mit Iran aus dem offiziellen Sprachgebrauch der syrischen Regierung. Damaskus versucht, sich nach dem Sturz Saddams Husseins als Koordinator einer gemeinsamen syrisch-türkisch-iranischen Irakpolitik zu profilieren. In diesem Zusammenhang hebt Präsident Bashar al-Asad immer wieder die „Gefahr“ eines kurdischen Staates im Nordirak hervor, zuletzt bei seinem Besuch in der Türkei Anfang Januar 2004.¹²

Die iranisch-irakischen Beziehungen nach dem zweiten Golfkrieg

Am 14. August 1990 erklärte der irakische Staatspräsident Saddam Hussein vor laufenden Fernsehkameras, dass Irak den Vertrag von Algier, den er

11 Im Vertrag von Adana geht es im Wesentlichen um die Einstellung der syrischen Hilfe für die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) und deren Führer Abdullah Öcalan.

12 Vgl. Turkish Daily News vom 6. und 7. 1. 2004. Vgl. auch al-Hayat vom 6. 1. 2004.

Jahrzehnte zuvor (ebenfalls) öffentlich zerrissen hatte, anerkenne. Iran ging jedoch nicht auf das Angebot ein, dem Nachbarn im bevorstehenden zweiten Golfkrieg beizustehen. Zwar versuchte Iran, die Ergebnisse des irakisch-iranischen Krieges zu seinen Gunsten zu interpretieren und Irak zu Konzessionen zu bewegen. Die Resultate waren aber eher dürftig. Neben der Klärung des Schicksals von Kriegsgefangenen und der Überführung der Überreste gefallener Iraner konnte Teheran keine weiteren Ziele erreichen. Saddam Hussein weigerte sich, eine Kriegsentschädigung an Iran zu zahlen. Auch nach dem zweiten Golfkrieg sah er seinen Krieg gegen Iran als Verteidigungskrieg. Zudem waren beide Staaten nicht gewillt, erste Schritte zur Beilegung ihrer Differenzen zu unternehmen. Iran unterstützte weiterhin die irakisch-schiitische Opposition, insbesondere den von Ayatollah Muhammad Baqir al-Hakim angeführten Supreme Council for Islamic Revolution in Iraq (SCIRI). Irak beherbergte weiterhin die Volksmudschaheddin.

Der Rahmen für die iranische Irakpolitik war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die mit der Türkei und Syrien vereinbarte periodische Außenministerkonferenz. Seit 1992 konferierten die Außenminister der drei Staaten, um vor allem die Entwicklung in der 1991 errichteten UN-Schutzzone im Nordirak zu beobachten und gegebenenfalls Maßnahmen zu ergreifen. 1995 kündigten sie die Kooperation auf: Die Türkei war nicht mehr gewillt, mit Syrien zusammenzuarbeiten, solange diese die PKK unterstützte und deren Kämpfern Unterschlupf gewährte. Das Ende der Kooperation bedeutete aber keinesfalls, dass sich die drei Staaten im Nordirak nicht mehr engagierten. Die Türkei und Iran waren dort durch Verbindungsoffiziere bzw. militärische Einheiten präsent.

Iran mischte sich darüber hinaus im Zeichen der 1994 ausgebrochenen Differenzen zwischen den beiden kurdischen Parteien „Patriotische Union Kurdistan“ (PUK) und „Demokratische Partei Kurdistan“ (DPK) ins Geschehen ein. Als die DPK im kurdischen Bürgerkrieg irakische Truppen um Unterstützung gegen die Truppen der PUK bat, unterstützte Iran die PUK. Teheran tolerierte aber auch fundamentalistische Gruppen wie Ansar al-Islam, die zumindest politische Verbindungen zum Terrornetzwerk al-Qaida unterhält.¹³

Iran stand bei der Konzipierung einer neuen Irakpolitik nach dem zweiten Golfkrieg vor einem Dilemma. Zum einen versuchte Teheran, dem geschwächten Irak Konzessionen hinsichtlich der anhängigen Entschädigungsfragen abzutrotzen. So

13 Gespräch des Verfassers mit einem PUK-Funktionär.

glaubte die iranische Führung wohl, Saddam wäre zu weitreichenden Zugeständnissen bereit, um sein Regime zu stabilisieren. Vor diesem Hintergrund fanden gegenseitige hochrangige Besuche statt. Zudem entwickelten sich in den neunziger Jahren aktive Handelsbeziehungen. Iran duldet außerdem den Schmuggel von irakischem Rohöl.

Gleichwohl wusste Iran, dass das Regime von Saddam Hussein trotz seiner Reintegrationsversuche in der regionalen und internationalen Politik ein „Paria-Regime“ bleiben würde. Sein Sturz war lediglich eine Frage der Zeit. Langfristige Abmachungen mit Irak hätten damit aus zwei Gründen auf tönernen Füßen gestanden. Der iranischen Führung war nur allzu deutlich, dass der zweite Golfkrieg der Beginn vom Ende des Baath-Regimes in Irak sein würde. Es kam hinzu, dass die Iraner aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen mit dem Regime von Saddam Hussein keinen Grund für Hilfeleistungen sahen. Um im zukünftigen Irak seinen Einfluss nicht zu verlieren, blieb Iran daher in Verbindung mit unterschiedlichen Oppositionsgruppen.

Nach dem Sturz Saddam Husseins konnte Iran – trotz amerikanischer Besatzung – auf seine Beziehungen mit der ehemaligen irakischen Opposition bauen. Immerhin gehört Iran zu den wenigen Staaten in der Region, die den von den USA eingesetzten Irakischen Regierungsrat anerkannt haben. Bei seinem offiziellen Besuch in Teheran im Dezember 2003 unterstrich der Vorsitzende des Irakischen Regierungsrates, Jalal Talabani, die guten Beziehungen des neuen Irak zu Iran. Die Aufforderung des Regierungsrates an die Volksmudschaheddin, Irak zu verlassen, ist als freundliche Botschaft an Iran zu verstehen.

Iran, Saudi-Arabien und die GCC-Staaten

Die regionalen Beziehungen am Golf werden von den Veränderungen in den bilateralen Beziehungen der drei Akteure Iran, Saudi-Arabien und GCC beeinflusst. Insbesondere die Beziehungen zwischen Iran und Saudi-Arabien scheinen für die gesamte Region von großer Bedeutung zu sein. In der Golfregion beruhen die Konflikte auf politischen, ökonomischen und territorialen Differenzen. Zwischen Iran und Saudi-Arabien bestehen jedoch keine territorialen Streitigkeiten. Die ökonomischen Differenzen ergaben sich in den achtziger und neunziger Jahren aus der jeweiligen Preispolitik im Rahmen der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (OPEC). Der größte

Erdölproduzent der OPEC, Saudi-Arabien, war wegen der politischen Verpflichtungen gegenüber dem Westen stets für eine moderate Entwicklung der Erdölpreise. Im Zeichen der allmählichen gegenseitigen Annäherung seit dem zweiten Golfkrieg stellt der wirtschaftliche Aspekt in den iranisch-saudischen Beziehungen kaum noch einen Streitpunkt dar.

Die politischen Differenzen begannen mit dem Sturz des Schahs und der Ausrufung der Islamischen Republik in Iran. Für Chomeini war Saudi-Arabien die Verkörperung einer Ordnung, die er radikal und kategorisch ablehnte. Abgesehen von den historischen Differenzen zwischen der Schi'a und der sunnitisch-wahhabitischen religiösen Lehre, welche die Grundlage der saudischen Herrschaft bildet, waren politische Aspekte für die Haltung Chomeinis ausschlaggebend. Das saudische System war für ihn das, was die Schiiten seit 1400 Jahren die „ungerechte Herrschaft“ nannten, also eine Dynastie, die das Recht der Nachkommen des Propheten infrage stellte. Bis zum Erscheinen des schiitischen Imam dürfen nach der Lehre Chomeinis die Gelehrten die Herrschaft stellvertretend ausüben. Der Export der Revolution sollte die ungerechte Herrschaft beenden, so Chomeinis Standpunkt. Die Saudis betrachteten die Umsturzversuche Teherans dagegen als eine expansionistische Politik, welche die arabischen Staaten des Golfs bedrohte. Die Unterstützung Saddam Husseins im achtjährigen Krieg gegen Iran war daher folgerichtig.

Iran versuchte, Saudi-Arabien, das sich im Golfkrieg gegen Teheran gestellt hat, politisch herauszufordern. Die jährlichen Demonstrationen iranischer Pilger in Mekka führten zu blutigen Auseinandersetzungen und brachte die Saudis, die in der Pilgerzeit für Ordnung sorgen sollten, in Verlegenheit. Die politischen Beziehungen entspannten sich jedoch nach dem zweiten Golfkrieg tendenziell. Die Besuche der Außenminister, vor allem des saudischen Kronprinzen Abdallah, in Teheran und die Visite des iranischen Staatspräsidenten Chatami in Riad im Jahre 2001 besiegelten die Normalisierung der Beziehungen. Die Abkehr des Iran von der revolutionären Politik der Chomeini-Ära und die Veränderungen der regionalen und internationalen Rahmenbedingungen dürften bei der Entspannung eine Rolle gespielt haben. Dennoch bietet die Frage der Sicherheit am Golf und die Rolle der Saudis in den regionalen Konflikten Stoff für weitere Differenzen zwischen den beiden Staaten. Umsturzversuche wie in Bahrain in den frühen achtziger Jahren stehen in der Golfregion seit dem Tode Chomeinis nicht mehr auf der politischen Agenda Irans.

Die Beziehungen Irans zu den anderen GCC-Staaten sind von territorialen und politischen Differenzen geprägt. Territoriale Streitigkeiten sorgen für Spannungen zwischen vielen Golfstaaten. Hier sind folgende Konflikte zu erwähnen: Iran und Irak, Kuwait und Irak, Saudi-Arabien und Katar, Katar und Bahrain, Saudi-Arabien und Kuwait, Saudi-Arabien und Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate und Oman etc. Das Geflecht territorialer Konflikte scheint vom politischen Klima zwischen den einzelnen Staaten abhängig zu sein. 1992 entwickelte sich der Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Katar zum Feuerwechsel an der gemeinsamen Grenze, der Streit zwischen Katar und Bahrain führte seit Ende der neunziger Jahre zu Verstimmungen.

Lediglich der Konflikt um den Anspruch Irans auf den Staat Bahrain scheint abgeklungen zu sein. Eines sorgt aber für Spannungen in den iranischen Beziehungen zu den GCC-Staaten: die drei Inseln am Golf, Abu Musa, Tumb al-Sughra und Tumb al-Kubra. Nach dem Abzug Großbritanniens aus der Golfregion übernahm Iran mit Zustimmung des Herrschers von al-Sharja, Khalid bin Muhammad al-Qawasimi, die Herrschaft über die drei Inseln. In einem „Memorandum of Understanding“ einigten sich al-Sharjah und Iran darauf, dass die zivile Verwaltung auf den beiden bewohnten Inseln Abu Musa und Tumb al-Kubra nach dem Abzug der Briten bei den arabischen Bewohnern der beiden Inseln verbleiben solle.¹⁴ In den neunziger Jahren demonstrierte Iran seinen Besitzanspruch an den Inseln. Der Besuch Rafsandschanis auf Abu Musa 1992 war der Beginn einer faktischen Angliederung der Inseln an Iran. Im Jahre 2002 wurde dieser Prozess mit der Übernahme der Zivilverwaltung abgeschlossen. Um diesem langwierigen Konflikt zu lösen, schlug die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate eine Regelung durch den Internationalen Strafgerichtshof vor. Iran lehnt einen Schiedsspruch über einen Teil seines Territoriums ab und betrachtet die Abmachungen von 1971 als gültig. Der GCC unterstützt in seinen jährlichen Außenministertreffen dagegen regelmäßig die Ansprüche der Vereinigten Arabischen Emirate, so dass der Konflikt weiter schwelt. Hintergrund für die beharrliche Position des GCC dürfte der Umstand sein, dass in diesem Raum große Mengen Erdöl vermutet werden. Das ist auch der Grund für die territorialen Differenzen zwischen den GCC-Staaten.

14 Vgl. Al-Isa, Shamlan, al-khilafat al-hududiyah wa al-iqlimiya bain al-'arab wa al-iraniyin (die Grenzstreitigkeiten zwischen den Arabern und Iranern), in: Markaz al-Dirasat al-'Arabiya, Al-'Alaqa al-'Arabiya al-Iraniya (die arabisch-iranischen Beziehungen), Beirut 1996, S. 435–447.

Abgesehen von den territorialen Streitigkeiten entwickelte Iran in den neunziger Jahren vielfältige Beziehungen zu den Ländern des Golfkooperationsrates. Die Einwände Irans gegen die Erklärung von Damaskus vom März 1991 dürften bei diesen nicht ohne Echo geblieben sein. Die kleineren GCC-Länder haben kein Interesse an einer Schwächung Irans in der Golfregion. Die Präsenz der drei Regionalmächte Saudi-Arabien, Iran und Irak sowie eine Machtbalance, welche die Interessen der kleineren Staaten berücksichtigt, könnte für diese von vitalem Interesse sein. Der von Irak nach dem Sturz Saddams beabsichtigte Beitritt zum Golfkooperationsrat könnte einerseits die Übermacht der Saudis im Rat neutralisieren. Andererseits könnte er die iranische Rolle schwächen – es sei denn, Iran würde als Golfstaat und Erdölproduzent einen Beitrittsantrag stellen. Der Rat verlöre dann aber seine arabische Identität.

Der halbwegs erfolgreiche Golfkooperationsrat findet das Interesse vieler anderer Beitrittskandidaten, u. a. des Jemen, der seinen Ausschluss in den achtziger Jahren als eine Art Diskriminierung verstand, und Jordaniens, das nach dem dritten Golfkrieg auf die engen Beziehungen zu den Golfstaaten verweist. Während ursprünglich die Erdölproduktion Hintergrund für die Integrationsbestrebungen der GCC-Staaten war, könnte sich durch die Neuaufnahme dieser Länder der Charakter des Rates als Club wohlhabender Staaten ändern. Nach den Prognosen der Vereinten Nationen wird die Bevölkerung Jemens im Jahre 2050 auf über 100 Millionen Menschen anwachsen, die iranische Bevölkerung dürfte demnach auf 121 und die irakische auf über 50 Millionen steigen.¹⁵ Der GCC würde durch die Aufnahme von Staaten mit großer Bevölkerungszahl seine Qualität als „Club der Reichen“ verlieren. Zudem dürften sich mit dem Wandel der bisherigen kohärenten Bevölkerungsstruktur weitere Probleme ergeben.

Iran, USA und die Nahostpolitik nach dem Sturz Saddam Hussein

Die amerikanische Politik gegenüber Iran tangiert unmittelbar dessen Beziehungen zu den arabischen Staaten, insbesondere zu den Golfstaaten. Zwar haben die Golfstaaten nach dem irakischen Überfall auf Kuwait versucht, ihre Beziehungen zu Iran zu verbessern. Sie sind aber in der Sicherheitsfrage auf Unterstützung der USA angewiesen. Die jeweilige amerikanische Strategie beeinflusst

15 Vgl. United Nations, World Population Ageing 1950–2050, New York 2002.

daher den außenpolitischen Kurs der Golfstaaten. Diese streben allerdings seit dem Tode Chomeinis – und trotz der konfrontativen amerikanischen Iranpolitik – danach, den Iran für eine gemeinsame Sicherheitspolitik am Golf zu gewinnen.

Fast zwei Jahre nach dem Ende des zweiten Golfkrieges und der Vertreibung Saddam Husseins aus Kuwait änderte die Clinton-Administration ihre Strategie.¹⁶ Das „Dual Containment“ sollte Irak und Iran gleichmäßig schwächen, so dass die beiden Länder keine Gefahr mehr für die Golfregion und den Nahen Osten darstellen. Von Beginn an wurde diese Strategie von amerikanischen Think Tanks kritisiert, weil sie die großen Unterschiede zwischen den beiden Staaten ignorierte. Graham Fuller von der Rand Corporation verwies in einer 1994 veröffentlichten Studie auf mehrere Aspekte, die eine einheitliche Strategie gegenüber den beiden ungleichen Staaten ad absurdum führten.¹⁷

Die Kritik bezog sich nicht nur auf die unterschiedlichen ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen, sondern vor allem auch auf die verschiedenen Strukturen beider Systeme. Zudem stellten Fuller und andere Kritiker fest, dass man hinsichtlich der Entwicklung beider Systeme zu verschiedenen Ergebnissen kommen müsse. Während eine Liberalisierung des iranischen Systems möglich sei, sahen sie für das System von Saddam Hussein keine positiven Entwicklungsmöglichkeiten.¹⁸ Sie bemängelten zudem, dass eine konsequente Durchsetzung des Konzepts die Zusammenarbeit der Regionalmächte, aber vor allem eine Kooperation der prowestlichen Nachbarstaaten wie die Türkei, Jordanien, Saudi-Arabien und auch Ägypten erfordere.¹⁹ Dies war offensichtlich nicht der Fall.

Die weitere Entwicklung verlief jedoch anders. Irak gelang es mit Unterstützung der arabischen Staaten, sich wieder in das regionale System zu integrieren. Die Nichtaufhebung der Sanktionen schwächte das Regime zwar, gefährdete aber nicht seine Existenz. Das Regionalsystem bot dem Saddam-Regime eine Möglichkeit, den Sanktionen zu entgehen – vor allem, nachdem Iran Syrien Ende der neunziger Jahre als Handelspartner gewonnen hatte.

16 Das „Dual Containment“-Konzept wurde am 18. 5. 1993 von dem ehemaligen Special Assistant for Near East and South Asian Affairs beim amerikanischen National Security Council, Martin Indyk, bekannt gegeben.

17 Vgl. U.S. Policy Toward Iran and Iraq, Symposium on Dual Containment, in: Middle East Policy, 3 (1994) 3, S. 1–26.

18 Für eine ausführliche und systematische Kritik der „Dual Containment“-Strategie vgl. F. Gregory Gause III, The illogic of Dual Containment, in: Foreign Affairs, 73 (March/April 1999), S. 56–66.

19 Vgl. ebd., S. 63.

Iran konnte seine politischen und wirtschaftlichen Beziehungen trotz des „Iran and Libya-Sanctions-Act“ von 1996 ausbauen. Das Regime erlaubte, wie es die Kritiker der „Dual Containment“-Strategie einige Jahre zuvor erwartet hatten, freie Wahlen. Ansätze von Pluralismus wurden sichtbar. Chatami wurde – trotz der Rückschläge, welche die Unterdrückung der Studentenkundgebungen 2003 bedeutete – zum Verfechter eines liberalen Systems. Obwohl eine freie Zivilgesellschaft, wie sie der Präsident erhofft hatte, bislang auf sich warten lässt, waren und sind liberale Tendenzen unverkennbar. Die Position der Konservativen und der radikalen Kräfte, die vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush als „nichtgewählte Kräfte“ bezeichnet werden, scheinen nach dem dritten Golfkrieg geschwächt zu sein.

Dies wurde 1999 in Washington registriert. Martin Indyk verkündete daraufhin eine Modifizierung der Strategie. Saddam Hussein beharre weiter auf dem Besitz von Massenvernichtungswaffen und bedrohe seine Nachbarn. Das Ziel der US-Politik sei der Sturz des Regimes. In Iran machte die US-Regierung liberale Kräfte aus, die unterstützt werden sollten.²⁰

Die Wahl George W. Bushs zum neuen US-Präsidenten, vor allem aber die Anschläge vom 11. September 2001 und der Krieg gegen den Terror führten zu einer Veränderung der amerikanischen Iranpolitik. Das Land wurde als Teil der „Achse des Bösen“ bezeichnet. Die offene politische Unterstützung Irans für Hamas und Dschihad sowie eine Verwicklung Teherans in Waffenlieferungen für die beiden Organisationen führten zu großen Spannungen in den amerikanisch-iranischen Beziehungen. Die von den USA vorgenommene Unterscheidung zwischen liberalen und radikalen Elementen in der iranischen Politik entsprach zwar den Tatsachen. Sie half aber den gemäßigten Kräften um Chatami nicht, die konservativen Kräfte zu schwächen. Diese demonstrierten bei den Studentenunruhen erneut ihre Macht.

Der Streit über die iranischen Massenvernichtungswaffen, insbesondere das Streben Irans nach Atomwaffen, diente vor und nach dem dritten Golfkrieg als Hebel, um die Proliferation zu verhindern und möglicherweise einen Regimewandel in Teheran zu bewirken.²¹ Die iranische Führung scheint aber von den Erfahrungen Iraks profitiert zu haben. So antwortete der ehemalige iranische Präsident Haschemi Rafsandschani, einer der mächtigen Politiker in Teheran, auf die Frage des

20 Vgl. NZZ vom 24. 4. 1999.

21 Vgl. hierzu Robert S. Litwak, Non-proliferation and the Dilemmas of Regime Change, in: Survival, 45 (Winter 2003/4) 4, S. 7–32.

TV-Senders Al Dschasira, ob Iran einen US-Angriff fürchte, folgendermaßen: „Sie haben Afghanistan und den Irak angegriffen und beide Länder besetzt. Daher sind wir stets auf der Hut, dass uns das nicht passiert.“²²

Diese Vorsicht bedeutet aber nicht, dass die iranische Führung in allen strittigen Fragen eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten vermeiden will. Im Zusammenhang mit den Massenvernichtungswaffen zeigte sich Iran durchaus kooperativ. So hat es das Zusatzprotokoll über die Nichtverbreitung von nuklearen Waffen unterschrieben und arbeitet eng mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) zusammen. In der Nahostpolitik verfolgt die iranische Regierung dagegen immer noch einen radikalen Kurs. So lehnte Rafsandschani in dem bereits erwähnten Interview die „Road Map“ für den Nahost-Friedensprozess ab und bekräftigte seine Unterstützung für die radikalen palästinensischen Organisationen: „Die einzige Hoffnung ist, dass die Palästinenser entschlossen sind, für die Realisierung ihrer Ziele ihr Leben zu opfern. Wenn die Palästinenser weiter so verfahren, wird Amerika schließlich besiegt werden.“

Diese Haltung wird von keiner arabischen Regierung geteilt. Die iranische Regierung, die Hizbollah und die radikalen palästinensischen Organisationen sind die letzten Akteure, die dieser Auffassung sind. Allerdings ist nicht sicher, ob Rafsandschani in dieser Frage nicht auch die Meinung der moderaten Kräfte in Teheran vertritt. Diese Position trägt nicht dazu bei, das Vertrauen der Golfstaaten zu gewinnen. Mittelfristig wird die

²² Vgl. das Interview des Fernsehsenders Al Dschasira mit Haschemi Rafsandschani, Memri Special Dispatch vom 29. 9. 2003.

amerikanische Iranpolitik von einer Art „managed containment“, wie *Ray Takeyh* es nennt, bestimmt sein.²³ Der Besitz von Massenvernichtungswaffen durch Iran könnte aber weiter als Rechtfertigung für ein offensives Vorgehen dienen. Das Verbot von Massenvernichtungswaffen könnte auch im Fall Irans als Hebel für einen Regimewechsel dienen.

Nach den Erfahrungen in Irak scheinen die USA im Umgang mit Iran den Verhandlungsweg zu bevorzugen. Die positiven Signale, die Iran angesichts der amerikanischen Hilfsangebote nach dem Erbeben in Bam ausgesendet hat, könnten in den Verhandlungen mit der UNO und der Europäischen Union (EU) in der Frage der Massenvernichtungswaffen zu raschen positiven Ergebnissen führen. Iran versucht, seine regionalen und internationalen Beziehungen gegen die USA einzusetzen. Zwar wird ein Regimewandel in Teheran von den GCC-Staaten und wahrscheinlich auch von der EU grundsätzlich begrüßt – nicht aber ein Regimewechsel, der die Golfregion dramatisch destabilisieren würde.

Die arabischen Golfstaaten profitieren vom außenpolitischen Kurs Irans unter Chatami, der die Herstellung von normalen Beziehungen ermöglichte. Daher bilden Teherans Beziehungen zur arabischen Welt die erste Verteidigungslinie gegen die Gefahr eines von außen erzwungenen Wandels in Iran. Hierbei zeigt sich eine große Koalition in der Golfregion und in der arabischen Welt. Die Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten, die sich fast ein Vierteljahrhundert nach der iranischen Revolution abzeichnet, kann vor diesem Hintergrund verstanden werden.

²³ R. Takeyh (Anm. 10), S. 27.

Europas Beziehungen zu Iran

Die Entwicklung der europäisch-iranischen Beziehungen seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts ist ganz wesentlich vom Zerfall des Sowjetreichs geprägt. Die Entstehung der neuen unabhängigen Staaten Zentralasiens und des Kaukasus zwang Iran zu einer grundsätzlichen Neuorientierung seiner Außenpolitik, in der die regionalen Beziehungen Priorität gewannen. Zugleich entwickelten sich die USA zu einem immer wichtiger werdenden Akteur in der Region mit dem Ziel, russischen und vor allem iranischen Einfluss zurückzudrängen. Seit dem Golfkrieg von 1991 sind sie militärisch im Persischen Golf präsent, und seit dem Afghanistanfeldzug 2001 und dem Irakkrieg 2003 stehen amerikanische Truppen in direkter Nachbarschaft Irans. Für die Europäer markierte der Zerfall der Sowjetunion den Beginn einer Entwicklung, in der außen- und sicherheitspolitische Fragen an Bedeutung gegenüber internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewannen. Ungeachtet des Auf und Ab in den diplomatisch-politischen Beziehungen der vergangenen Dekade haben sich die Berührungspunkte zwischen Europa und Iran vervielfacht, und die Interaktion, gerade auch auf der zwischengesellschaftlichen Ebene, hat sich verdichtet. Europäische Iranpolitik hat ein eigenes Profil gewonnen, ist zugleich aber in stärkere Abhängigkeit vom Verhältnis zwischen Iran und den USA geraten.

Die neunziger Jahre

Zur Zeit des Zerfallprozesses der Sowjetunion erlebte auch Iran einen erheblichen Wandel. Im Sommer 1988 endete der achtjährige Krieg mit dem Irak, Anfang Juni 1989 starb der Begründer der Islamischen Republik, Ayatollah Khomeini. Die globalen und regionalen Umwälzungen nach dem Ende des Sowjetreichs erforderten für Iran eine Neuorientierung. Iranischer Nationalismus, der als Motivation für den Widerstand gegen den Irak neben der religiös-revolutionären Ideologie eine zunehmende Rolle gespielt hatte, gewann an Bedeutung. Er wurde durch die neuen Beziehungen zum Kaukasus und zu Zentralasien gestärkt, zu denen Iran historische und kulturelle Affinitäten besitzt. Vom dreizehnten bis ins neunzehnte Jahrhundert hinein war das Persische auch dort

Lingua franca.¹ Doch zunächst stellte sich die neue Nachbarschaft aufgrund von gewaltsamen Konflikten (wie z. B. der Karabagh-Konflikt), ethno-nationalen Auseinandersetzungen und Bürgerkriegen (Afghanistan, Tadschikistan) als problematisch und bedrohlich für Iran dar. Im Westen wie auch in Russland wurde Iran, das während des achtjährigen Irakkrieges ohnehin immer mehr in Isolation geraten war, zu Beginn der neunziger Jahre als Herd der „islamischen Gefahr“ angesehen, welche die neuen unabhängigen Republiken der Region bedrohe.

Die europäisch-iranischen Beziehungen waren von der internationalen Isolierung Irans während des Krieges mit dem Irak erheblich betroffen. Sie gestalteten sich weniger auf EU-Ebene als auf der bilateralen zwischen Iran und den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU. Herausragend dabei war der Besuch des deutschen Außenministers Genscher in Teheran 1984. Er galt den Iranern als Zeichen der Anerkennung des nachrevolutionären Iran. Genschers zweiter Besuch in Teheran 1991, als unter Präsident Rafsanjani die Phase des Wiederaufbaus nach dem Krieg begonnen hatte, ließ den deutschen Außenminister als treibende Kraft für das europäische Streben nach verbesserten Beziehungen zu Iran erscheinen. Eine schwierige Hürde war allerdings die Fatwa Ayatollah Khomeinis gegen den Schriftsteller Salman Rushdie. Ihn hatte Khomeini Anfang 1989 wegen seines Buches „Die satanischen Verse“ quasi für vogelfrei erklärt. Doch das Handelsvolumen zwischen der EU und Iran hatte 1991 einen Rekord erreicht, und die EU war daran interessiert, mit dem damals als Pragmatiker geltenden Staatspräsidenten Hashemi Rafsanjani ein Handelsabkommen abzuschließen. Dazu kam es jedoch nicht wegen der Ermordung von drei bedeutenden kurdischen Exilpolitikern durch den iranischen Geheimdienst im Berliner Restaurant „Mykonos“ im September 1992. Die Beziehungen zwischen der EU und Iran schrumpften auf den „kritischen Dialog“, den der Rat der EU auf seinem Gipfel in Edinburgh am 12. Dezember 1992 beschloss.²

1 Vgl. Bert G. Fagner, Die „Persophonie“. Regionalität, Identität und Sprachkontakt in der Geschichte Asiens, Berlin 1999 (ANOR 5).

2 Vgl. Johannes Reissner, Europe and Iran: Critical Dialogue, in: Richard N. Haass/Meghan L. O'Sullivan (Hrsg.),

Kaum war der „kritische Dialog“ als Weg europäischer Iranpolitik gekürt, stieß er auf amerikanischen und israelischen Widerstand. Im Frühjahr 1993 bezeichnete der Außenminister der kurz zuvor neu ins Amt getretenen Clinton-Regierung Iran als einen „international outlaw“. Zwei Jahre danach erklärte Washington die Politik der „doppelten Eindämmung“ gegen Iran und den Irak. Am 23. Juli 1996 beschloss der amerikanische Kongress den Iran-Libya-Sanctions-Act (ILSA). Dieses von US-Präsident George W. Bush 2001 verlängerte Gesetz sieht nicht nur das Verbot amerikanischer Investitionen in Iran vor, sondern auch die Sanktionierung von Firmen anderer Länder, die mehr als 20 Millionen US-Dollar in Iran investieren. Damit ist vor allem beabsichtigt, den Ausbau der iranischen Erdöl- und Erdgasförderanlagen zu verhindern, um auf diese Weise Irans Exportkapazitäten und damit die Staatseinnahmen gering zu halten. Die Europäer protestierten gegen die beanspruchte extraterritoriale Geltung von ILSA. Obgleich das Gesetz gegen europäische Firmen bislang noch nicht zur Anwendung kam, verunsichert es potenzielle europäische Investoren enorm.³

Zusätzlich zur amerikanischen und israelischen Ablehnung des „kritischen Dialogs“ fand die europäische Iranpolitik ihre größten Gegner in der eigenen europäischen Öffentlichkeit. Sie sah in dem iranischen Regime nur pauschal das „Mullahregime“ und verurteilte den „sanften“, nur von Wirtschaftsinteressen geleiteten Kurs der EU als unmoralisch. Die Ziele, die Europa mit seiner Politik des „kritischen Dialogs“ gegenüber Iran verfolgte, waren im Wesentlichen die gleichen, welche die USA mittels Sanktionen zu erreichen suchten, nämlich eine Änderung des politischen Verhaltens Teherans in den vier Bereichen Menschenrechte, Nahost-Friedensprozess, vermutete atomare Rüstung und Terrorismus. Doch die Europäer verfügten über kein ausreichendes Instrumentarium von Anreizen und Sanktionen. Die regelmäßigen halbjährlichen Konsultationen der EU-Troika (Vertreter der Länder der jeweiligen EU-Präsidentschaft sowie der vorangegangenen und der folgenden) und Irans gerieten zu leeren Ritualen. Parallel dazu wurde 1995 zugunsten Irans ein Umschuldungsprogramm aufgelegt, das ihm half, die zu Beginn der neunziger Jahre gemachten Schulden bei europäischen Handelspartnern abzubauen. Die Schulden waren vor

allem ein Ergebnis der massiven europäischen Exporte nach Iran in den ersten Jahren des Wiederaufbaus nach dem achtjährigen Krieg mit dem Irak.

Im April 1997 setzte der „Mykonos-Prozess“ dem „kritischen Dialog“ ein Ende. Das Berliner Landgericht hatte in seinem Urteil die Spitzen der iranischen Regierung als die eigentlich Verantwortlichen für die Ermordung der Kurdenführer im „Mykonos“-Restaurant 1992 dargestellt. Daraufhin verließen die europäischen und iranischen Botschafter die jeweiligen Hauptstädte, um erst im November desselben Jahres wieder zurückzukehren.

Iranische Reformbewegung und neuer regionaler Kontext

Einen Monat nach dem Eklat aufgrund des „Mykonos“-Prozesses wurde Mohammad Khatami zum Staatspräsidenten Irans gewählt. Die Verbesserung der Beziehungen zu Europa gehört zu den sichtbarsten Erfolgen des mit ihm einsetzenden innen- und außenpolitischen Wandels Irans. Gegen die 1992 vom Revolutionsführer Khamenei formulierte Losung „Kampf gegen die westliche Kulturaggression“ und die ein Jahr darauf vom amerikanischen Politikwissenschaftler Samuel Huntington formulierte These vom „clash of civilizations“ machte Khatami den „Dialog zwischen den Zivilisationen“ und „Entspannung“ zu den Leitsternen seiner Außenpolitik. Sie wurden in den Beziehungen zu Europa und gerade auch zu den Nachbarn zunächst recht erfolgreich umgesetzt. Die entscheidenden Schritte in der regionalen Politik waren schon von Khatamis Vorgänger Rafsanjani, eingeleitet worden. Er hatte Iran angesichts der ethno-nationalen Konflikte in den neuen, nachsovietischen unabhängigen Nachbarrepubliken im Kaukasus und Zentralasien, angesichts des Bürgerkrieges und des Aufkommens der Taliban in Afghanistan ab 1995 sowie des kritischen Verhältnisses zum Irak und zu den arabischen Staaten des Persischen Golfs zum „Hort regionaler Stabilität“ erklärt; eine Stabilität, bei der gerade auch die Sicherheit des eigenen Regimes gemeint war. Khatami war derjenige, der diese Politik formulieren und nach außen kommunizieren konnte. Seine Reisen nach Italien, Frankreich und Deutschland dokumentierten das neue Verhältnis zu Europa ebenso wie die schon im Juni 1998 wieder aufgenommenen halbjährlichen Konsultationen auf der Ebene von Staatssekretären oder stellvertretenden Außenministern zwischen

Honey and Vinegar. Incentives, Sanctions, and Foreign Policy, Washington, D. C. 2000, S 33–50.

³ 1998 konnte die Anwendung der Sanktionen gegen die französische Firma TOTAL dadurch verhindert werden, dass die Europäer eine engere Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung versprachen.

der EU-Troika und Iran. Sie werden oft als „umfassender“ (comprehensive) oder auch „konstruktiver“ Dialog bezeichnet.

Irans außenpolitische Konzentration auf das regionale Umfeld und Europa, bei gleichzeitiger Diversifizierung der Wirtschafts-, aber auch der politischen Beziehungen zu Asien, sowie seine schon 1992 vollzogene Abwendung von der Ideologie des „Revolutionsexports“ fielen zeitlich zusammen mit der zunehmenden Bedeutung von außen- und sicherheitspolitischen Fragen in der europäischen Politik. Schon der 1992 beschlossene „kritische Dialog“ wurde im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU gesehen. Ihre Entwicklung hatte auch durch die schwierigen Verhältnisse im Kaukasus und in Zentralasien wichtige Impulse erhalten, denn die dortigen Konflikte implizierten erhebliche indirekte Risiken für Europa.

Am 7. Februar 2001 legte die EU-Kommission eine Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über den Ausbau der Beziehungen zu Iran vor.⁴ Sie brachte das Interesse an Fortschritten des iranischen Reformprozesses zum Ausdruck und den Wunsch, in Iran einen Partner für regionale Stabilität und die eigene Energiesicherheit zu finden. Der Text spricht eine (recht späte) Anerkennung der Reformbewegung aus. Ihre fortschreitende Entwicklung wird indirekt als Voraussetzung des europäischen Engagements dargestellt, zugleich aber beziehen sich die Mitteilungen realistischerweise auf Iran als Ganzes. Der Zwiespalt, dass man es am liebsten nur mit einem „reformierten“ Iran zu tun hätte, aber notwendigerweise mit denen, die wirklich die Macht haben, verhandeln muss, durchzieht von nun an die europäische Iranpolitik. Er bleibt den Machthabern in Iran natürlich nicht verborgen, sie fühlen sich (nicht zu Unrecht) nur bedingt anerkannt. Zugleich gerät europäische Politik wegen ihres Umgangs mit den Machthabern bei den Vertretern der Reformbewegung leicht in den Verdacht, die Sache der Reformen zu „verraten“.

Das Interesse an Iran als stabilem Partner kann als Reflex auf die politische Entwicklung der Region in den neunziger Jahren verstanden werden, in denen sich Iran im Verhältnis zu den Krisen und Konflikten im Kaukasus, in Zentralasien und in Afghanistan tatsächlich als stabil erwies und auch selbst darzustellen wusste. Das in der erwähnten Mitteilung der EU-Kommission zum Ausdruck

gebrachte Interesse an Iran als Energielieferanten bezieht sich vor allem auf die iranischen Erdgasreserven. Mit ihnen steht Iran an zweiter Stelle nach Russland. Aufgrund der Möglichkeit, irisches Erdgas über Pipelines nach Europa zu transportieren, hat es für die Europäer im Unterschied zu den USA grundlegende Bedeutung.⁵

Die Mitteilung vom Februar 2001 war der Auftakt für den Beschluss des EU-Rates, mit Iran in Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen zu treten. Am 17. Juni 2002 einigten sich die EU-Außenminister über die Verhandlungsrichtlinien, erklärten erneut, dass sie den Reformprozess in Iran unterstützten, und forderten Iran auf, „die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu schützen, unter anderem durch den Beitritt zu den einschlägigen internationalen Übereinkünften sowie durch eine Reform seiner Justiz, und die internationalen Maßnahmen zur Nichtverbreitung von Waffen und zur Bekämpfung des Terrorismus umzusetzen sowie den Friedensprozess im Nahen Osten zu unterstützen“⁶.

Am 12. Juli 2003 beschloss der Rat formal die Aufnahme der Verhandlungen. Zu den Zielen des Handels- und Kooperationsabkommens gehören:

1. Schaffung eines Vertragswerkes für den Handel zwischen der EU und Iran nach den Richtlinien der Welthandelsorganisation (WTO);
2. Unterstützung Irans bei der Übernahme von WTO-Regeln und -Praktiken;
3. Entwicklung engerer Kooperation mit Iran in wirtschaftlichen und anderen Bereichen wie Energie, Transport, Umwelt, Drogenkontrolle, Asyl, Migration und Flüchtlinge sowie Kultur;
4. Unterstützung von Reformen, Stärkung der Rechtssicherheit und Verbesserung der Menschenrechtssituation (eine Menschenrechtsklausel soll Teil des Abkommens sein).⁷

Die seit Dezember 2002 laufenden Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen gelten als „wechselseitig bedingend“ (interdependent) mit dem politischen Dialog und dem über Menschenrechte verbunden. Der Menschenrechts-

⁵ Vgl. Friedemann Müller, Why Iran is key for Europe's Security of Energy Supply, in: Eugene Whitlock (Hrsg.), Iran and Its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region, Berlin (SWP), Juni 2003, S. 65 ff.

⁶ Bulletin EU 6–2002, Beziehungen zu den südlichen Mittelmeerdrütländern und den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens: 1. 6. 1978, Schlussfolgerungen des Rates zum Iran (Internet).

⁷ Vgl. EU-Kommission, IP/02/1862: EU-Iran: Launch of Negotiations on New Agreements with Iran, Brüssel, 11. 12. 2002.

⁴ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Die Beziehungen zwischen der EU und der Islamischen Republik Iran, Brüssel, 7. 2. 2001, KOM (2001) 71 endgültig (http://europa.eu.int/comm/external_relations/iran/doc/com_2001_71de.pdf).

dialog wird zwischen offiziellen Troika-Delegierten und Nichtregierungsorganisationen geführt. Bislang hat er dreimal stattgefunden. Die Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen befinden sich gegenwärtig in einem Schwebezustand, der dem Problem des iranischen Atomprogramms geschuldet ist.

Europa – Iran – USA

Der Kontext der gegenwärtigen europäisch-iranischen Beziehungen wird von folgenden Faktoren bestimmt: den neuen geostrategischen Verhältnissen nach dem Krieg gegen den Irak; der internationalen Auseinandersetzung um Irans Atomprogramm; der Lähmung der iranischen Reformbewegung und der Dringlichkeit der Menschenrechtsfrage.

Durch die Vernichtung der Taliban 2001 und den Sturz Saddam Husseins 2003 wurde Iran von seinen schwierigsten und gefährlichsten Widersachern paradoxerweise gerade durch die USA befreit. Sie sind nun der mächtigste militärische Akteur der Region. Mit ihrer Präsenz in der direkten Nachbarschaft hat sich Iran trotz aller politischen und ideologischen Gegnerschaft pragmatisch arrangiert, bislang besser als die Amerikaner mit Iran. Teherans Kooperation vor und während des Afghanistanfeldzugs der USA wurde aber nur damit „belohnt“, dass es zusammen mit dem Irak und Nordkorea von Präsident Bush auf die „Achse des Bösen“ gesetzt wurde. Mit der amerikanischen Besetzung des Irak hat sich Iran ebenfalls sehr pragmatisch arrangiert. Gleichwohl zählt Wohlverhalten der iranischen Seite für die USA nur in den Bereichen, die für sie zentral sind, und dies sind die Frage der unterstellten atomaren Rüstung Irans und sein Verhalten gegenüber Israel.

In der Atomfrage hat sich Iran mit der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zum Atomwaffensperrvertrag am 18. Dezember 2003 gegenüber dem amerikanischen und europäischen Druck eine Atempause verschafft. Die EU-Kommission begrüßte diesen Schritt und bekräftigte die Bereitschaft, nach Wegen zu suchen, die politische und wirtschaftliche Kooperation mit Iran zu erweitern. Dies könne allerdings nur erreicht werden, so die wiederholte Erklärung, wenn es internationales Vertrauen in Irans Festhalten an der Nichtverbreitung (non-proliferation) und insbesondere in die friedliche Natur des iranischen Nuklearprogramms gäbe. Außerdem seien Verbesserungen in den Bereichen Menschenrechte, Terrorismusbekämpfung

und bei Irans Haltung zum Nahost-Friedensprozess notwendig.⁸ Es ist die Wendung „internationales Vertrauen“, die deutlich macht, dass mit der Unterzeichnung des Protokolls das Problem noch lange nicht vom Tisch ist. Die USA haben die Unterzeichnung zwar auch begrüßt, aber unmissverständlich deutlich gemacht, dass sie noch keineswegs vom friedlichen Charakter des iranischen Atomprogramms überzeugt sind. Doch die Gefahr möglicher Sanktionen seitens der Vereinten Nationen ist für Iran erst einmal abgewendet.

Gegenwärtig scheint die amerikanische Regierung ihre Iranpolitik erneut einer Revision zu unterziehen.⁹ Schon seit dem Sommer 2003 ließ Washington Distanz zu der vor allem auch in Israel gepflegten Rhetorik eines von außen mit Gewalt herbeigeführten Regimewechsels in Iran nach dem Motto „Iran next“ (gemeint ist: nach dem Irak) erkennen. Die Möglichkeit, mit Iran wieder ins Gespräch zu kommen, stellte der stellvertretende US-Außenminister Armitage in Aussicht, nachdem es am 21. Oktober 2003 den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens bei ihrem Blitzbesuch in Teheran gelungen war, von Iran das Versprechen zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu erlangen.¹⁰ Nachdem Iran dieses unterzeichnet hatte, sprach US-Außenminister Powell Ende 2003 nach der Erdbebenkatastrophe in Bam von der Möglichkeit eines Dialogs mit Iran und konstatierte eine „neue Einstellung“ Irans.¹¹

Diese Äußerungen müssen im Zusammenhang mit der bemerkenswerten Hinwendung amerikanischer Außenpolitik zu Demokratieförderung in muslimischen Ländern und insbesondere denen des Mittleren Ostens gesehen werden, wie sie im November 2003 Präsident Bush in London deklariert hatte.¹² Aus dieser Logik würde folgen, dass gerade Iran, das in einem schwierigen und opferreichen Prozess hin zu mehr Demokratie steht, eigentlich nur positive Aufmerksamkeit durch die USA erfahren müsste. Doch noch scheint Iran in Bushs ehrgeizigem Projekt der politischen Neuge-

8 Vgl. EU-Kommission, External Relations: Commission welcomes Iran's signature of the Additional Protocol to the Nuclear Non-Proliferation Treaty, IP/02/1782, Brussels, 18. 12. 2003.

9 Vgl. Robin Wright, U.S. Warms to Prospect Of New Talks With Iran, in: Washington Post vom 30. 12. 2003, S. A 01.

10 Vgl. Richard L. Armitage, U.S. Policy and Iran, Testimony before the Senate Foreign Relations Committee Washington, D. C., 28. 10. 2003 (<http://www.state.gov/s/d/rm/25682.htm>).

11 R. Wright (Anm. 9).

12 Vgl. Peter Rudolph, Die „Strategie der Freiheit“ im Nahen und Mittleren Osten – Rhetorik und Realität amerikanischer Politik, Berlin (SWP-Aktuell 53), Dezember 2003.

staltung und Demokratisierung des Mittleren Ostens eine Leerstelle einzunehmen.¹³

Einer entsprechenden Politik steht offenbar noch immer die emotionale und ideologische Verteufelung Irans als „Schurkenstaat“ entgegen. Die dichotomische Sicht nach dem Muster „böse Mullahs“ und „gutes, freiheitsliebendes Volk“ überwiegt, und Khatami und seine Reformer haben in amerikanischen Augen versagt.¹⁴ Vorstellungen, mit amerikanischer Allmacht von außen ein Regime zu installieren, wurden wohl aufgegeben. Der Sohn des 1979 gestürzten Schahs, der sich seit dem Winter 2001/2002 verstärkt als „demokratische Alternative“ darstellt, wird nicht mehr ernsthaft ins Kalkül einbezogen.

Die Lähmung der iranischen Reformbewegung stellt die Europäer vor ein nicht geringes Problem, da das europäische Engagement in Iran immer auch mit dem Willen, die Reformprozesse zu fördern, gerechtfertigt wurde. Seit der Berlin-Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung im Frühjahr 2000 und der sich anschließenden Hetzjagd gegen Personen und die Zeitungen der Reformbewegung wurde die Machtlosigkeit der Reformer, mit der im Februar 2000 gewonnenen Parlamentsmehrheit ihre politischen Ziele auch nur annähernd zu verwirklichen, immer offensichtlicher. Daran konnte auch die überzeugende Wiederwahl Khatamis zum Staatspräsidenten im Juni 2001 nichts ändern. Seit September 2002 blockiert der Wächterrat zwei von Khatami eingebrachte Gesetzesentwürfe. Sie sehen vor, die Kompetenzen des Präsidenten zur Überwachung der Amtsführung der staatlichen Institutionen zu stärken und die Rolle des Wächterrats bei der Zulassung der Kandidaten zu Wahlen zu beschränken.

Erfolglosigkeit und Ohnmacht der Reformpolitiker als Teil der politischen Elite sind wesentlich durch die Verhinderungspolitik der Konservativen in zentralen, nicht durch Wahlen besetzten Institutionen bedingt, allerdings auch durch interne Streitigkeiten selbst verschuldet. Ihr Ansehensverlust ist groß, vor allem Jugendliche erwarten von ihnen kaum noch etwas. Den Legitimitätsverlust aufgrund schlechter Politik versuchen die konservativen Kräfte für sich auszuspielen. Unter anderem darauf zielt ihre Propaganda für die Parlamentswahlen am 20. Februar 2004. Erwartet wird, dass wegen der Enttäuschung der Bevölkerung über die Reformpolitiker die Wahlbeteiligung wie bei den Kommunalwahlen im Februar 2003 sehr gering

sein wird. In diesem Fall hoffen die Konservativen, die Mehrheit im Parlament zurückerobern zu können.¹⁵

Angesichts dieser Aussichten stellt sich die Frage, mit welchem Typus von Konservativen zu rechnen ist. Es sind die so genannten pragmatischen oder auch realistischen Konservativen (wenn man so will: „Realo-Kons“) vom Schlage des früheren Präsidenten Rafsanjani, der als ihr Patron gilt. Sie stehen für die Interessen der Handelsbourgeoisie, die sich längst mit dem System arrangiert hat. Für sie ist neben wirtschaftlicher Entwicklung technologischer Fortschritt wichtig. Deshalb konnte in der intensiven internen Diskussion über die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls das Interesse an Nukleartechnologie gegenüber dem an nuklearer Rüstung erfolgreich ausgespielt werden. Hasan Rowhani, der Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats und Verhandlungsführer in der Frage des Zusatzprotokolls, hatte schon 2001 eine Schrift mit dem bezeichnenden Titel „Legitimität und Effizienz“ veröffentlicht. Sie darf als programmatisch für die pragmatischen Konservativen gelten. Das von Khomeini erfundene und in der 1989 geänderten Verfassung als absolut festgeschriebene Prinzip der „Herrschaftsbefugnis des Rechtsgelehrten“ (velâyat-e faqih) hat für sie prinzipiell Gültigkeit, doch unterhalb dessen haben sie sich dem Druck der Reformbewegung nach Demokratie angepasst und erkennen „Demokratie (Volks-herrschaft) auf religiöser Grundlage“ (mardomsalâri-ye dini) an.

Allerdings steht auch die Frage der Legitimation durch Wahlen zur Debatte. Seit der Gründung der Islamischen Republik haben sich die regelmäßig (bis auf die Ausnahme der letzten Kommunalwahlen) mit durchschnittlich zunehmender Wahlbeteiligung durchgeführten Wahlen zu einem Bestandteil politischer Kultur in Iran entwickelt, selbst wenn ihnen das Prädikat „frei und fair“ nicht uneingeschränkt zugebilligt werden kann. Auch die Konservativen können und wollen nicht auf diese Legitimation verzichten. Sie kontrollieren durch den Wächterrat, der die Oberaufsicht über die Wahlen hat (das Innenministerium ist für ihre Durchführung verantwortlich), die Zulassung der Kandidaten. Im Sommer 2003 schuf der Wächterrat auch in den Provinzen heftig umstrittene Büros zur Wahlaufsicht, um die Zulassung der Kandidaten besser kontrollieren zu können. Am 13. Dezember begann die Registrierung der Kandidaten; sie führte erwartungsgemäß zu politischen Kontroversen.¹⁶

¹⁵ Zu den Kommunalratswahlen vgl. ebd., S. 10f.

¹⁶ Vgl. Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), Iran Report, 22. 12. 2003 (Internet).

¹³ Vgl. Jim Hoagland, The Bridge To Iran, in: Washington Post vom 21. 12. 2003, S. B07.

¹⁴ Vgl. Johannes Reissner, Iran nach dem Irak-Krieg. Zwischen amerikanischem Druck und europäischer Annäherung, Berlin (SWP-Studie), S 25, Juni 2003, S. 7.

Sollten die Konservativen aus den Wahlen gestärkt hervorgehen, dürften sie selbst für den Fall, dass ihnen in den Bereichen Wirtschafts- und Sozialentwicklung mehr als den Reformpolitikern gelingen wird, dennoch mit dem Problem der Legitimität ihrer Macht konfrontiert sein. Sie wissen, dass sie von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt werden. Ein wichtiger Grund dafür ist ihre Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten, die erneut in den Vordergrund der öffentlichen Diskussion rückte. Wichtige Anlässe dafür waren der Umgang mit den demonstrierenden Studenten im Juni/Juli 2003 und der Fall der kanadisch-iranischen Journalistin Zahra Kazemi. Diese war unter Spionageverdacht festgenommen worden und starb im Untersuchungsgefängnis an den Folgen schwerer Kopfschläge. Wieder einmal gerieten die obskuren Sicherheitskräfte des Justizwesens unter Verdacht. Noch immer harret der Fall seiner vollständigen Aufklärung.¹⁷ Kanada brachte im November beim Genfer Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen eine Resolution gegen Iran ein, die Deutschland mit trug.

Im Herbst kam erneut die Frage der politischen Gefangenen in die öffentliche Diskussion. Abgeordnete des Reformflügels protestierten für sie an politischen Fastentagen, und Khatami versprach, sich darum zu kümmern. Damit wurde immerhin offiziell eingestanden, dass es überhaupt politische Gefangene gibt. Der Besuch des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte und den Schutz freier Meinungsäußerung, Ambeyi Ligabo, Anfang November trug dazu bei, gerade auch diesen Problemkreis in der Diskussion zu halten.¹⁸ Dieser Besuch fand kurz nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an Shirin Ebadi im Oktober 2003 statt. Dieses Ereignis sowie die unwürdigen Reaktionen der Konservativen und auch Präsident Khatamis verstärkten die inneriranische Menschenrechtsdiskussion.

Der seit Dezember 2002 von der EU geführte Menschenrechtsdialog ist nicht wirkungslos. Die iranische Seite weiß sich einerseits durch die Institution Dialog prinzipiell akzeptiert und spürt andererseits, dass sie unter kritischer Beobachtung steht und die Menschenrechtsfrage aus den internationalen Beziehungen nicht ausklammern kann. Dies kann zusammen mit dem Druck im eigenen Land positive Schritte bewirken, wie die Aussetzung der Steinigung als Strafe für Ehebrecherinnen oder die jüngst erfolgte Gleichsetzung des

Blutgeldes für Muslime und Angehörige anderer Religionen zeigt. Solche Maßnahmen mögen uns als unzureichend und als nicht unseren Prioritäten entsprechend erscheinen. Doch dies spricht nicht gegen den Dialog, sondern für seine Notwendigkeit.

Chancen europäischer Iranpolitik

Europas Iranpolitik hat hinsichtlich ihrer Ziele und ihres Vorgehens während der letzten Dekade an Klarheit und Gestalt gewonnen. Sie ist nicht nur vom iranischen Verhalten abhängig, sondern auch vom iranisch-amerikanischen Verhältnis. Die amerikanische Beteiligung an den Hilfsaktionen nach der Erdbebenkatastrophe in Bam und die zeitweilige Lockerung der Sanktionen, um Spenden für die Opfer der Katastrophe transferieren zu können, haben trotz aller amerikanischen und iranischen Beteuerungen der politischen Bedeutungslosigkeit dieser Aktion einen hohen Symbolwert. Die Amerikaner sind nun sogar im Land und leisten effizient Hilfe – für Irans Regime eine Herausforderung. Denn es gilt selbst als ineffizient, und es ist bekannt, dass nach dem Irakkrieg nicht wenige Iraner ebenfalls von einer „Befreiung“ vom eigenen Regime durch die Amerikaner träumten. Die Befürchtung, dass die Reformer kurz vor den Parlamentswahlen die symbolische Besserung des Verhältnisses zu den USA für sich in Anspruch nehmen könnten, dürfte mit bewirkt haben, dass auch Rafsanjani in Bam Präsenz zeigte. Gerade die pragmatischen Konservativen stehen in dem Ruf, im Falle eines Wahlerfolgs selbst eine vorsichtige Annäherung gegenüber den USA anzustreben.

Inwieweit die gegenwärtigen Signale Washingtons mehr Gesprächsbereitschaft und einen tiefer gehenden Strategiewandel andeuten, ist offen. Die Bereitschaft zu einer differenzierten, nicht ausschließlich auf die Atomfrage fokussierten Betrachtung ist erkennbar. Irans pragmatisches und positives Verhalten gegenüber Afghanistan und dem Irak scheint in der amerikanischen Einschätzung Irans an Gewicht zu gewinnen. Nicht nur kurz- und mittelfristige Fragen der Sicherheit und des Wiederaufbaus stehen an, sondern auch langfristige wie die nach einer neuen Sicherheitsstruktur für die Region und der Rolle der NATO in der Großregion „greater Middle East“¹⁹. Dass

17 Zu den Vertuschungsversuchen vgl. Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), Iran-Report, Nr. 10/2003, S. 9.

18 Vgl. Human Rights Watch, U.N. Rights Rapporteur Must Meet With Prisoners (<http://hrw.org/press/2003/11/iran110503.htm>).

19 Vgl. die auf der NATO-Konferenz in Prag am 19. 10. 2003 gehaltene Rede des ständigen Vertreters der USA beim NATO-Rat, R. Nicholas Burns, The New NATO and the Greater Middle East, in: U.S. Department of State (Internet).

Iran eine sinnvolle Strategie für die gesamte Region nicht permanent umgehen kann, ist den Amerikanern seit langem prinzipiell bewusst. Schließlich scheint auch die Einsicht in die Komplexität und Langfristigkeit von Demokratisierungsprozessen die politischen Konzepte zu beeinflussen. Sie steht abenteuerlichen Politikvorstellungen, wie sie in der Regimewechselrhetorik zum Ausdruck kamen, entgegen.

Diese Tendenzen sind für die europäische Iranpolitik günstig. Die Distanzierung von der Regimewechselrhetorik impliziert eine Wiederannäherung der europäischen und amerikanischen Iranpolitik. Für beide Seiten steht nun wieder die Änderung des iranischen Verhaltens in den vier kritischen Bereichen Atomrüstung, Nahostkonflikt, Menschenrechte und Terrorismus im Vordergrund, unabhängig von ihren sonst durchaus unterschiedlichen Interessen an Iran.

Europas Iranpolitik besteht nicht nur in der Aufrechterhaltung und dem möglichen Ausbau eines vielfältigen, von der EU und ihren Mitgliedstaaten getragenen und auch in die Zivilgesellschaft hineinreichenden Beziehungsgeflechts, sondern ist „konditioniertes Engagement“²⁰. Bestand noch im Sommer 2003 die Gefahr, dass aufgrund internationaler Ächtung Irans wegen der Atomfrage die europäische Iranpolitik ähnlich wie der „kritische Dialog“ scheitern könnte, so ist diese Gefahr erst einmal gebannt. Daran hatte der Erfolg der Bemühungen der drei europäischen Außenminister, Teheran zur Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zu bewegen, wesentlichen Anteil. Er beruhte darauf, dass die Europäer vor dem Hintergrund des schon bestehenden Beziehungsgeflechts ein eigenes Instrumentarium von Anreizen und Sanktionen bereithielten. Es bestand in der Drohung, die Verhandlungen über das Handels- und Kooperationsabkommen zu beenden, und in dem Versprechen, Iran in der Entwicklung von Nukleartechnologie zu friedlichen Zwecken zu helfen, was Iran schon jetzt einfordert. Die gegenwärtigen Signale aus den USA geben Raum zur Fortsetzung dieser Politik.

Die Abhängigkeit europäischer Iranpolitik vom Zustand des amerikanisch-iranischen Verhältnisses bedeutet nicht die Unmöglichkeit einer Politik gemäß eigenen Interessen, Methoden und Möglichkeiten. Selbst dort, wo die Europäer wie in der Atomfrage das gleiche Ziel wie die Amerikaner verfolgen, ist ihre Politik nicht einfach als die des

„kleinen Bruders“ oder „Juniorpartners“ des großen Hegemon zu verstehen. Diese Sichtweise, manchmal verknüpft mit dem Gedanken (und sogar der Drohung), dass man die Beziehungen zu Europa nur als Ersatz für die fehlenden Beziehungen zu den USA brauche, ist in Iran noch immer anzutreffen. Ausgehend von einer hierarchischen Ordnung zwischen „Supermacht“ und „kleineren Mächten“, findet das Funktionsgefüge verschieden gearteter Mächte kaum Beachtung. Doch Europa ist nicht der „gute Polizist“ (good cop), der den USA als dem „strengen Polizisten“ (bad cop) bei der Durchsetzung seiner Interessen hilft – selbst wenn gelegentlich europäische Politiker glauben, gegenüber Iranern einen Ton anschlagen zu müssen, der Vorstellungen von Europa als Juniorpartner des „bullying America“ nur bestätigen kann.

Die Europäer werden damit leben müssen, dass man von ihnen mehr proiranische Gesten und eine entsprechende Rhetorik erwartet. Sie sind eben keine Supermacht, von der man gewohnt ist, dass sie macht, was sie will. Für den Fall des Wahlerfolgs der pragmatischen Konservativen werden sich die Europäer noch stärker mit dem Problem konfrontiert sehen, dass sie einerseits Fortschritte im Reformprozess als Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen zu Iran bezeichnet haben, andererseits aber mit jenen verhandeln und zusammenarbeiten müssen, die die Macht haben, überhaupt etwas durchzusetzen. Zu ihnen gehören Politiker, die lieber mit den „pragmatischen“ Amerikanern zusammenarbeiten, die nicht so „radikal“ in der Menschenrechtsfrage wie die Europäer sind. Die große Kluft zwischen Staat und Gesellschaft in Iran wird europäische Iranpolitik erschwerend begleiten. Ihnen wird „Verrat“ an der Reformbewegung eher übel genommen als den USA.

Die USA haben in Afghanistan und im Irak die Erfahrung machen müssen, dass sie als militärische Supermacht zwar Regime hinwegfegen können, Demokratie aber nicht „auf den Flügeln von B-52-Bombern“ kommen kann. Die in der amerikanischen Administration erkennbare Bereitschaft, zwischen Maßnahmen und langfristigen Prozessen (wie z. B. Demokratisierung) zu differenzieren, kommt europäischer Politik gegenüber Iran und der Region entgegen. Angesichts der ohnehin geringen Möglichkeiten, interne Prozesse von außen zu beeinflussen, wäre der Blick dafür zu schärfen, wie man Entwicklungsprozessen und Reformen Raum geben kann.

20 Zum Terminus vgl. Steven Everts, The EU and Iran: how to make conditional engagement work, Centre For European Reform (Policy brief), London, 19. 12. 2003.

Abschluss des Manuskripts: 23. Januar 2004.

Ruhollah K. Ramazani

geb. 1928; Professor emeritus für Politikwissenschaft an der Universität Virginia; Berater des Weißen Hauses, des US-Außen-, Verteidigungs- und Finanzministeriums.

Anschrift: 1140 Mountain Road, Charlottesville, Virginia 22901, USA.

E-Mail: rkr@virginia.edu

Zahlreiche *Veröffentlichungen* zum Nahen Osten, u. a.: *Revolutionary Iran: Challenge and Response in the Middle East*, Baltimore 1987.

Winfried Buchta

Dr. phil., geb. 1961; Studium der Islamwissenschaft, Politologie und Religionswissenschaft an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; wiss. Mitarbeiter am Deutschen-Orient-Institut (DOI) in Hamburg und Lehrbeauftragter am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität, Berlin.

Anschrift: Sodener Str. 16, 14197 Berlin.

E-Mail: wilfried.buchta@gmx.de

Veröffentlichungen u. a.: *Who Rules Iran? The Structure of Power in the Islamic Republic*, Washington, D. C. 2000 (2003 in Arabisch); *Schiiten*, München 2004; zahlreiche Aufsätze zur Sozialgeschichte und zu den politischen Bewegungen in Iran.

Katajun Amirpur

Dr. phil.; geb. 1971; Studium der Islamwissenschaft in Bonn und Teheran; Lehrtätigkeit an den Universitäten Berlin, Bamberg und Bonn; freie Autorin und Publizistin.

Anschrift: Hansaring 94, 50670 Köln.

E-Mail: amirpur@aol.com

Veröffentlichungen u. a.: *Die Entpolitisierung des Islam. Abdolkarim Sorouschs Denken und Wirkung in der Islamischen Republik Iran*, Würzburg 2003; *Gott ist mit den Furchtlosen. Schirin Ebadi – Nobelpreisträgerin und der Kampf um die Zukunft Irans*, Freiburg 2003.

Mehdi Parvizi Amineh

Ph. D., geb. 1961; Studium der Politikwissenschaften und Philosophie an der Universität von Amsterdam; Senior Research Fellow am International Institute for Asian Studies, Leiden.

Anschrift: Universität von Amsterdam, O. Z. Achterburgwal 237, 1012 DL, Amsterdam, Niederlande.

E-Mail: m.p.amineh@uva.nl

Veröffentlichungen u. a.: *Towards the Control of Oil Resources in the Caspian Region*, New York 2002; *Globalisation, Geopolitics and Energy Security in the Eurasian Region*, Den Haag 2003.

Mangol Bayat-Philipp

Ph. D., geb. 1937; Professorin emerita; Lehrtätigkeit an den Universitäten von Shiraz (Iran), Harvard, Iowa, Bonn, Jerusalem und am Massachusetts Institute of Technology.

Anschrift: 199 Coolidge Ave., Unit no. 504, Watertown, MA 02472, USA.

E-Mail: bayphil@capecod.net

Veröffentlichungen u. a.: *Mysticism and Dissent: Socio-Religious Thought in Qajar Iran*, Syracuse 1982; *Iran's First Revolution: Shi'ism and the Constitutional Revolution*, Oxford 1991; *Iran's First Revolution* (i. E.).

Ferhad Ibrahim

Dr. phil. habil., geb. 1950; apl. Professor am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

Anschrift: Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut, Ihnestr. 31, 14195 Berlin. E-Mail: Dibrim@yahoo.de

Zahlreiche *Veröffentlichungen* zur Politik und Geschichte des Vorderen Orients.

Johannes Reissner

Dr. phil., geb. 1947; wiss. Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

Anschrift: Stiftung Wissenschaft und Politik, Ludwigkirchplatz 3–4, 10719 Berlin.

E-Mail: johannes.reissner@swp-berlin.org

Zahlreiche *Veröffentlichungen* zu politischen und soziokulturellen Entwicklungen in Iran und Zentralasien.

Nächste Ausgabe

Bernhard Schäfers

Elite

Viktoria Kaina

Deutschlands Eliten zwischen Kontinuität und Wandel

Michael Hartmann

Eliten in Deutschland

Rekrutierungswege und Karrierepfade

Hildegard Macha

Rekrutierung von weiblichen Eliten

Klaus K. Urban

Hochbegabtenförderung und Elitenbildung

Ruhollah K. Ramazani Essay

Irans Ausblick auf das Jahr 2004

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 3–5

■ Iran steht am Vorabend seines 25-jährigen Bestehens als Islamische Republik vor großen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen. Die innerstaatlichen Reformen kommen nur langsam voran. Dies ist dem Machtkampf zwischen Konservativen und Reformern geschuldet. Außenpolitisch sieht sich das Land nach dem Irakkrieg massivem Druck der USA ausgesetzt, sein Atomprogramm für internationale Inspektionen zugänglich zu machen.

Wilfried Buchta

Ein Vierteljahrhundert Islamische Republik Iran

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 6–17

■ Die politische Bilanz eines Vierteljahrhunderts Islamische Republik Iran fällt gemischt aus. Man kann heute von „drei Republiken“ sprechen, nämlich der Dekade des Revolutionsgründers Khomeini (1979–1989), der durch das Duumvirat aus Revolutionsführer Khamenei und Präsident Rafsanjani geprägten Phase der „Zweiten Republik“ (1989–1997) und zuletzt der mit der Wahl Khatamis 1997 eingeleiteten und von einer islamischen Reformbewegung bestimmten „Dritten Republik“. Gemessen an dem Kriterium der Systemstabilität, ist unbestritten, dass das neue Regime seine Kontrolle durch den Aufbau von zahlreichen Institutionen abzusichern verstand, die seinen Fortbestand noch für längere Zeit sichern dürften. Misst man die Republik jedoch an dem, was die Ideologie der Revolution und deren Führer der großen Mehrheit der Iraner, die den Sturz des Schahs wollten und ihnen folgten, versprochen, fällt die Bilanz negativ aus.

Katajun Amirpur

Gibt es in Iran noch einen Reformprozess?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 18–24

■ Ist der iranische Reformprozess gescheitert? Die meisten Iraner meinen, es habe sich in den letzten Jahren wenig gebessert. Trotzdem gibt es hoffnungsvolle Anzeichen, weil die iranische Gesellschaft sich sehr gewandelt hat. Um es mit den Worten Schirin Ebadis, der Friedensnobelpreisträgerin des Jahres 2003, zu sagen: „Der einzige Weg ist die Reform mit friedlichen Mitteln. Chatami ist nicht der Einzige, der Reformen fordert, und nur weil seine Regierung gescheitert ist, heißt das nicht, dass die Reformbewegung gescheitert ist.“

Mehdi Parvizi Amineh

Demokratisierung und ihre Feinde in Iran

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 25–28

■ Dieser Artikel diskutiert die Dynamik des Machtkampfes zwischen den drei wichtigsten Gruppen im Machtblock der Islamischen Republik Iran. Insbesondere beschäftigt er sich mit den Faktoren, die für die Legitimitätskrise des so genannten theokratischen Regimes in Iran verantwortlich sind: das Aufkommen der Reformbewegung, die Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen im Machtblock sowie die politischen Entwicklungen der letzten Jahre. Des Weiteren werden der mögliche Verlauf des Machtkampfes und die Aussichten für umfassende Reformen in den kommenden Jahren skizziert.

Mangol Bayat-Philipp

Die Beziehungen zwischen den USA und Iran

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 29–38

■ Der Beitrag gibt einen historischen Überblick über die Beziehungen zwischen Iran und den Vereinigten Staaten von Amerika. Mit Beginn des Kalten Krieges begann die US-Politik alle jene Kräfte zu bekämpfen, die sozialreformerisch auftraten. Mit dem Sturz des demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mosaddeq durch die CIA setzten die USA anschließend auf das antidemokratische und autoritäre Regime von Schah Reza Pahlavi. Erst mit US-Präsident Jimmy Carters Menschenrechtspolitik und einer Reduzierung der Waffenverkäufe an Iran konnten sich die latent vorhandenen und unterdrückten Konflikte und Spannungen Luft verschaffen. Die augenblicklich gespannten bilateralen Beziehungen sind von inneren Widersprüchen auf beiden Seiten gekennzeichnet. Schädlich für eine Annäherung war eine Rede von US-Präsident George W. Bush, in der er Iran auf einer „Achse des Bösen“ verortete. Dorthin gehört das Land jedoch nicht.

Ferhad Ibrahim

Iran und die arabische Welt

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 39–47

■ Iran ist es gelungen, fast 25 Jahre nach der Revolution die Beziehungen zu den arabischen Nachbarstaaten zu normalisieren. Nicht mehr revolutionäre islamische Ambitionen bestimmen die iranische Politik, sondern handfeste nationale Interessen. Dabei berücksichtigt die herrschende Elite, die sich immer noch zu einem beachtlichen Teil aus den Reihen der islamischen Geistlichkeit rekrutiert, eigene Interessen. Die bilateralen Beziehungen zu den arabischen Staaten sind mittlerweile normale zwischenstaatliche Beziehungen, die – von der Warte der iranischen Führung aus – den Interessen Irans dienen. Iran kann aber seine Beziehungen zu den arabischen Staaten und insbesondere zu den Golfstaaten einsetzen, um dem von den USA anvisierten „regime change“ zu entgehen. Wahrscheinlich wird kein Golfstaat, der nicht über ein stabiles System verfügt, einen Regimewechsel in Iran – mit ungewissen destabilisierenden Konsequenzen für die gesamte Region – unterstützen.

Johannes Reissner

Europas Beziehungen zu Iran

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2004, S. 48–54

■ Die europäische Iranpolitik hat seit den neunziger Jahren an Profil und Eigenständigkeit gewonnen. Regionalpolitische und Sicherheitsfragen sind gegenüber den wieder verbesserten Wirtschaftsbeziehungen in den Vordergrund gerückt. Mit der von den drei Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens im Oktober 2003 in Teheran erreichten Vereinbarung über Irans Zustimmung, das Zusatzprotokoll zum Atomwaffen-Sperrvertrag zu unterzeichnen, gelang der Politik des „konditionierten Engagements“ ein wichtiger Erfolg. Nicht erst seit der militärischen Präsenz der USA in direkter Nachbarschaft Irans ist europäische Iranpolitik in zunehmendem Maße auch vom amerikanisch-iranischen Verhältnis abhängig. Die jüngsten, vorsichtig positiven Signale Washingtons an Iran sind für die Fortsetzung europäischer Iranpolitik günstig.